Ländlicher Raum

AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT E. V.

Schwerpunkt

Akzeptanz und Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft

Interview

Dr. Robert Habeck

Landwirtschaftsminister Schleswig-Holstein

ASG-Herbsttagung

Gesellschaftliche Akzeptanzprobleme moderner Land- und Ernährungswirtschaft

Verleihung des Tassilo Tröscher-Preises

H 20781 | 66. Jahrgang | 04/2015 | www.asg-goe.de

Inhaltsverzeichnis

ASG

1 Am Rande notiert – ASG-Vorsitzender Dr. Martin Wille
2 Herbsttagung 2015: Radikales Umdenken nötig – Transformation möglich
9 Neues aus Vorstand und Kuratorium
9 Dr. Willy Boß mit Professor-Niklas-Medaille ausgezeichnet
9 ASG-Termine: Frühjahrs- und Herbsttagung 2015
10 Verleihung des Tassilo Tröscher-Preises 2015
- Chor der Stacheligen Landfrauen
- Landjugend Klimawald – Im Norden verwurzelt
- KULTURnetzWERK Neustadt am Rübenberge e.V.
- Sonderpreis: Ökodorf „Sieben Linden“
- Sonderpreis: Langenfeld – Aufbruch in die Zukunft
14 Gemeinschaftsschau „Lust aufs Land“: Menschen auf dem Land gestalten Zukunft
16 Begleitveranstaltungen des BMEL-Zukunftsforums Ländliche Entwicklung 2016 mit Beteiligung der ASG

Agrarpolitik

17 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Gute Gaben und runde Tische

Landwirtschaft

19 Ökoerzeuger sind zufrieden mit ihrer Beratung
21 Hausschlachtung von Schweinen und anderen landwirtschaftlichen Nutzieren – bald ein Weltkulturerbe?

Ländlicher Raum

23 Langzeitstudie zu ländlichen Lebensverhältnissen: Entwicklung von Dörfern abhängig von Anstrengungen vor Ort
26 Perspektive Soziale Landwirtschaft in Bayern

Schwerpunkt Akzeptanz und Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft

28 Interview mit Minister Dr. Robert Habeck: Landwirtschaft ist hochpolitisch
32 EVA-Projekt: Vielfalt auf dem Acker
36 Umwelt und Landwirtschaft – Zeit für echten Fortschritt!
40 Antibiotika-Datenbank verfehlt ihren Zweck
43 Neue Wege in der Agrarkommunikation

Termin

46 18. Münchner Tage für nachhaltiges Landmanagement „Wenn Menschen in Bewegung sind – wie bleiben Kommunen im Gleichgewicht?“

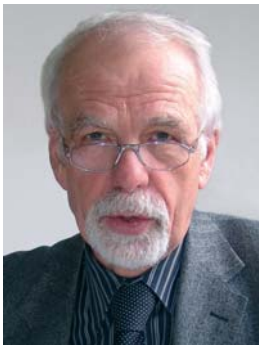
Lesetipps

46 Die Landwirtschaft im Spiegel von Verbrauchern und Gesellschaft
46 Hast du keinen Bruder? Porträts selbständiger Landwirtinnen
46 Energielandschaften gestalten. Leitlinien und Beispiele für Bürgerpartizipation
47 Was der Mensch essen darf. Ökonomischer Zwang, ökologisches Gewissen und globale Konflikte
47 Die Erforschung ländlicher Lebenswelten.
47 Wandlungen ländlicher Lebenswelten
47 Landflucht 3.0. Welche Zukunft hat der ländliche Raum

Aus der Forschung

48 Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung
48 Untersuchungen zum Tierwohlverständnis deutscher Landwirte
48 Digitale Land(wirt)schaft
48 Nachhaltiges Landmanagement im Norddeutschen Tiefland (NaLaMa-nT)

Foto Titelseite: Mirko Wende. Sofern keine Nachweise an den Fotos und Abbildungen stehen, wurden diese der Redaktion von den Autoren, Fotografen und Verlagen überlassen oder stammen aus dem Bildarchiv der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

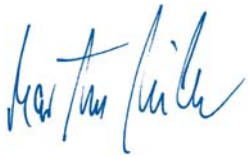


Akzeptanzprobleme moderner Land- und Ernährungswirtschaft, das war das Thema unserer Herbsttagung 2015. Die Vorträge können auf der Homepage der ASG oder in gebündelter Kurzform in dieser Ausgabe nachgelesen werden. Für die schwindende Akzeptanz gibt es vielfältige Ursachen. Wesentlich erscheinen mir vor allem jene, die sich auf einen Wertewandel in unserer Gesellschaft zurückführen lassen. Die derzeitigen Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere sind „nicht zukunftsfähig“, sagt der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministerium in seinem jüngsten Gutachten. Diese Einschätzung findet bei vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen Zustimmung. Beim Bauernverband und im zuständigen Bundesministerium will man davon allerdings nichts hören. Welche Tierhaltung aber ist zukunftsfähig? Darauf werden auch Wissenschaftler keine Antwort geben (können). Aber Beifall müssten sie eigentlich für ihren Vorschlag finden, einen intensiven Diskurs zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und der Politik unter Einbeziehung der Wissenschaft zu führen. Der Ablauf der ASG-Herbsttagung hat gezeigt, wie notwendig dieser Diskurs ist, denn viele Fragen sind offen und die Meinungsunterschiede zu den Themen Ernährung und Landwirtschaft sind unverändert groß.

Auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt will den Dialog, um die Landwirtschaft „in die Mitte der Gesellschaft“ zurückzuholen. Aber er will sich damit Zeit lassen, zunächst verschiedene Gruppen anhören und die Positionen dann in einem „Grünbuch“ zusammenfassen. Das wird dauern. Inzwischen handeln andere. Unternehmen des einflussreichen Lebensmitteleinzelhandels entwickeln ihrerseits Leitbilder zur Nutztierhaltung und leiten Maßnahmen ein wie den Verzicht auf Fleisch von betäubungslos kastrierten Schweinen oder den Verzicht auf Schnabelkürzen. Auch ein Umstieg auf GVO-freie Fütterung in Verbindung mit dem Aufbau vertikaler Lieferketten ist in Planung. Unser holländischer Gast hat gezeigt, wie die Wirtschaft in einem Land agiert, das längst auf ein eigenständiges Landwirtschaftsministerium verzichtet hat. Dort hält man nur eine weidebasierte Milchviehhaltung mit Familienbetrieben als Fundament für verantwortungsvoll und verweigert unerwünschten (großen) Betrieben die Lieferlizenz.

Wir brauchen einen Dialog, in dem die Themen Ernährung und Landwirtschaft möglichst im Zusammenhang diskutiert werden. Der von der damaligen Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner 2011 organisierte Charta-Prozess war dafür ein guter Anfang. Jetzt sollte der Vorschlag der damaligen Moderatoren wieder aufgegriffen werden, für den Dialog einen geeigneten institutionellen Rahmen zu schaffen.

Ihr



StS a.D. Dr. Martin Wille
Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Herbsttagung 2015:

Radikales Umdenken nötig – Transformation möglich

Ursachen und Lösungsansätze für die aktuellen Akzeptanzprobleme der modernen Land- und Ernährungswirtschaft betreffen die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Sphären. In der Enzyklika „Laudato si“ spreche der Papst diese Bereiche an und fordere ein radikales Umdenken in unserer Art zu leben und zu wirtschaften, so Dr. Martin Wille. Wie dieses gelingen kann, war das Thema der Referentinnen und Referenten der ASG-Herbsttagung.

„Bezüglich der globalen Gemeingüter wie Umwelt und Atmosphäre legt ‚Laudato si‘ nahe, dass der Klimawandel als Versagen des derzeitigen Wirtschaftssystems betrachtet werden kann.“

Nicole Podlinski
Bundesvorsitzende der Katholischen Landvolkbewegung Deutschlands

„Wenn die EKD in ihrer Studie einige Veränderungen in der Landwirtschaft anmahnt, so ist das keineswegs eine Schuldzuweisung an die Landwirte.“

Thilo Hoppe
Brot für die Welt, Entwicklungspolitischer Beauftragter

„Laudato si“ – kein Wort zum Sonntag

Nicole Podlinski stellte die Enzyklika „Laudato si – über die Sorge um das gemeinsame Haus“ vor, in die erstmals Themen wie Schöpfung, Umwelt, Klimawandel und Artenvielfalt eingeflossen seien. Papst Franziskus stelle neue Verbindungen her, indem er sage: „Die menschliche Umwelt und die natürliche Umwelt verschlechtern sich gemeinsam.“ und „Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise.“ Für den Papst sei der Klimawandel eine der größten „Sorgen im gemeinsamen Haus“. Hauptsächlich durch die früh industrialisierten Länder verursacht, seien diese stärker für die Lösung des Problems verantwortlich. Die ungerechte Verteilung der Gemeinschaftsgüter, die Nutzung der Atmosphäre und Ozeane als Kohlendioxid-Senken eingeschlossen, werde künftig dazu führen, dass die sozialen Spannungen zunehmen und damit wahrscheinlich auch die Migration. Im Sinne einer Agrarpolitik, die Teil einer verantwortungsvollen Weltinnenpolitik sei, fordere der Papst konsequent: „Die Verantwortungsträger haben das Recht und die Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, um die Kleinproduzenten und die Produktionsvielfalt klar und nachdrücklich zu unterstützen.“

Abbau unfairer Strukturen im Welthandel notwendig

Die evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mahnt in ihrer Studie zur Welternährung mit dem Titel „Unser tägliches Brot gib uns heute“ eine neue Weichenstellung für die Agrarentwicklung an, betone jedoch, so Thilo Hoppe, dass eine erfolgversprechende Strategie gegen den Hunger nicht nur einen Bereich umfassen könne. Unter sechs Hauptursachen für den Hunger hob Hoppe die unfairen Strukturen im Welthandel hervor. So würden erfolgreiche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zur Etablierung einer Milch- oder Geflügelproduktion in Kenia oder Westafrika durch Dumpingexporte von Milchpulver oder Hähnchenteilen zerstört, da es nicht einmal zeitlich begrenzt erlaubt sei, Importzölle in ausreichender Höhe zu erheben, um sensible Bereiche der eigenen Produktion zu schützen. Auch Futtermittelimporte trügen in den Anbauländern durch die Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion zur Unterernährung bei. Bei Klimawandel, Boden- und Gewässerbelastung sei auch in Deutschland die Landwirtschaft ein Teil des Problems, sie könne jedoch auch Teil der Lösung sein. Der Konsens über das Ausmaß der Belastung müsse hergestellt werden – ohne Schuldzuweisungen und ohne Verleugnung. Dies sei eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft und nicht nur der Landwirtschaft.

Dialogprozess wird fortgeführt

Dr. Rainer Gießübel lenkte den Blick auf den intensiven Dialogprozess, den das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zwischen Landwirten und Verbrauchern initiiert habe. Dieser solle zu einem besseren Verständnis der unterschiedlichen Positionen, einer größeren Akzeptanz, mehr Respekt und mehr Transparenz führen. Unter dem Motto „Gut leben auf dem Land“ seien bereits zehn Bürgerdialoge veranstaltet worden, bei denen deutlich wurde, dass dort die Daseinsvorsorge im Zentrum des Interesses stehe. Mit den Kirchen hätten bereits zwei Gesprächsrunden zu ethischen Fragen stattgefunden. Dieser Dialog werde 2016 mit vier weiteren Veranstaltungen fortgesetzt und solle über die kirchlichen Organisationen hinaus erweitert werden. In zahlreichen Einzelveranstaltungen seien der Wert der Lebensmittel und Fragen zur Ernährungsbildung und zu den Vorstellungen, wie Landwirt-

Fotos: M. Busch

schaft sein sollte, diskutiert worden. Dr. Gießübel kündigte für 2016 zusätzliche dezentrale Veranstaltungen an, die die Themen Ernährung und Lebensmittel, Tierwohl sowie Nachhaltigkeit und Effizienz – also die Schonung der natürlichen Ressourcen bei rentabler Erzeugung von Lebensmitteln – aufgreifen. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Dialogprozesses verfolge Bundesminister Schmidt das Ziel, im Herbst 2016 ein „Grünbuch Ernährung Landwirtschaft“ vorzulegen.

Mehr Tierschutz ist finanzierbar

Die Kernbotschaften aus dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik (WBA) zum Tierschutz lauteten: Mehr Tierschutz ist notwendig, mehr Tierschutz ist machbar, mehr Tierschutz gibt es nicht umsonst, so Prof. Dr. Harald Grethe. Er sei aber „bezahlbar“, und es gäbe einen geeigneten Instrumentenmix, um die Ziele zu erreichen. Falsch sei, dass mehr Tierschutz wegen des internationalen Wettbewerbs nicht funktioniere.

Tierschutz sei eine Wertfrage und müsse in einem konkreten gesellschaftlichen Kontext diskutiert werden. Der WBA habe die gesellschaftlichen Ansprüche an die Landwirtschaft analysiert und mit fachwissenschaftlichen Aspekten abgeglichen. Unter Berücksichtigung von Zielkonflikten, etwa zwischen Umwelt- und Tierschutz, wurden Empfehlungen erstellt und Kosten berechnet. 3 bis 5 Mrd. € betrügen die tierschutzinduzierten Mehrkosten jährlich, welche durch eine Umleitung der Zahlungsströme aufzubringen seien. Der WBA empfehle ein staatliches Tierwohllabel, da es geeignet sei, die Zahlungsbereitschaft von ca. 20-30 % der Konsumenten und Konsumentinnen für Tierschutzziele zu realisieren.

Ebenfalls ein hervorragendes Instrument sei die privatwirtschaftliche Brancheninitiative zum Tierwohl, die einen Aufschlag von 4 ct/pro kg Fleisch für Tierschutzzwecke einsetze, jedoch mit 85 Mio. € noch völlig unterfinanziert sei. Weitere 500 Mio. € jährlich könnten ab 2018 durch eine Umschichtung von 15 % der Mittel (heute 4,5 %) aus der 1. in die 2. Säule aktiviert werden. Dies müsse der EU-Kommission lediglich bis Mitte 2017 mitgeteilt werden.

Prof. Grethe plädierte für eine Versachlichung der Diskussion und einen echten Dialog. Von Seiten des Landwirtschaftssektors müsse Kritik aufgenommen werden und von Seiten der Gesellschaft eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der „small is beautiful“-Hypothese stattfinden. Die Disqualifikation von großen Tierhaltern als „industrielle“ oder „Massentierhalter“ und damit per se „schlecht“ hinsichtlich der Umwelt- und Tierschutzaspekte sei nicht gerechtfertigt. Die Agrarstrukturdiskussion sei davon unabhängig zu führen. Weiterhin mahnte Prof. Grethe einen parteienübergreifenden Basiskonsens an, der beinhalte, dass die Besatzdichten in der Mast langfristig stark gesenkt werden und deutlich mehr Beschäftigungsmaterial vorhanden sein müsse. Weil es in der Landwirtschaft um langfristige Investitionsentscheidungen gehe, sei die Formulierung einer 10-20 Jahre gültigen Leitlinie nötig. Der WBA schlage daher die Bildung einer Enquete-Kommission des deutschen Bundestages zum Tierschutz in der Nutztierhaltung vor.

„Das Grünbuch soll eine strategische Ausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik beinhalten, die dazu beiträgt, die Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft zu platzieren.“

Dr. Rainer Gießübel
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

„Wenn man sagt: Auf keinen Fall nationale Alleingänge! dann sagt man: Wir wollen nichts ändern!“

Prof. Dr. Harald Grethe
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Diskussion

Den von der Bundesregierung initiierten Dialogprozess bezeichnete Dr. Martin Wille als Zeitverlust. Es habe genügend Diskussionen, insbesondere mit

den Kirchen, gegeben und die Ergebnisse müssten nur zusammengefasst werden. Das Grünbuch der Bundesregierung sollte eine Bewertung dieser Ergebnisse und des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats enthalten. Diese könnten dann diskutiert werden. Diese Einschätzung unterstützte auch Jochen Dettmer, Agrarsprecher des BUND und Beteiligter im Charta-Prozess, der das Gutachten des WBA als erste umfassende Darstellung von Tierwohlkriterien in der Nutztierhaltung und den Möglichkeiten ihrer Umsetzung lobte.

Gerade vor dem Hintergrund der vielen Interessenten für die in der 2. Säule vorhandenen Mittel gelte es, die Diskussionen in Bahnen zu lenken und auszutarieren. Dieses sei der Zweck des Dialogprozesses, so Dr. Gießübel. Im Übrigen sei fraglich, ob der EU-Agrarhaushalt in der bisherigen Höhe erhalten bliebe, merkte hierzu Prof. Grethe an. Die Chancen, dass die Mittel nicht gekürzt würden, seien am größten, wenn das Geld zielgerichtet eingesetzt werde, anderenfalls seien der Gesellschaft so hohe Ausgaben nicht vermittelbar.

„Der Staat darf und muss Maßnahmen zum nachhaltigen Konsum ergreifen."

Carl-Otto Gensch
Öko-Institut e.V., Leiter des Bereichs „Produkte und Stoffströme"

Transformationsmanagement notwendig

Klassische Umweltpolitik sei nur partiell erfolgreich gewesen, erläuterte Carl-Otto Gensch, da der Fokus auf Einzellösungen wie nachgeschalteten Maßnahmen (z. B. Partikelfiltern) oder dem Austausch einzelner Komponenten (z. B. Biotreibstoffen) gelegen habe. Daher gäbe es schon lange Forderungen nach „Wende"-Szenarien mit Fokus auf systemischen Änderungen. Das Öko-Institut wolle im Projekt Trafo 3.0 Gestaltungsmöglichkeiten für sozialökologische Transformationsprozesse entwickeln und erproben, eines davon sei die nachhaltige Produktion und der nachhaltige Konsum von Fleisch. Ziel sei die Erstellung eines Handbuchs für Praktiker.

Transformationsprozesse zeichneten sich durch evolutive, nicht-lineare Prozesse ineinandergreifender Dynamiken aus und beinhalteten verschiedene, gleichzeitig oder zeitverschoben und mit Rückkopplungen ablaufende Prozesse in verschiedenen Teil-Systemen („Koevolution"). Im Erfolgsfall verdichteten sich diese Teilentwicklungen zu einem gesellschaftlichen Wandel. Die erste intentionale Transformation sei die Energiewende. Wie bei jeder Transformation habe es sog. „Kipppunkte", in diesem Fall Tschernobyl und Fukushima, gegeben. Erfolgreich könne die Energiewende nur verlaufen, weil es schon seit Jahrzehnten Energiewendeakteure auf allen Ebenen gegeben habe. Zu den Aufgaben des Staates gehöre es, auf Visionsbildung und Verhaltensänderungen einzuwirken. Dies beinhalte die Definition der Ziele einer Transformation, die Benennung von zentralen Handlungsfeldern und ein gezieltes Innovations-Management zur Förderung neuer sozialer Praktiken, institutioneller Regelungen und von Innovationen mit Entwicklungspotenzial. Der Staat müsse auch parallele Entwicklungen mehrerer und konkurrierender Nischen unterstützen.

Ambitionierte Nachhaltigkeitsziele in den Niederlanden

Dr. Tjeerd de Groot stellte den niederländischen Milchindustrie-Verband NZO vor, der durch seine 13 Mitgliedsunternehmen 98 % der niederländischen Milchverarbeitung unter seinem Dach vereine. In enger Zusammenarbeit zwischen NZO und den

„Bei stetiger Leistungssteigerung ist die größte Herausforderung in der Milchwirtschaft die Nachhaltigkeit."

Dr. Tjeerd de Groot
Geschäftsführer der Nederlandse Zuivel Organisatie (NZO)

Milchbauern sei die Initiative zur „Nachhaltigen Milchkette" (Duurzame Zuivelketen) aufgebaut worden. Ihre Ziele seien die Entwicklung hin zur Klimaneutralität, z. B. eine 20%ige Reduktion der Treibhausgasemissionen, die kontinuierliche Verbesserung des Tierwohls und der Tiergesundheit, u. a. die Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer von Kühen um sechs Monate, der Schutz der Biodiversität und der Umwelt etwa durch den Einsatz von RTRS-zertifiziertem Soja, die Einhaltung von Umweltstandards für Phosphor und Ammoniak und die Fortführung der Weidehaltung, mindestens auf dem Stand von 2012. Mehr als 80 % der Betriebe hätten heute irgendeine Form der Weidehaltung und über 70 % Vollweidehaltung. Die Molkereien zahlten hierfür Aufschläge an die Landwirte. Die Universität Wageningen veröffentliche jährlich einen Bericht, in dem die Nachhaltigkeitsfortschritte festgehalten

würden. Im Beirat der „Nachhaltigen Milchkette“ seien unterschiedliche gesellschaftliche Organisationen wie auch Umweltverbände vertreten. Die niederländische Milchwirtschaft sei und bleibe exportorientiert. Als fünftgrößter Produzent in Europa nähmen die Niederlande im Export die Spitzenposition ein, 2014 habe der Exportwert 7 Mrd. € betragen. Den größten Anteil habe dabei der Käse, ein Wachstumsmarkt sei weiterhin Baby- und Kindernahrung in China.

Diskussion

Moderatorin Dr. Juliane Rumpf, ehemalige Landwirtschaftsministerin in Schleswig-Holstein, betonte in der Diskussion den großen Einfluss der Verbraucher/-innen auf die Landwirtschaft, Carl-Otto Gensch beschrieb den Einfluss von NGOs auf Transformationsprozesse am Beispiel der Europäischen Chemikalienverordnung REACH. NGOs seien wichtig, es könne jedoch mehrere Legislaturperioden dauern, bis sich Veränderungen ergäben.

De Groot erläuterte auf Nachfrage, dass es bei den Landwirten zunächst Widerstände gegen einige Nachhaltigkeitsziele in der Milchwirtschaft gegeben habe, dass jedoch die emotionale Ansprache und Beteiligung der Familienbetriebe neben einer guten Beratung eine große Rolle spiele. Möglichst wenig Antibiotika einzusetzen sei z. B. eine Frage des Selbstverständnisses. Die niederländische Milcherzeugung müsse besonders nachhaltig sein, da sie bei einem Hektarpreis von 80 000 € fast die teuerste der Welt sei und nicht mit Neuseeland oder großen Teilen Deutschlands konkurrieren könne. Auch bei der Vermarktung spielten Emotionen eine große Rolle: Chinesen seien davon beeindruckt, dass Bauernfamilien ihren Garten pflegten und jede einzelne Kuh kennen würden. Der niederländische Einzelhandel nähme Produkte aus Weidehaltung gegen Aufpreis ab, vermarkte jedoch leider Nachhaltigkeit nicht explizit. Die Rolle des Staates habe in den Niederlanden stark abgenommen, seit es kein Landwirtschaftsministerium mehr gebe und das Wirtschaftsministerium zuständig sei.

Während Nicole Podlinski betonte, dass in Zukunft nicht ökonomisch richtig sein könne, was ökologisch falsch sei, bestand Arnold Krämer, Landwirtschaftskammer Niedersachsen, auf dem Primat der Ökonomie. Er wies darauf hin, dass die Landwirtschaft mit ihren gewaltigen Produktivitätsfortschritten ein Teil des marktwirtschaftlichen Systems sei, dass uns alle reich gemacht habe und kritisierte, dass wegen gesellschaftlicher Ansprüche in den Produktionsprozess eingegriffen werden solle, obwohl das erzielte Einkommen die Basis für Nachhaltigkeit sei und Konkurrenten, auch die Niederländer, weiter an der Senkung der Stückkosten arbeiteten.

„Landwirtschaft ist Anbieter von öffentlichen Gütern im Umweltbereich. Sie leistet Landschafts- und Naturpflege und erwartet, dass sie für die erbrachte Dienstleistung bezahlt wird. Und wenn diese Dienstleistung effektiv und ökonomisch sinnvoll erbracht wird, ist die Landwirtschaft auch in diesem Sinn ökologisch wettbewerbsfähig.“

Dr. Martin Scheele
Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

ELER muss ergebnisorientiert und überprüfbar sein

Jean-Claude Juncker habe Agrarkommissar Hogan die Prüfung der Programme, ihrer Leistungsfähigkeit und der erzielten Resultate in sein Mandat geschrieben, hob Dr. Martin Scheele hervor. Wenn dies nicht gelinge, stünden die Chancen schlecht, den Agraretat auf der jetzigen Höhe zu halten. Neben dem Erhalt der Produktionsmittel müsse es Ziel der Politik sein, die gesellschaftlichen Anliegen zu befriedigen – dies könne nicht dem Markt überlassen werden. Die Prioritäten für die Ländliche Entwicklungspolitik seien 1. Wissenstransfer und Innovation, 2. Wettbewerbsfähigkeit, 3. Organisation der Lebensmittelkette und Risikomanagement, 4. Wiederherstellung, Erhalt und Verbesserung von Ökosystemen, 5. Ressourceneffizienz und Klimawandel sowie 6. Diversifizierung, lokale Entwicklung und soziale Integration. Um Effizienz und Effektivität bei der Umsetzung der ELER-Verordnung zu erreichen, müssten die Programme ergebnisorientiert und überprüfbar sein, was gerade bei Agrarumweltmaßnahmen oft schwierig sei. Schlecht sei, wenn die Richtlinie in den Mitgliedsländern nicht 1:1 umgesetzt werde, sondern politisch motivierte Zusatzkriterien eingebaut würden. Von den neuen Elementen sei insbesondere die Europäische Innovationspartnerschaft ein sehr erfolgreiches Instrument, bei dem die Nachfrage bei weitem das vorhandene Budget übersteige.

Wir nehmen die Herausforderungen an

Werner Schwarz bestätigte, dass die Landwirtschaft auf die Akzeptanz der Gesellschaft angewiesen sei, sie müsse sich daher der Diskussion stellen. Wenn Begriffe wie Agrarindustrie und Massentierhaltung benutzt würden, sei es falsch, den Kopf einzuziehen und abzuwarten, bis die Welle der Empörung vorbei sei. Die Politik vergesse die Proteste nicht, sondern gieße die Empörung in Gesetze. Sein Verband wolle keine Schmutzwäsche waschen, sondern plädiere für „entwaffnende Kampagnen“. Offenheit und Ehrlichkeit seien entwaffnend. Dazu gehöre

„Niemanden hält die Schönheit der Natur allein im ländlichen Raum. Es ist die wirtschaftliche Aktivität, die Landwirte auf dem Land hält.“

Werner Schwarz
Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein

„Lebensstile werden immer mehr im urbanen Umfeld als städtische Lebensformen entwickelt.“

Prof. Dr. Carola Strassner
Fachhochschule Münster, Fachbereich Oecotrophologie – Facility Management

auch die Frage: Dürfen wir z. B. in der Tierhaltung alles tun, was möglich ist? Vor zwei Jahren habe er eine Webcam in seinem Sauenstall installiert, eine solche Selbstdarstellung sei aber nicht allen Bauern recht. Der wichtigste Botschafter der Landwirtschaft blieben der Bauer und die Bäuerin. Schritte in die richtige Richtung seien die Berlin-Demo der Bauern „Wir machen Euch satt“ und die Kampagne „Ich bin mehr wert, als Du bezahlen musst“, bei der in Geschäften Aufkleber auf Lebensmitteln angebracht worden seien. Heute würden Landwirte handeln, wo andere nur schimpfen. Als Beispiel nannte Schwarz die Initiative Tierwohl, die gemeinsam mit dem Tierschutz erarbeitet wurde. Die Landwirte würden sich freiwillig und eigenverantwortlich auf den Weg machen. Wer Bauern überzeugen wolle, mache das am besten über den Preis.

Diskussion

Die Diskussion wurde von Moderator Prof. Dr. Hermann Schlagheck mit der Frage eröffnet, was angesichts der Bandbreite der Leistungsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft unter Wettbewerbsfähigkeit zu verstehen sei. Neben der rein ökonomischen Fähigkeit, sich am Markt zu behaupten, bestünden weitere wichtige Aspekte von Wettbewerbsfähigkeit, erläuterte Dr. Scheele. In ihrem spezifischen sozioökonomischen Kontext hätten z. B. rumänische Betriebe ein hohes Beharrungsvermögen, obwohl sie technologisch 60 bis 70 Jahre hinter der norddeutschen Landwirtschaft zurücklägen. Die EU hätte Anlass, die mittelfristige Perspektive auch für diese Strukturen zu verbessern, da dies unter dem Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit die Stabilität der Gesellschaft fördere. Europaweit gäbe es höchst unterschiedliche Strukturen, die nicht eingeebnet werden sollten. Wettbewerbsfähig sei letztlich das, was funktioniere. Auch Konrad Schmid, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, betonte die erhaltenswerte strukturelle Vielfalt und forderte auch deshalb eine hohe Flexibilität in der 2. Säule.

Anneli Wehling, konventionelle Milchbäuerin aus Schleswig-Holstein, widersprach der Einschätzung von Schwarz, die „Wir haben es satt“-Demonstrationen seien ein Protest gegen die Bauern. Auch sie habe mehrfach daran teilgenommen. Nicht alle Bauern hätten Interesse am Wachstum, viele würden wachsen, weil sie Angst hätten, abgehängt zu werden. Bei einem Beruf, der Achtsamkeit erfordere, dürfe die Berufsvertretung nicht nur von Markt reden, sondern auch darüber, was ökologisch und ethisch richtig sei. Es könne nicht darum gehen, dass Bauern und Tierschützer in der Tierwohlinitiative zusammenarbeiteten, die Bauern selbst müssten Tierschützer sein und hätten sich schon seit Jahrzehnten der Entwicklung in der Tierhaltung verweigern sollen.

In einer Gesellschaft, in der der Wohlstand steige, könne das Einkommen der Landwirte nur bei einer Ausweitung der Rohstoffproduktion konstant bleiben, betonte hingegen Schwarz. Dies habe Prof. Dr. Christian Henning, Universität Kiel, gezeigt. Viele Landwirte wagten nicht mehr zu äußern, dass Landwirtschaft Gewinn abwerfen müsse, merkte Korbinian Obermayer, Vorsitzender der Katholischen Landvolkbewegung, an.

Arnold Krämer, Landwirtschaftskammer Niedersachsen, wies darauf hin, dass nur 30 % der landwirtschaftlichen Produktion über den Einzelhandel abgesetzt werde – insofern sei die weit verbreitete Verbraucherschelte nicht zielführend. Handelspartner der Bauern seien Molkereien und Schlachthöfe, dies solle auch so kommuniziert werden.

Ernährungsverhalten im gesellschaftlichen Wertewandel

Der Wandel der Bedeutung des Essens habe sich seit dem 2. Weltkrieg parallel zum gesellschaftlichen Wertewandel vollzogen, wie ihn der amerikanische Soziologe Ronald Ingelhart für die westliche Welt aufgezeigt habe: von materialistischen Werten wie Vermögen und Besitztum hin zu postmaterialistischen Werten wie Selbstverwirklichung und Kommunikation, erläuterte Prof. Dr. Carola Strassner. Nichtsdestoweniger steige die Anhäufung von Konsumgütern ununterbrochen. Das Essen habe sich von einem reinen physiologischen Bedürfnis zu einem Mittel der Selbstverwirklichung entwickelt. Heute dienten alle Aspekte des Essens vom Einkaufsort

„Es sind die großen Fleischkonzerne, die Fleischersatzprodukte auf den Markt bringen, diese Produkte sind eine unglaubliche Erfolgsgeschichte.“

Dr. Ludger Breloh
REWE-Group, Bereich „Grüne Produkte“

(Frischmarkt, Discounter, Hofladen) über die Lebensmittelauswahl (Premium, Marken, Promotionen) und die Kostform (vegan, vegetarisch, fleischliebend) bis zur Zubereitung (Alltagskoch, Wochenendkoch, Außer-Haus-Esser) der Inszenierung des individualisierten Ichs. So lasse sich deutlich ein Ernährungs- und Konsumwandel, wenn nicht eine Ernährungs- und Konsumwende, feststellen. Als Keime von künftigen Trends und als Zukunftsmodelle seien schon heute sowohl die urbane Landwirtschaft (urban agriculture) als auch die senkrechte Landwirtschaft (vertical farming) zu erkennen.

Rewe will nachhaltig werden

Der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) müsse sich der Nachhaltigkeitsdiskussion stellen, so Dr. Ludger Breloh. Allerdings sei in Deutschland die Konkurrenz im LEH besonders hoch und die Kundenbindung in den vergangenen Jahrzehnten überwiegend über den Preis erfolgt, insbesondere über Sonderangebote beim Fleisch. Aus diesen Zwängen wolle sich REWE lösen und habe das Thema Nachhaltigkeit zur zentralen Aufgabe gemacht. Ein Bereich der neuen Strategie sei die nachhaltige Sortimentsgestaltung. Möglichkeiten der Veränderung bestünden hauptsächlich bei den Eigenmarken, die ein Drittel der in Deutschland verkauften Lebensmittel darstellten, bei Fleischprodukten betrage der Anteil bis zu 70 %. Daher interessiere sich der LEH besonders für die Tierhaltung. Die Leitlinie Nachhaltiges Wirtschaften bei der REWE-Group umfasse eine Leitlinie für Soja als Futtermittel: Kurz- und mittelfristig solle auf eine gentechnikfreie Fütterung umgestellt werden, langfristig eine Substitution des Übersee-Sojas durch europäische und heimische Eiweißquellen erreicht werden. Zum Wertekanon einer „Nutztierhaltung der Zukunft“ gehöre die artgemäße Fütterung sowie die Vermeidung der Nahrungskonkurrenz zum Menschen. Im Bereich Tierwohl liege der Fokus bei Eingriffen am Tier. Ab dem 1.1.2017 werde Rewe kein Fleisch von betäubungslos kastrierten Schweinen mehr verkaufen. Solche Veränderungen in der Sortimentsgestaltung würden künftig starke Auswirkungen auf die deutsche Landwirtschaft haben.

Diskussion

Auf Nachfrage erläuterte Dr. Breloh, sein Unternehmen gehe davon aus, dass Nachhaltigkeitskriterien für die Kunden einen Mehrwert darstellten, für den sie auch bereit seien, etwas zu zahlen. Veränderungen müssten jedoch in kleinen Schritten vorgenommen werden. Die beabsichtigte Erhöhung des Anteils von Bioproduktion am Umsatz von Obst und Gemüse sei auch ökonomisch begründet; hier seien die Margen höher. Erhöhte Produktionskosten, z. B. wegen einer geringeren Besatzdichte und einer gentechnikfreien Fütterung beim Geflügel, würden den Landwirten honoriert; die Aufschläge auf den Marktpreis seien gemeinsam mit den Bauern quantifiziert worden Erstaunt sei er immer wieder über Molkereien, die kurz vor Ablauf einer Ausschreibung Dumpingangebote abgäben, um ihre Überschüsse loszuwerden. Da der LEH selbstverständlich günstig einkaufen wolle, würden diese auch angenommen. Auf die Kritik, dass aufgrund zu geringer Mittel nur die Hälfte der interessierten Landwirte an der Initiative Tierwohl teilnehmen könnte und dass der Aufschlag von 4 ct/kg zu gering sei, reagierte Dr. Breloh mit dem Hinweis, dass nur etwa 30 % des in Deutschland produzierten Schweinefleisches über den LEH abgesetzt werde. Es sei daher nicht einzusehen, dass dieser die einzige Finanzierungsquelle darstelle. Sobald weitere Beteiligte hinzugekommen seien, könne auch über eine Erhöhung der Aufschläge gesprochen werden.

Heike Hespe, Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, ergänzte, dass die Verbraucher zuverlässige Informationen über die Tierhaltung benötigten. Ihr Ministerium erarbeite daher ein Kennzeichnungssystem für Fleisch analog der Eierkennzeichnung.

Eine tierlose Landwirtschaft sei global gesehen nicht nachhaltig, da sie das Grünland nicht nutzen könne, daher könne eine rein vegane Ernährung kein Nachhaltigkeitsziel sein, erläuterte Prof. Strassner auf Nachfrage.

Ökolandbau guter Indikator für Nachhaltigkeit

Im internationalen Vergleich läge die Schweiz mit an der Spitze bei der Förderung der Landwirtschaft, so Prof. Dr. Urs Niggli. Allerdings seien die mit den Zahlungen verbundenen ökologischen Ansprüche an die Bewirtschaftung hoch. Gezahlt werde nicht mehr für die Vermeidung von externen Effekten, sondern für öffentliche Ziele: 76 % der Mittel würden für Agrarumweltmaßnahmen ausgegeben, in der EU nur 7,7 %. Bei der Überprüfung der Programwirkungen habe sich z. B. gezeigt, dass sich seit 1990 die

„Für mich gehört zur zukünftigen Definition von Biolandbau die intelligente Nutzung von Technologien.“

Prof. Dr. Urs Niggli
Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Anbau (FiBL), Schweiz

„Wir haben gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft entwickelt.“

Dr. Lothar Hövelmann
Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft

Phosphorbilanz der Schweizer Landwirtschaft stark verbessert habe, der Bestand bei bestimmten Brutvogelarten konstant geblieben sei und weiter starke Defizite im Bereich der Humusbilanz bestünden. Maßnahmen im Bereich Tierwohl seien sehr erfolgreich verlaufen. Das RAUS-Programm habe dazu geführt, dass 80 % aller Wiederkäuer im Sommer täglichen Weidegang hätten. Bei Schweinen läge der Anteil der Tiere mit Auslauf bei 50 % und bei Geflügel bei fast 40 %. Der Anteil des Ökolandbaus werde in der Schweiz als Nachhaltigkeitsindikator betrachtet. Während dessen durchschnittliche Vorzüglichkeit im Umweltbereich, z. B. bei der Kohlenstoffbindung und der Biodiversität, wissenschaftlich bewiesen sei, gäbe die große Streubreite bei verschiedenen Nachhaltigkeitskriterien jedoch Anlass zur Kritik. Im Ökolandbau sei weder ein System der besten Praxis vorhanden, noch würde eine Messung der Nachhaltigkeit erfolgen, obwohl hierzu einfache Verfahren vorhanden seien, außerdem lägen Rückstände in der Produktionstechnik vor. Die Förderung von Innovationen und die Messung von Nachhaltigkeit seien wichtige Aspekte in der internationalen Debatte um Bio 3.0.

Der DLG-Nachhaltigkeitsbericht 2015 – ein Angebot zur Diskussion

Dr. Lothar Hövelmann stellte den DLG-Nachhaltigkeitsbericht, der 2015 erstmals veröffentlicht wurde, vor. Nachhaltige Entwicklung lasse sich anhand von Indikatoren aus den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales, die durch interne und externe Experten erarbeitet worden seien, transparent und nachvollziehbar abbilden. Auf einzelbetrieblicher Ebene lasse sich Nachhaltigkeit je nach Aspekt von nicht so gut bis umfassend bestimmen. Werde der gesamte Sektor betrachtet, so bestünden auf Bundesebene noch einige Datenlücken, beispielsweise fehlten Zahlen zur Phosphorbilanz sowie Indikatoren zur Bodenerosion und zur Bodenschadverdichtung. Bei den auf Ebene des Sektors untersuchten Indikatoren bestünde Verbesserungsbedarf bei der Flächeninanspruchnahme (Bodenversiegelung), der Stickstoffbilanz, der Biodiversität, den Treibhausgasen und den Arbeitsunfällen. Ähnliches sei für die Tiergerechtheit anzunehmen, wenngleich bundeseinheitliche Indikatoren hierzu noch nicht zur Verfügung stünden. Gute Entwicklungen seien bei der Flächen- und Stallproduktivität, der Ausbildungsqualität sowie der Rückstandssituation von Pflanzenschutzmitteln in Grundwasser und Lebensmitteln festzustellen.

Diskussion

Konsens bestand unter den Diskutierenden in der Einschätzung, dass Nachhaltigkeitsbewertungen künftig Grundlage für Politik sein werden, über die Indikatoren könne sich die Wissenschaft verständigen. Dringend nötig sei auch die Entwicklung eines Systems für das Tierwohlmonitoring, so Prof. Grethe, welches sowohl Missstände aufzeigen, als auch nicht gerechtfertigte Vorwürfe entkräften könne. Dr. Hans-Hermann Nositschka, Metternich-Wachendorf, merkte das Fehlen einer Debatte über den Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung an. Seiner Meinung nach sei diese verantwortlich für die Infektionen von zehntausenden Menschen mit multiresistenten Keimen. Hingegen bezweifelte Dr. Hövelmann den hergestellten engen Zusammenhang und bezeichnete das QS-Antibiotikamonitoring als guten Ansatz, den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung zu reduzieren. Prof. Niggli stellte hierzu fest, dass es in der Schweiz keine Kluft mehr zwischen Bauern und grünen NGOs gäbe, die neue Bruchlinie verlaufe zwischen Bauern und Humanmedizinern. ■ Dagmar Babel

Vorträge und Presseinformationen von der ASG-Herbsttagung sind einzusehen unter: www.asg-goe.de/ASG-Herbsttagung-2015.shtml

Neues aus Vorstand und Kuratorium

Am 4. November 2015 fanden während der Mitgliederversammlung eine Nachwahl zum Vorstand sowie Ergänzungswahlen zum Kuratorium statt.

Silvia Zöller, seit 2007 Mitglied des ASG-Vorstands, ist aus diesem ausgeschieden. Ihre Nachfolgerin im Präsidium des Deutschen LandFrauenverbandes e.V., **Steffi Trittel**, Bürgermeisterin der Gemeinde Hohe Börde, wurde neu in den Vorstand der ASG gewählt.

In das Kuratorium wurden wiedergewählt:

- **Ulrike Höfken**, Staatsministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten, Mainz
- **Prof. Dr. Hermann Schlagheck**, MinDir a.D., Swisttal
- **Dr. Gerd Wesselmann**, Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG, Stabstelle Landwirtschaft, Münster

Neue Mitglieder des Kuratoriums sind:

- **Daniel Gellner**, Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, Abteilungsleiter Grundsatzfragen, EU-Förderung, Ländliche Entwicklung, Dresden
- **Dr. Juliane Rumpf**, Landwirtschaftsministerin a.D., Sehestedt/Schleswig-Holstein
- **Dr. Beatrix Tappeser**, Staatssekretärin im Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Wiesbaden
- **Prof. Dr. Karl-Friedrich Thöne**, Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, Abteilungsleiter Ländlicher Raum, Forsten, Erfurt
- **Dr. Ludger Wilstacke**, Abteilungsleiter a.D., Krefeld

Aus dem Kuratorium ausgeschieden sind: **Thorsten Hiete**, Hannover, sowie **Peter Leichsenring**, ehem. Sächsische Staatskanzlei, Dresden. ■

Dr. Willy Boß mit Professor-Niklas-Medaille ausgezeichnet

Für seine hervorragenden Verdienste für Landwirtschaft, Landentwicklung und Flächenmanagement wurde Dr. Willy Boß die Professor-Niklas-Medaille in Silber durch den Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Christian Schmidt verliehen. Der Minister bezeichnete es als besonderes Verdienst, dass sich Dr. Boß als Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) besonders dafür eingesetzt habe, die agrarstrukturellen Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Unternehmen aller Eigentums- und Betriebsformen zu verbessern.

Auch in die Arbeit der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. hat sich Dr. Boß als Vertreter des BLG bis 2013 über 22 Jahre zunächst als Kuratoriums- und später als Vorstandsmitglied mit viel Engagement eingebracht. ■

ASG-Termine 2016

Frühjahrstagung 25. und 26. Mai 2016 in Meißen
Herbsttagung 9. und 10. November 2016 in Göttingen

Verleihung des Tassilo Tröscher-Preises 2015

Zum elften Mal lobte die „Tassilo Tröscher-Stiftung – Für die Menschen im ländlichen Raum“ Preisträger für ihr vorbildliches Engagement für den ländlichen Raum aus. Im Rahmen der Herbsttagung der ASG am 4. November 2015 wurden fünf Projekte ausgezeichnet: Neben einem ersten Preis (2 500 €) und zwei zweiten Preisen (jeweils 1 500 €) waren zwei Sonderpreise mit jeweils 500 € dotiert.

Chor der Stacheligen Landfrauen

Der Chor der Stacheligen Landfrauen entstand 1997 aus dem Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit des Westfälisch-Lippischen LandFrauenverbandes. Die 18 Sängerinnen sehen sich als musikalisches Sprachrohr der Landwirtschaft und des Lebens auf dem Land. Sie versuchen, den Wandel der Landwirtschaft musikalisch zu vermitteln und mit Vorurteilen oder überholten Ansichten aufzuräumen. Dabei singen sie zu bekannten Melodien über Reizthemen rund um die Landwirtschaft, das Landleben, das Verbraucherverhalten oder die Politik. Diese Themen liegen ihnen besonders am Herzen, weshalb sie sie parodistisch mit selbstgeschriebenen Texten aufarbeiten, untermalt mit einer passenden Choreografie. Dies geschieht bei dem jährlich stattfindenden gemeinsamen Chorwochenende. Mit ihren Liedern sprechen die Frauen mutig das aus, was der Berufsstand denkt. So singt der Chor in einem Lied über Anträge und Subventionen: „Was brauche ich Subventionen, ich will doch nichts geschenkt“. Sie selbst stehen im Spannungsfeld zwischen Traditionen, die bewahrt werden sollen, und einer Modernisierung, die zum Erhalt der Wirtschaftlichkeit notwendig ist. Die Frauen legen aber nicht nur Wert auf die Aussagen ihrer Lieder, sondern haben auch einen hohen musikalischen Anspruch.

Der Chor blickt auf eine erfolgreiche Geschichte mit zahlreichen auch überregionalen Auftritten wie auf der Internationalen Grünen Woche Berlin zurück. Alle Sängerinnen leben in Dörfern im Kreis Höxter und haben selbst täglich mit der Landwirtschaft zu tun. Außerhalb des Chors engagieren sie sich zum Wohl ihrer ländlichen Heimat und gestalten die Zukunft ihrer Dörfer mit. So singen sie es auch in ihrem Dorflied: „Wir bleiben hier, denn unser Dorf gibt uns den Halt und Nachbarn lassen uns nicht kalt.“

Foto: M. Busch

Foto: Landjugendverband Schleswig-Holstein

Landjugend Klimawald – Im Norden verwurzelt

Zusammen mit der Stiftung Klimawald hat die Landjugend Schleswig-Holstein (rd. 5 500 Mitglieder) 2,4 ha Land in Nordhastedt gekauft und diese mit Bäumen aufgeforstet, die einmal einen Mischwald ergeben werden. In Dithmarschen, dem waldärmsten Kreis in Deutschland mit nur 3 % Waldanteil, wollten die Landjugendlichen mit diesem langlebigen Projekt einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und damit Verantwortung für die folgende Generation übernehmen.

Dem Projekt ist es gelungen, aufgrund der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten viele Menschen für die heimatliche Natur zu sensibilisieren und damit eine große Breitenwirkung zu erzielen. Von Februar bis November 2014 sammelten die Landjugendlichen mit großem Engagement und vielfältigen Aktionen in einem „Spendenmarathon“ rund 20 000 €: Sie organisierten beispielsweise selbst Klimafeten und Benefizveranstaltungen, „vermieteten“ ihre Arbeitskraft, gewannen Sponsoren und waren mit Glücksrad und Spendentrichter auf Festen und Veranstaltungen in Schleswig-Holstein vertreten, auf denen sie kleine Rotbuchen als Preise verschenkten.

Im Rahmen eines Aktionstages im November 2014 pflanzten sie an einem Tag 14 500 Bäume und bauten einen Wildschutzzaun um das Pflanzareal. Mitarbeiter der Stiftung Klimaschutz und zwei Angestellte der Landesforsten leiteten die Landjugendlichen, mitpflanzenden Familien, Senioren, Politiker und Ehrengäste an. Die LandFrauen Albersdorf und Nordhaststedt versorgten alle mit Suppe, Kuchen und Apfelpunsch. So entstand ein Landjugendwald, der CO_2 bindet und von allen als Bürgerwald und Erholungsraum genutzt werden kann.

KULTURnetzWERK Neustadt am Rübenberge e.V.

Das KULTURnetzWERK Neustadt am Rübenberge e.V. ist eine Interessengemeinschaft, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die Vielfalt an Kultureinrichtungen und Kunstschaffenden in der Region zu vernetzen. Ihr Augenmerk liegt nicht nur auf der Förderung des kulturellen Lebens der Stadt, sondern auch auf der Stärkung der kulturellen Bedeutung des ländlichen Raums.

34 Dörfer und die Kernstadt Neustadt bilden das Neustädter Land, das sich über eine Fläche von 357 km² erstreckt. Ein Bindeglied zwischen den Orten und Menschen der Region stellt die Kultur dar, durch die eine breite Zusammenarbeit zwischen den Kommunen entstanden ist. Ehrenamtliches Engagement und das Miteinander verschiedener Künstler stärkt die Wahrnehmung der kulturellen Aktivitäten im ländlichen Raum, weshalb Literatur, Musik, Kunst und Theater eine hohe Bedeutung im Neustädter Land haben. Das KULTURnetzWERK stellt zudem einen Anreiz für die Bürger der Region dar, selbst in unterschiedlichster Form in der Region aktiv zu werden.

Eines der ersten Projekte des KULTURnetzWERKs war die Entwicklung einer Kommunikationsplattform mit Hilfe eines Internetportals, um die Vernetzung zwischen den Kunstschaffenden zu vereinfachen. Kulturschaffende können sich auf der Seite selbst vorstellen und durch Suchanfragen um Unterstützung für einzelne Projekte und Vorhaben bitten.

Eine weitere Austauschmöglichkeit bietet der Kulturstammtisch, durch den ein persönlicher Austausch zur Sammlung neuer Ideen und Weiterentwicklung

Foto: P. Kunte

Foto: P. Kunte

dieser bis hin zur konkreten Verwirklichung eines Projekts ermöglicht wird. Die 30 bis 40 Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Stammtischs sind sowohl Laien als auch studierte Künstler, die sich regelmäßig an verschiedenen Orten in der Region treffen. Ein Projekt des Stammtisches war z. B. die Konstruktion einer Memory-Wand, auf der sich die Künstler vorstellen, und die bei der örtlichen Wirtschaftsmesse ausgestellt wird. Dem Kulturstammtisch entstammt außerdem die Idee einer KULtourREISE. Die 2012 erstmals durchgeführte Reise führte zu 31 Veranstaltungsorten mit dem Ziel, Kulturschaffende aus dem Neustädter Land und die Veranstaltungsorte bekannt zu machen. Zudem beteiligte sich das KULTURnetzWERK an der diesjährigen 800-Jahr-Feier der Stadt Neustadt am Rübenberge mit einer „Kunst- und Kulturmeile“ und stärkte so die interkommunale Zusammenarbeit. Ein weiteres Projekt „Kunst im Schaufenster“ wurde bereits zur Überbrückung von Gewerbeleerständen eingesetzt.

Sonderpreis: Ökodorf „Sieben Linden“

Das Gemeinschaftsprojekt Ökodorf „Sieben Linden“ im Norden Sachsen-Anhalts entstand 1989 mit dem Ziel, eine Gemeinschaft mit einem nachhaltigen, ökologischen und sozialen Lebensstil aufzubauen. Eine Gruppe von 20 Pionieren verfolgte die Vision eines selbstversorgten ökologischen Dorfes. Dafür wurde ein 22 ha großer Standort in der Gemeinde Beetzendorf, auf dem früher einmal sieben Linden standen, erworben. 1997 zogen die ersten Mitglieder mit ihren Bauwagen nach Sieben Linden und begannen dort, die Gebäude eines alten Bauernhofs nach ökologischen Kriterien in ein Gemeinschaftsgebäude umzubauen. Der alte Hof wird als Gemeinschafts- und Seminarort genutzt und bildet den Mittelpunkt des Dorfes. Um ihn herum erfolgte ein umfassender Ausbau der Infrastruktur. Heute stehen zusätzlich weitere 8 ha Bauland zu Verfügung, auf denen nach und nach Häuser in ökologischer Bauweise aus Holz, Stroh und Lehm entstehen. In neun Mehrfamilienhäusern und 45 Bauwagen leben aktuell 110 Erwachsene sowie 40 Kinder und Jugendliche. Insgesamt ist das Projekt jedoch für 250 Menschen ausgelegt. Räte, Kleingruppen und monatliche Vollversammlungen werden zur Meinungsbildung, Diskussion und Entscheidungsfindung eingesetzt.

Neben dem ökologischen Siedlungsbau zeichnet sich die Gemeinschaft dadurch aus, dass sie ökologische Land- und Forstwirtschaft betreibt. Zusammen mit einer auf dem Gelände angesiedelten Gärtnerei versorgt sich die Gemeinschaft zu großen Teilen mit Obst und Gemüse selbst (Selbstversorgungsgrad 70 %). Bewirtschaftet werden die Flä-

Foto: M. Würtel

Foto: M. Würfel

chen und der Wald neben herkömmlichen Zugmaschinen auch mit Pferden.

Das Ökodorf ist auf vielfältige Weise mit der Umgebung vernetzt: Mitarbeit im Gemeinderat, in den Waldkindergarten des Ökodorfes gehen auch viele Kinder aus der Umgebung, Menschen aus der Umgebung arbeiten regelmäßig im Ökodorf mit (auf dem Bau, im Wald und in anderen Bereichen), einige Bewohner/-innen arbeiten in der Region, v. a. im pädagogischen, heilerischen oder ökologischen Bereich. Die Lebensgemeinschaft wirkt in unterschiedlichen Initiativen (meist ehrenamtlich) in die Region hinein, z. B. bei der Gründung einer Energiegenossenschaft, in anderen Energiewende-Projekten, in der Hospizarbeit, der Feuerwehr, bei Projekten an den Schulen der Region, als Mitglied im Kreistag, in der Elternvertretung, im Tischtennisverein, im Regionalverein Altmark. Regelmäßig kommen Schulklassen für einen Projekttag ins Ökodorf und an zehn Sonntagen im Jahr werden im Rahmen eines Sonntagscafés neben Kaffee und Kuchen auch Führungen und ein Kulturprogramm angeboten.

Foto: Gemeinde Langenfeld

Foto: G. Grahlmann

Sonderpreis: Langenfeld – Aufbruch in die Zukunft

Die Gemeinde Langenfeld liegt im strukturschwachen ländlichen Raum Westmittelfrankens. Dort ist das Mehrgenerationenhaus „Dorflinde“ entstanden, welches sich zu einem bundesweiten Vorzeigeprojekt entwickelt hat und schon mehrfach ausgezeichnet worden ist. Die „Dorflinde“ ist ein Bürgerbüro, organisiert durch einen Arbeitskreis von Ehrenamtlichen, und dient den Menschen als Vernetzungs- und Vermittlungsstelle professioneller sowie ehrenamtlicher Dienstleistungen, Café und sozialer Treffpunkt, Bücherei, Veranstaltungsraum und noch vieles mehr.

Im unmittelbaren Ortskern, an der Stelle mehrerer sanierungsbedürftiger Gebäude, wurde ein neues Wohnhaus mit barrierefreien, kleineren Wohneinheiten für ältere Menschen und junge Erwachsene bzw. junge Familien errichtet. Im Erdgeschoss befindet sich eine Tagespflege-Einrichtung, die das Verbleiben älterer Menschen am Ort wie auch die häusliche Pflege durch Angehörige erheblich erleichtert. Ergänzt werden soll das Infrastrukturangebot durch ein dörfliches Dienstleistungszentrum mit Arzt- und Physiotherapiepraxis, Lebensmittelmarkt, Bäckerei, Bank- und Postdienstleistungen, mit dessen Bau 2016 begonnen werden soll. Durch die Wiederbelebung der Dorfmitte wird auch das bisher bestehende Infrastrukturangebot stabilisiert.

Die Gemeinde investiert selbst erhebliche Mittel und ist maßgeblicher Initiator der Projekte, stützt sich dabei jedoch auf das gemeinsam mit den Bürgern Langenfelds entwickelte Leitbild. So stemmt sich die Gemeinde erfolgreich gegen die spürbaren Folgen des demografischen Wandels im ländlichen Raum und schafft für alle Generationen ein bedarfsgerechtes infrastrukturelles und soziales Angebot.

Weitere Informationen zum Stiftungswettbewerb unter: www.asg-goe.de/stiftungswettbewerb.shtml

Internationale Grüne Woche Berlin vom 15. bis 24.01.2016

Gemeinschaftsschau „Lust aufs Land“: Menschen auf dem Land gestalten Zukunft

Nach wie vor erfreut sich das Leben auf dem Land großer Beliebtheit: Erholungsorte und Bewegungsmöglichkeiten in der Natur sind direkt vor der Haustür, es gibt mehr Platz als in den Städten. Gleichzeitig erfasst der demografische Wandel alle Regionen Deutschlands und wird auch auf dem Land immer spürbarer. Die Aussteller der Gemeinschaftsschau „Lust aufs Land – gemeinsam für die ländlichen Räume“ zeigen, was gutes Leben und Arbeiten in ländlichen Regionen heute ausmacht. Informative Angebote für Landinteressierte und Fachbesucher/-innen sowie viele Aktionen an den Ständen machen Lust aufs Land! Auf der großen LandSchau-Bühne der Agrarsozialen Gesellschaft mit den Moderatorinnen Heike Götz und Petra Schwarz erwartet die Besucher/-innen eine spannende Mischung aus Unterhaltung und Information.

Das **Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft** (BMEL) präsentiert einen besonders innovativen Ansatz für die Versorgung von ländlichen Ortschaften: das Mehrfunktionshaus. Die Messebesucher/-innen sind eingeladen, im Haus selber auf Entdeckungsreise zu gehen und zu erfahren, wie Versorgung auf dem Land durch neue Lösungen gewährleistet und zukunftsfest gestaltet werden kann.

Die Vielfalt der Multifunktionalität vorgestellter Lösungen reicht von Einkaufen im Tante-Emma-Laden des 21. Jahrhunderts über innovative Gesundheitsdienste bis zu neuen Serviceangeboten. Zu diesen Themen informieren die **Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins** (ALR) und das **Forum ländlicher Raum – Netzwerk Brandenburg** (FlR-NB) an einem Gemeinschaftsstand. In den Fokus rücken sie aber insbesondere das Thema Bildung und Projekte im Bereich Mobilität.

LEADER-Regionen und ihre Projekte stehen im Mittelpunkt bei der **Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume** (DVS) auf dem BMEL-Gemeinschaftsstand. Kultur, Sport und Spiritualität vereint z. B. die LEADER-Region Amberg-Sulzbach mit dem bayernweit einzigartigen Simultankirchen-Radweg. Die neue LEADER-Region Wattenmeer-Achter entwickelt die Vision „Wattenmeer-Achter 2030+: Wohnen – Arbeiten – (Er)Leben“ mit dem Ziel, junge Menschen in der Region zu halten.

Auf einer Reise durch zehn Bundesländer präsentiert der **Deutsche Landkreistag** (DLT) von Tag zu Tag wechselnd insgesamt zehn Landkreise, die sich von ihrer besten Seite zeigen und die Messebesucher in ihren Bann ziehen. Geboten wird ein buntes Programm mit traditionellem Handwerk, modernem Unternehmertum sowie kulinarischen und musikalischen Leckerbissen.

Die **Katholische Landjugendbewegung Deutschlands** (KLJB) wirbt für ein Leben und Arbeiten auf dem Land. Unter dem Motto „Landflucht – Leben und Arbeiten, wo andere Urlaub machen“ können sich Besucher in ländlichen Berufen ausprobieren, in einem interaktiven Spiel ihr eigenes Dorf gestalten und Spannendes über Jugendarbeit in ländlichen Räumen erfahren.

Die **Evangelische Jugend in ländlichen Räumen** (ejl) stellt das Thema Zu- und Abwanderung in den Fokus ihres Messeauftritts. Dabei geht es um die Faktoren und Gründe, warum Menschen den ländlichen Raum verlassen, wieso einzelne Regionen einen Zuwachs haben und welche Vorteile oder Herausforderungen die Zuwanderung durch Flüchtlinge mit sich bringt.

Unter dem Motto „Zwei Feuerwehrverbände – ein Ziel!“ präsentieren sich die **Landesfeuerwehrverbände Berlin und Niedersachsen** erstmalig mit einem Gemeinschaftsstand auf der IGW. Interessierte können sich über die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren sowie der Berufs- und Werkfeuerwehren in Berlin und Niedersachsen informieren. Neben Fahrzeugen und Gerätschaften wird auch Schutzausrüstung präsentiert. Zudem wird eine „Feuerwehr-Modenschau“ vorgeführt.

Die Ems-Achse zeigt sich als Wachstumsregion voller Überraschungen, die neben der bekannten Papenburger Meyer Werft Marktführer in der Windenergie, bei Lkw-Aufliegern und die Produktion des VW-Passats beheimatet. In einer der dynamischsten Regionen Deutschlands suchen viele erfolgreiche Unternehmen qualifizierte Arbeitskräfte. Die **Wachstumsregion Ems-Achse** informiert über die Vorteile eines wirtschaftlich starken ländlichen Raums und möchte die Besucher/-innen im Rahmen eines Quiz für die Region gewinnen.

Das **Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement** (BBE) hat Akteure und Initiativen an seinem Stand zu Gast, die mit ihrem Engagement den ländlichen Raum aktiv gestalten: Von der Arbeit mit Geflüchteten über kulturelle Projekte bis hin zum Engagement von Jugendlichen gibt es viele Projektbeispiele für eine blühende Zivilgesellschaft im ländlichen Raum.

Freienseen ist ein vitales Dorf, das durch sein ehrenamtliches Engagement bereits zahlreiche Projekte zur Dorfentwicklung hervorgebracht hat. Von diesen werden eine Grundschule, ein Waldkindergarten und das Landesmodellprojekt DorfSchmiede Freienseen den Besucher/-innen vorgestellt.

Coconat – a Workation Retreat verknüpft das Konzept der urbanen Coworking-Spaces mit einem Landhotel, das auf die Bedürfnisse moderner Wissensarbeiter ausgerichtet ist. Im Zentrum stehen Produktivität, Community und Naturerleben. Coconat ist ein innovatives Konzept für den ländlichen Raum, das die veränderten Rahmenbedingungen moderner Lebens- und Arbeitswelten aufgreift.

Die **Europäische ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung** wie auch der **Erlebnisdörfer e.V.** haben sich zum Ziel gesetzt, Erhalt und Entwicklung lebensfähiger, attraktiver Dörfer bestmöglich zu unterstützen. Am gemeinsamen Messestand stellen sie Beispiele aus ihrem internationalen Netzwerk vor und bieten Möglichkeiten für Erfahrungsaustausch.

„Entdecken – Erleben – Genießen!“ ist das Motto der **Landesarbeitsgemeinschaft Urlaub und Freizeit auf dem Lande Sachsen-Anhalt**. Neben zahlreichen Angeboten für Familien mit Kindern auf dem Lande oder für gesundheitsbewusste Urlauber werden auch diejenigen fündig, die einmal Kunst und Kultur im ländlichen Raum erleben wollen, gern radeln, reiten, wandern oder Wintersport treiben. Zahlreiche Standaktionen laden die Besucher zum Mitmachen ein.

Der **Deutsche Tierschutzbund** ist gemeinsam mit dem **Tierschutzverein für Berlin und Umgebung** auf der Messe vertreten. An seinem Stand stellt der Verband die Nutztierhaltung und das Tierschutzlabel „Für Mehr Tierschutz“ in den Fokus. Das Label kennzeichnet Produkte tierischen Ursprungs, bei denen deutliche Verbesserungen bei der Haltung, der Schlachtung und dem Transport der Tiere garantiert sind.

Die **Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung** des Landes Berlin informiert über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten der privaten Vorsorge im Fall einer Versorgungskrise sowie zum Verhalten in einer Notsituation. Es werden hilfreiche Empfehlungen und Tipps gegeben, welche Lebensmittel sich eignen, um einige Tage ohne Strom und Kühlmöglichkeit zu überbrücken.

Begleitveranstaltungen des BMEL-Zukunftsforums Ländliche Entwicklung 2016 mit Beteiligung der ASG

Ländliche Räume 4.0: Beitrag einer erweiterten GAK für Wertschöpfung und Innovation

Mittwoch, 20.01.2016, 13.30-15.30 Uhr, CityCube Berlin

Die vorgesehene Erweiterung der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes sieht ein breiteres Förderspektrum für die Entwicklung ländlicher Regionen vor. Die Veranstaltung will die beabsichtigten neuen Maßnahmen besonders unter dem Aspekt der Förderung regionaler Wertschöpfung und Innovation sowie der Sicherung der Daseinsvorsorge beleuchten. Dabei spielen auch die Chancen der zunehmenden Digitalisierung von Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft eine besondere Rolle.

Wie gelingt Dorfentwicklung? Erfolgsgeschichten aus dem Wettbewerb „Kerniges Dorf!“

Mittwoch, 20.01.2016, 16.00-18.00 Uhr, CityCube Berlin

Die Sieger des Wettbewerbs „Kerniges Dorf!“ 2015 unterscheiden sich deutlich in ihrer Struktur, Größe und Haushaltslage. Gibt es also andere, „weiche“ Faktoren, die zu ihrem Erfolg beigetragen haben? Welche Gemeinsamkeiten zeigen die Siegerdörfer hier? Eine vergleichende Betrachtung der Gewinner gibt die Möglichkeit, die Übertragbarkeit der Erfolgsfaktoren auf andere Dörfer zu prüfen.

Resiliente Dörfer – Eigenständigkeit, Selbstbestimmtheit und Beteiligungskultur in schrumpfenden Regionen

Donnerstag, 21.01.2016, 10.00-12.00 Uhr, CityCube Berlin

Lebendige Dörfer sind ein Pfund, mit dem ländlich geprägte Regionen wuchern können. Wie aber behaupten sich Dörfer bei zunehmender Zentralisierung von Funktionen? Wie ist es mit der Selbstbestimmung, wenn immer größere politische Einheiten gebildet werden? Und wie sieht eine Beteiligungskultur aus, die Menschen befähigt, das Schicksal ihrer Dörfer selbst in die Hand zu nehmen? Neben kurzen kritisch-provokanten Impulsen bietet die Veranstaltung intensive Diskussionen auf drei „Marktplätzen“, die kreativ dokumentiert und reflektiert werden.

Anmeldungen unter www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Gute Gaben und runde Tische

Vom Rückgriff auf Bewährtes, von neuen Formen der politischen Meinungsbildung und den Vorzügen des vielgestaltigen miteinander Redens in der deutschen Agrarpolitik

Das waren noch Zeiten, als der Weihnachtsmann eine Frau und voller guter Gaben war. Mit alles in allem 750 Mio € war der Geschenkesack überaus üppig gefüllt, den die damalige Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner 2009 den Landwirten wenige Wochen vor dem Fest als Reaktion auf einen vorausgegangenen Absturz an den Milchmärkten dieser Welt und in der Folge allerlei Erschütterungen bis in die berufsständische Verbändelandschaft hinein unter den Weihnachtsbaum legte. Im Mittelpunkt des von der Bundesregierung seinerzeit als „größtes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft in der Geschichte der Bundesrepublik“ gefeierten Präsentkorbes stand die unter dem Namen „Kuhschwanzprämie“ in die Geschichte eingegangene, geradezu legendäre Sonderausschüttung von rund 21 € pro Milchvieh. Von nicht ganz so weitreichender Ausstrahlung, in ihrer Wirkung aber ähnlich beeindruckend, war die etwas höher angesetzte Hektarprämie von bis zu 35 € für das betriebliche Dauergrünland. Schließlich gönnte die Bundesregierung den Landwirten einen kräftigen Nachschlag auf die Bundesmittel zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung, deren Gesamtvolumen im Folgejahr auf 300 Mio. € und danach noch immerhin auf deutlich mehr als 200 Mio. € anstieg.

Sechs Jahre, zwei Bundeslandwirtschaftsminister und eine Krise bei der Milch später steht wieder Weihnachten vor der Tür. Obwohl der Weihnachtsmann inzwischen ein Mann und aus gleichem politischen Holz geschnitzt ist wie anno 2009, nehmen sich die Geschenkeaussichten ungleich bescheidener aus. Zugegeben, der Wunschzettel hatte von vornherein nicht den Umfang früherer Zeiten. Dabei mag neben einer gewissen Ernüchterung über die Segnungen einer Kuhschwanzprämie und ähnlichen Gaben aus der agrarpolitischen Gießkanne eine Rolle gespielt haben, dass es anders als 2009 ohne vorhergehende Bundestagswahl an Gelegenheiten gefehlt hat, die Wünsche mit dem entsprechenden Nachdruck an den geeigneten Stellen vorzubringen. Nicht unbemerkt dürfte zudem geblieben sein, dass die Zeiten schwierig und die Herausforderungen für das Gemeinwesen ungleich größer geworden sind. Unter dem Strich blieben zunächst rund 70 Mio. € aus dem Brüsseler Topf, die die Bundesregierung im Rahmen eines Liquiditätshilfeprogramms denjenigen Betrieben zukommen lässt, die durch die Talfahrt der Milch- und Schweinepreise unter Druck geraten sind.

Für einigermaßen Erstaunen sorgten dann aber doch die Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2016. Zu früher Morgenstunde am Ende einer langen Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses war es dem Chefhaushälter der Union für das Budget des Bundeslandwirtschaftsministeriums, Cajus Caesar, gelungen, den mittlerweile auf 100 Mio. € geschrumpften Bundeszuschuss zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung nahezu zu verdoppeln. „Wir tun was“, so die Botschaft von CDU und CSU an ihr ländliches Wahlvolk. Der Bauernverband zeigte sich erfreut, bedeutet das doch eine zusätzliche Entlastung für seine Klientel bei den Berufsgenossenschaftsbeiträgen von durchschnittlich 16 %. Eine Geste mit ausgeprägter Symbolkraft, die angesichts kräftiger Einkommenseinbußen ihre Wirkungen bei den Landwirten nicht verfehlen dürfte. Der SPD blieb nur beleidigtes Grummeln ob der Rückkehr zu den Methoden einer überwunden geglaubten Kuhschwanz-Agrarpolitik. Für deren Agrarsprecher Wilhelm Priesmeier besteht kein Zweifel, „das verpufft im Großen und Ganzen und bringt strukturell überhaupt nichts“. Immerhin war es den Sozialdemokraten in der besagten Haushaltssitzung gelungen, 2 Mio. € für eine nationale Strategie zur Reduktion von Zucker, Salz und Fett in Fertigprodukten loszueisen.

Auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt zeigte sich angetan und begrüßte den unerwarteten Geldsegen für die Unfallversicherung als Unterstützung seiner politischen Agenda. Die ist im Übrigen mittlerweile von einem Maß an Dialogforen und Gesprächskreisen in nie dagewesener Dimension geprägt, die selbst Insider den Überblick verlieren lässt. Dabei lösen sich Spitzentreffen wie „Lebensmittelgipfel“, Kompetenzkreissitzungen mit dem Schulterschluss von Theorie und Praxis sowie Runde Tische zu diesem und jenem in unregelmäßiger Reihenfolge ab. Eine der letzten Errungenschaften in diesem Zusammenhang ist ein Runder Tisch zur Milchpolitik. Der war immerhin das wichtigste Ergebnis der Agrarministerkonferenz (AMK) vom Herbst im hessischen Fulda. Dereinst ins Leben gerufen, um für ein wenig Gleichklang im traditionell vielstimmigen Agrargesang der Länder insbesondere gegenüber dem Bund zu sorgen, haben die AMKs

im Zeitalter der Events und deren multimedialer Vermarktung inzwischen die nächste Entwicklungsstufe erklommen: Sie bieten Anlass und Kulisse für Zusammenkünfte jeglicher Art – Erlebnischarakter und öffentlichkeitswirksame Präsentation inbegriffen.

Bereits zum Auftakt des Fuldaer Treffens hatte der Hessische Bauernverband mehrere hundert Berufskollegen auf die Straßen der ehrwürdigen Bischofsstadt gebracht, um gegen akuten Preisverfall, kostenträchtige Auflagen und einen übermächtigen Lebensmitteleinzelhandel zu protestieren und – ganz nebenbei – „den anderen" nicht allein die große Bühne zu überlassen. Zumindest Letzteres sollte allerdings nur teilweise gelingen, wie sich im Nachhinein herausstellen sollte. „Saure Milchbauern stürmen die Ministerkonferenz" überschrieb der Hessische Rundfunk (hr) auf seiner Internetseite das aus seiner Sicht am meisten Berichtenswerte der Zusammenkunft. Tatsächlich war eine am Abschlusstag parallel vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) initiierte Kundgebung ein wenig aus dem Ruder gelaufen, nachdem sich etwa ein Viertel der geschätzten 400 Demonstranten „mit Böllern, Bengalos und Sirenen" (hr) sowie bestaunt von spürbar erschrockenen Polizeibeamten Zutritt zum Tagungshotel verschafft hatte. Von ihrem wiederholt und lautstark geäußerten Wunsch, Bundesminister Schmidt ins Gebet zu nehmen und ihn zu diesem Zweck gegebenenfalls im Konferenzsaal durch dessen verschlossene Türen persönlich aufsuchen zu wollen, ließen die z. T. in stundenlanger Traktorfahrt angereisten Landwirte nur zögernd und erst nach der Zusicherung von höchster Stelle ab, dass friedliche Vertreter im Nachgang die ersehnte Audienz beim Minister erhalten würden.

Wir wissen nicht, ob und wenn ja, in welchem Ausmaß die lautstarken Willensbekundungen hinter zerbrechlichen Glastüren dem bis dato schleppenden Fortgang der Verhandlungen zwischen den 17 Ressortchefs und ihrem jeweiligen Gefolge neuen Schwung gegeben haben. Nicht auszuschließen ist allerdings, dass Gedanken an zu erwartende handfeste Reaktionen auf die mögliche Kunde über eine nicht zustande gekommene Einigung in der Milchpolitik dem einen oder anderen Konferenzteilnehmer einiges Unbehagen bereitet haben. Dermaßen beflügelt zimmerten grüne, schwarze, rote und dunkelrote sowie weißblaue Minister doch noch einen Beschluss, der das Zeug hat, als Lehrbeispiel der Hohen Schule der Diplomatie in die Annalen einzugehen: Sie beschlossen die Einrichtung eines Runden Tisches! Damit eröffnen sich völlig neue Formen der politischen Willensbildung oder gar Entscheidungsfindung. Dies lässt im Übrigen für kommende Ministerkonferenzen einiges erwarten, die sich ansonsten wie in Fulda mit bilateralen Freihandelsabkommen, der Harmonisierung von Förderbestimmungen und der Bekämpfung des Asiatischen Laubholzbockkäfers auseinandersetzen müssen.

Der Runde Milchtisch soll sich unter Leitung des jeweiligen AMK-Vorsitzlandes – zumindest in den kommenden Jahrzehnten – darum bemühen, Vorschläge zur Bewältigung von Krisen auf dem Milchmarkt zu erarbeiten. Neben mehr oder weniger Altbekanntem sollen dabei ausdrücklich auch revolutionäre Instrumente wie „flexible Angebotsregelungen" untersucht werden. Teilnehmen am Runden Tisch sollen im Übrigen alle – neben Bund und Ländern auch Verbände, Molkereiwirtschaft, Handel und Verbraucher sowie „gesellschaftliche Gruppen". Zugegeben, für Vertreter eines klaren milchpolitischen Kurses besteht keine Veranlassung zu übertriebener Sorge wegen einer allzu raschen Entscheidungsfindung. Gewähr dafür bietet nicht zuletzt die Beteiligung von Minister Schmidt mit dessen Hang zu vertiefter Detaildiskussion mit eingehender Ergebnisprüfung ohne zeitliche Begrenzung. Dennoch ist Vorsicht geboten, und zwar mindestens aus zwei Gründen: Zum einen hat sich dem Vernehmen nach Bayerns Ministerpräsident und CSU-Parteichef mit der Lizenz zum politischen Irrlichtern, Horst Seehofer, des Themas Milchpolitik in seiner ganzen Breite und Wirkung in der öffentlichen Meinung angenommen. Zum anderen übernimmt am 1. Januar 2016 der bislang nicht unbedingt durch politische Standhaftigkeit und Prinzipientreue aufgefallene Till Backhaus den Vorsitz der AMK – Überraschungen und Wendungen im neuen Jahr sind damit nicht völlig auszuschließen.

Schmidt selbst will die Übersicht behalten. Sicherstellen soll das ein „Grünbuch Ernährung Landwirtschaft", das der Minister im kommenden Herbst vorlegen will. Angesichts einer unverändert kritischen und neueren Produktionsmethoden gegenüber in wachsendem Maß skeptisch bis feindlich eingestellten Öffentlichkeit und trotz Marktflaute helfen womöglich gute Worte, noch dazu niedergeschrieben, mehr als zusätzliche Millionen. Ein Grünbuch ist es, das der Landwirtschaft den Weg runter von der gesellschaftlichen Anklagebank und rein in eine verlässliche Zukunft weisen soll. Ein Grünbuch, so dessen landläufige Definition, fasst den Diskussionsstand zu einem Thema zusammen und bereitet ein Weißbuch vor. Wer mag, kann hierin die anderweitig in der Politik so schmerzlich vermissten langen Linien erkennen. Da behaupte noch jemand, dem als langjährigen Verteidigungspolitiker mit Weißbüchern bestens vertrauten Herrn Schmidt mangele es an Weitsicht und Visionen.

Rainer Münch

Ökoerzeuger sind zufrieden mit ihrer Beratung

Prof. Dr. Horst Luley, Dr. Henrike Rieken, Dr. Melanie Kröger

Für einen erfolgreichen Ökolandbau ist die Beratung von großer Bedeutung. Seit 30 Jahren existiert im Ökolandbau eine hauptamtliche Beratung, die jedoch noch nie evaluiert wurde. Dieser Aufgabe hat sich die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde 2013 in Zusammenarbeit mit der Stiftung für Ökologie und Landbau sowie kooperierenden Beratungsanbietern angenommen.

Über die Zufriedenheit der Ökoerzeuger mit der hauptamtlich durchgeführten Beratung, die sich explizit von der den Ökolandbau bis heute prägenden kollegialen Beratung abgrenzt, gab es bisher keine Erkenntnisse für das gesamte Bundesgebiet. Eine Evaluation ist jedoch wichtig, um eine kontinuierliche Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der Berater, die z. T. aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, zu ermöglichen. Im Rahmen der Studie ging es deshalb vor allem darum, die folgenden zwei zentralen Fragen zu untersuchen: In welchem Umfang nahmen Ökoerzeuger Beratung in einem Zeitraum von drei Jahren in Anspruch und wie zufrieden waren sie mit der Beratungsleistung?

Zunächst galt es, die Begriffe „Ökoerzeuger“ und „Beratung“ zu definieren. Ökoerzeuger ist ein Sammelbegriff, der alle Teilgruppen wie Öko-Landwirte, Öko-Gärtner, Öko-Winzer, Öko-Imker und weitere auf der Erzeugerstufe im Ökolandbau einbezieht. Beratung wird als eine Hilfe zur Problemlösung verstanden. Sie wird von Formen der Ein-Weg-Kommunikation unterschieden, durch die Informationen weitergegeben werden. Vielmehr ist sie ein Dialogprozess, weshalb in der Untersuchung von Ökoerzeugern oder Betriebsleitern gesprochen wird, da diese im aktiven Austausch mit ihren Beratern stehen.

Zahlreiche Beratungsmöglichkeiten

Die Berater selbst lassen sich verschiedenen Beratungsanbietern bzw. Organisationstypen der Beratung zuordnen. Neben Beratungseinrichtungen in privater Trägerschaft (Profit-Unternehmen ohne Organisationsverbund), Beratungsringen (Ringberatung, Einzweckverbände), Anbauverbänden (Verbandsberatung im Mehrzweck-Verband) und deren Tochterunternehmen (Profit-Unternehmen im Organisationsverbund) existieren halbstaatliche (Landwirtschaftskammer) und staatliche Beratungsträger (Offizialberatung) für die Ökoerzeuger. Diese nutzten in den vergangenen Jahren 81 verschiedene Beratungsanbieter, die im Rahmen der Untersuchung einer vergleichenden Beurteilung unterzogen wurden.

Schon vor Beginn der empirischen Untersuchung wurde ein Dialogprozess mit den Vertretern der Organisationen, die Beratungsleistungen für Ökoerzeuger anbieten, begonnen. Das Ziel dieses Dialogs war es, auch für die Anbieter eine nützliche Evaluierung der Beratungsleistung zu erreichen und ihnen eine Umsetzung in der Beratungspraxis zu ermöglichen.

Im Winter 2013/2014 wurde die Befragung der Ökoerzeuger mithilfe eines standardisierten Fragebogens in Klassenzimmerbefragungen bei ohnehin stattfindenden Treffen durchgeführt. Die Stichprobe umfasste 598 Ökoerzeuger, die 2,6 % aller Ökoerzeuger in Deutschland, 0,7 % der Ökoerzeuger nach EU-Öko-VO und 4,9 % der verbandsgebundenen Ökoerzeuger repräsentierten.

Inanspruchnahme von Beratungsleistung geringer als erwartet

Innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren (2011 bis 2013) haben 71 % der Befragten eine Beratung in Anspruch genommen. Dabei war besonders bei Mitgliedern von Anbauverbänden eine hohe „Beratungsnähe“ zu erkennen (91 % der Befragten gehörten einem Anbauverband an). Die durchschnittliche Beratungszeit je Ökoerzeuger betrug knapp 12 Stunden in drei Jahren, wobei durchaus Beratungsleis-

Fotos: S. Hermannsen

Prof. Dr. Horst Luley
Dr. Henrike Rieken
Dr. Melanie Kröger (v.l.n.r.)

Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE), Fachgebiet Soziale Prozesse und Regionalentwicklung, Eberswalde

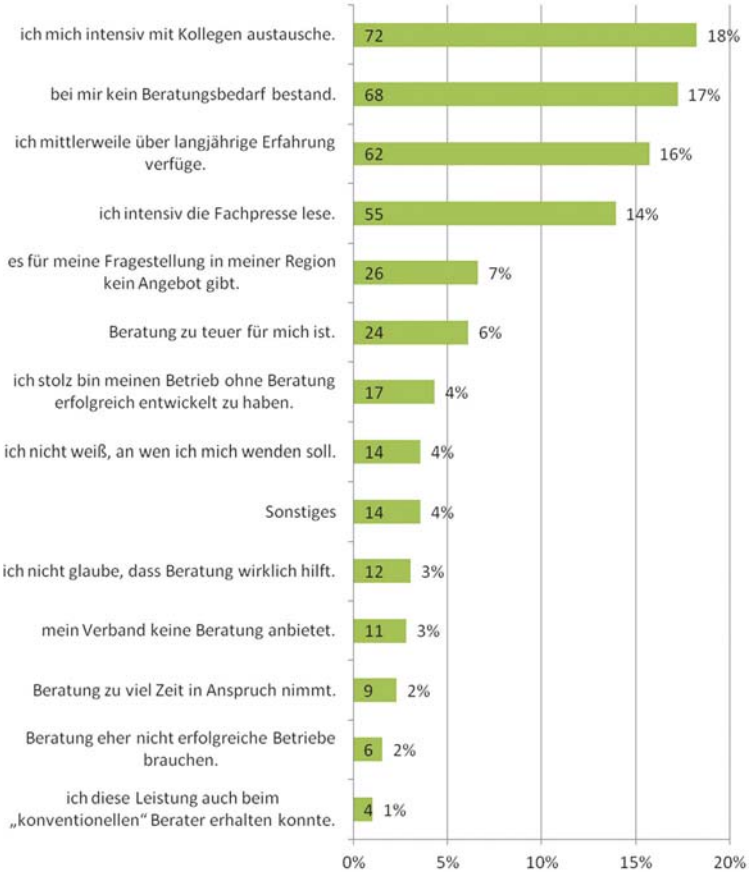
Tel. (03334) 657-324
{horst.luley, henrike.rieken, melanie.kröger}@hnee.de

tungen von mehreren Anbietern zugleich genutzt wurden. Betriebsleiter in den neuen Bundesländern nahmen in geringerem Maße als ihre westdeutschen Kollegen, zu 57 %, Beratung in Anspruch. Dieser Befund kann teilweise mit dem Nichtvorhandensein der Offizialberatung erklärt werden. Ein weiterer Unterschied in der Nutzung von Beratungsleistungen zeigte sich zwischen Nebenerwerbslandwirten, die sich weniger beraten ließen, als Landwirte im Vollerwerb.

Bezüglich des Anlasses der Beratung konnte die Untersuchung neben den bisher bekannten dominierenden produktionstechnischen Themen Pflanzenbau und Tierproduktion unter anderem die Optimierung der Wirtschaftlichkeit als neues wichtiges Themenfeld identifizieren. Themen, die den Klimaschutz und den Umgang mit den Folgen des Klimawandels betreffen, kommt aktuell keine Bedeutung zu.

Abbildung 1: Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme von Beratung in den Jahren 2011-2013 bei den befragten Öko-Erzeugern

Falls Sie keine Beratung genutzt haben, möchten wir Ihre Gründe hierfür erfahren.
Ich habe in den letzten 3 Jahren keine Öko-Beratung in Anspruch genommen, weil ...



Basis: Befragte, die keine Beratung genutzt haben, N=173, 394 Nennungen (Mehrfachnennungen möglich), Ø Nennungen pro Befragtem: 2,3.

Quelle: Eigene Erhebung BöwED 2014

Knapp ein Drittel der Betriebsleiter (29 %) hat keine Beratung in Anspruch genommen. Als Gründe hierfür gaben sie an, andere Problemlösungsansätze, wie den kollegialen Austausch (18 %) oder das Lesen von Fachpresse (14 %) genutzt zu haben oder über eigene langjährige Erfahrungen zu verfügen (16 %). Weiterhin gaben 17 % an, im Befragungszeitraum keine Beratung benötigt zu haben, 6,1 % empfanden die Beratung als zu teuer und weiteren 6,6 % fehlte ein Angebot in ihrer Region (s. auch Abb. 1).

Gute Fachkompetenz der Berater

Die Ökoerzeuger, die eine Beratung in Anspruch genommen hatten, wurden nach ihrer Zufriedenheit mit ihrem wichtigsten Beratungsanbieter gefragt (s. Abb. 2). Insgesamt sahen sie die vorgegebenen Qualitätskriterien in gutem Maße erfüllt. Die Fachkompetenz der Berater wurde ebenso als positiv eingestuft wie das Eingehen der Berater auf die Situation der Erzeuger. Auch das Preis-Leistungs-Verhältnis wurde überwiegend als gut bewertet, weshalb kein Anhaltspunkt dafür gefunden werden konnte, dass die Kosten für eine Beratung ein Hindernis für die Inanspruchnahme darstellten. Die Vernetzung der Berater mit Forschungseinrichtungen bewerteten die Ökoerzeuger bei der privaten Beratung im Mittel schlechter als bei Beratungsringen oder bei der Offizialberatung. Dass die Ökoerzeuger mehrere Anbieter auch jenseits der vertraglichen Bindung zu Rate ziehen, könnte ebenfalls die hohe Zufriedenheit mit der Beratung im ökologischen Landbau erklären. Einen Einfluss auf die Zufriedenheit hat auch, dass die Berater den Erzeugern Kontakte zu anderen Beratern vermitteln, um die Lösungsfindung zu unterstützen.

Ein weiterer wichtiger Faktor, aus dem sich die hohe Zufriedenheit ableiten lässt, war die Möglichkeit der Befragten, Wünsche an die Anbieter von Beratung zu richten. 57 % der 424 Beratungsnutzer äußerten Wünsche, wobei häufig Zustimmung (z. B. „weiter so!") ausgedrückt wurde und nur geringe Defizite durch die Wünsche identifiziert werden konnten. Eine bessere Verfügbarkeit in der Region, mehr Zeit für die Beratungstätigkeit insgesamt und speziell mehr Zeit bei den Betriebsbesuchen wünschten sich einige Ökoerzeuger.

Aus dem Projekt lassen sich zusammenfassende Empfehlungen für die Entscheidungsträger in den Beratungsorganisationen ableiten: Auf die beratungsmethodischen Kenntnisse sollte sowohl bei der Einstellung geachtet als auch eine fortlaufende Weiterbildung ermöglicht werden. Hinweise für die Verant-

wortlichen in Politik und Agrarverwaltung der Bundesrepublik lauten: Eine bessere Koordination der Bundesländer mit dem Ziel, einheitliche Wettbewerbsbedingungen für Beratungsanbieter im ökologischen Landbau zu schaffen, ist empfehlenswert.

Zur Lektüre wird empfohlen

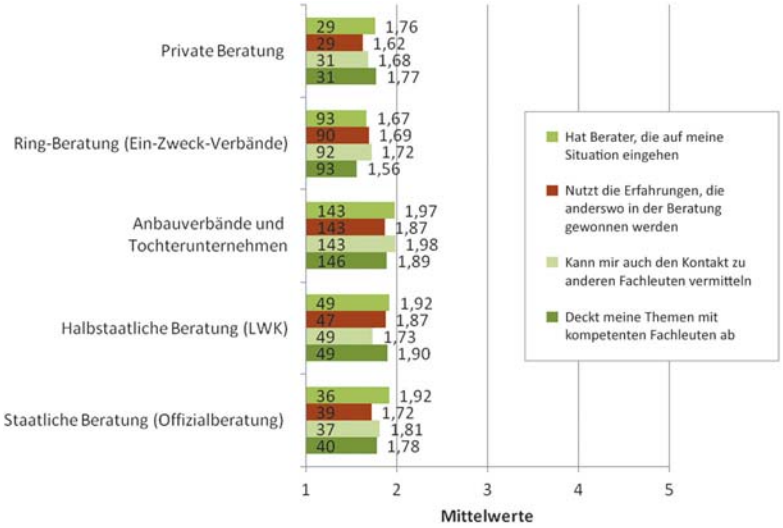
Horst Luley, Melanie Kröger, Henrike Rieken unter Mitarbeit von Jochen Currle und Simone Helmle:

Beratung ökologisch wirtschaftender Erzeuger in Deutschland.

2014, Weikersheim, Margraf Verlag, ISBN 978-3-8236-1699-3

Abbildung 2: Qualität des wichtigsten Beratungsanbieters: Vier Kriterien zur Haltung der Berater und zur fachlichen Expertise

Im Folgenden sind einige Aussagen zu Beratungsanbietern aufgeführt. Wir möchten Sie bitten, mithilfe dieser Aussagen abschließend Ihren wichtigsten Anbieter zu bewerten. Auf einer Skala von 1 (trifft voll zu) bis 5 (trifft gar nicht zu): Mein wichtigster Anbieter ...



Basis: Befragte, die eine Beratung genutzt haben, N=424, Nennungen: Geht auf Situation ein (350), Nutzt Erfahrungen (348), Kontakte vermitteln (352), Fachleute (359). In den Balken: Anzahl der Nennungen zu 5 Anbietern.

Quelle: Eigene Erhebung BöwED 2014

Hausschlachtung von Schweinen und anderen landwirtschaftlichen Nutzieren – bald ein Weltkulturerbe?

Dr. Arnulf Tröscher

Zwar ist das Fleischerhandwerk aus der Hausschlachtung hervorgegangen – erst etwa im 15. Jahrhundert wird über die ersten Ladengeschäfte berichtet, die Fleisch- und Wurstwaren anbieten –, doch hat sich parallel dazu das Hausschlachten weiter gehalten. Damit dieses Kulturerbe überlebt, beabsichtigt der Verein Landerlebnis Weinheim e.V. einen Antrag auf Aufnahme in die Liste der Weltkulturerbe zu stellen.

Hausschlachtung vereint Tierschutz und soziale Aspekte

Nicht nur auf den Dörfern war es üblich, dass man ein, eher zwei Schweine hielt, um Haushalts- und Gartenabfälle zu verwerten. Diese Schweine wurden, rechtzeitig vor Familienfesten, von einem Hausmetzger geschlachtet. Er war in aller Regel ausgebildeter Fachmann und konnte so sicherstellen, dass 99 % des Schweines zu wertvollen Lebensmitteln verwertet wurden: Leberwurst, Blutwurst, Schwarzwurst und Sülze aus den weniger wertvollen Teilstücken sowie Schnitzel, Koteletts, Braten, Schinken, Speck etc. aus den besseren Teilen. Dabei ist vor allem zu bemerken, dass das Schwein ohne nennenswerten Stress bis zum finalen Bolzenschuss geführt wurde. So war durch die Hausschlachtung nicht nur die Versorgung mit wertvollen Nahrungsmitteln auf effiziente Weise sichergestellt, auch die aktuellen Anforderungen an den Tierschutz waren gewährleistet: kurze Transportwege und Fachleute bei der Arbeit, die den Umgang mit Tieren kannten. Ihnen war auch bewusst, dass das Fleisch von misshandelten Tieren

Dr. Arnulf Tröscher

Landerlebnis Weinheim e.V., Weinheim a. d. Bergstraße

Tel. (06201) 59 04 59
arnulf.troescher@t-online.de

Foto: privat

Schlachtfest in Niederelsdorf, Sachsen, ca. 1936: Warten auf das Ergebnis des Fleischbeschauers

keine gute Qualität ergab. Ein Metzger, der dies nicht beachtet hat, wurde kein zweites Mal beauftragt.

Daneben spielte die Hausschlachtung aber noch eine weitere wichtige Rolle, nämlich bei der Festigung der sozialen Struktur der Dorfgemeinschaft. Die noch warme Wurstsuppe wurde zusammen mit Leber- und Blutwurst in der Nachbarschaft verteilt und so haben auch die Nachbarn mit ein bis zwei warmen Malzeiten profitiert. Selbstverständlich haben sie sich revanchiert. Die Hausschlachtung hat also nicht nur dem Besitzer des Schweins, sondern dem ganzen Dorf gutes Essen beschert. Hierzu muss man wissen, dass Wurstsuppe in größerer Menge anfällt und vom Besitzer allein niemals vollständig verzehrt werden könnte. Das Verteilen auf die Nachbarschaft war also auch eine effiziente Art, um wertvolle Ressourcen einzusetzen.

Kleine kommunale Schlachthäuser sind hygienisch sauber zu führen.

Überregulierung verhindern

Die Umsetzung von europäischen Richtlinien zum Schlachten ermöglicht zwar noch die Hausschlachtung als solche, verbietet aber das Weiterreichen von Produkten. Auch die Beschau des Schweines wird verkompliziert. Früher gab es in jedem Dorf einen Fleischbeschauer – in aller Regel ein Bauer, der ein einfaches Mikroskop und eine entsprechende Ausbildung hatte. Er war in der Lage, ggf. Trichinen im Zwerchfell oder Tuberkulose in der Lunge zu finden und dann entsprechend einzuschreiten. Die Kosten hierfür waren gering. Heute kommt der amtliche Tierarzt aus 50 km Entfernung und die Beschau kostet mehr als das ganze Schwein. Zusammen sind diese Maßnahmen geeignet, die legale Form der Hausschlachtung auszuradieren.

Dörfer entvölkern. Aktiver Kulturschutz und Kulturschaffen können helfen, sie zu erhalten. Dazu gehört auch der Erhalt von Traditionen, Bräuchen, alten Handwerkskünsten und Festen. All dies ist in der Hausschlachtung vereint und noch viel mehr: Es gibt keine besseren Würste als jene aus dem noch warmen Fleisch. Die berühmten Deutschen Leber-, Blut- und Schwarzwürste wären eigene Einträge in das Weltkulturerbe wert. All dies steht auf dem Spiel, wenn wir durch Überregulierung verhindern, dass Hausschlachtungen in Zukunft noch durchgeführt werden können. Übrigens macht diese Überregulierung auch vor kleinen Schlachthöfen nicht halt. Überall werden sie geschlossen, wie z. B. gerade in Bensheim.

Was geht uns also verloren, wenn man auf dem Dorf nicht mehr legal hausschlachten kann?

1. Ländliche Kultur
2. Humaner Umgang mit dem Tier
3. Produkte von allerhöchster kulinarischer und lebensmittelhygienischer Qualität
4. Ein weiterer Grund, auf dem Dorf zu leben
5. Preiswerte Lebensmittel durch Selbstversorgung

Viele Dörfer haben in den 70er Jahren kommunale Schlachthäuser gebaut, um die Hausschlachtung in hygienisch ausgestatteten Räumen durchzuführen. Wenn sie nicht schon verschwunden sind, dann sind sie heute nur noch für Zerlegearbeiten zugelassen. Dabei ist eines ganz klar: Die großen Gefahren für das Tierwohl sowie für unsere Gesundheit und Ernährung gehen von den großen Einheiten der Massentierhaltung und Massentierschlachtung aus und nicht von der Hausschlachtung oder den kleinen Schlachthäusern. Wir wollen regionale Produkte. Woher sollen sie denn kommen, wenn die regionalen Schweine nicht regional geschlachtet werden können?

Langzeitstudie zu ländlichen Lebensverhältnissen:

Entwicklung von Dörfern abhängig von Anstrengungen vor Ort

Dr. Heinrich Becker

Die bundesweite Langzeitstudie „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012“ betrachtet die Entwicklung von 14 Orten im ländlichen Raum. Einzigartig macht die Studie die Analyse der Lebensverhältnisse im Abstand von 20 Jahren in denselben zehn westdeutschen und seit 1993 vier ostdeutschen Untersuchungsdörfern.

In der gerade abgeschlossenen vierten Untersuchung analysierten insgesamt sieben Forschungseinrichtungen im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft unter je spezifischen Blickrichtungen die aktuellen Entwicklungen in den Untersuchungsorten. Koordiniert wurde die Studie durch das Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig.

Vor dem Hintergrund von Sorgen um Abwanderungen aus ländlichen Räumen, einem anhaltenden Bevölkerungsrückgang infolge des demografischen Wandels und um die Sicherung der Daseinsvorsorge in dünner besiedelten ländlichen Räumen dokumentiert die Studie eine sehr heterogene ländliche Entwicklung, die sich abstrakten Vereinfachungen und Schematisierungen entzieht. Es wird dabei deutlich, dass viele negative Prognosen nicht eingetreten sind. Eines der auffälligsten Ergebnisse ist, dass die 1952 identifizierten „Rückstandsdörfer“ ihre Situation lange überwunden haben. Generell ist die unterschiedliche Entwicklung der Dörfer nicht auf einzelne Faktoren zurückführen. Vielmehr resultiert die Entwicklung aus den Anstrengungen von Akteuren in den einzelnen Dörfer, der Nutzung staatlicher Unterstützungsprogramme und regionaler Chancen.

Unterschiedliche Entwicklung der Einwohnerzahlen

Ein wichtiger Indikator für die unterschiedlichen Entwicklungen der Untersuchungsdörfer ist die Zu- oder Abnahme der Einwohner. Die Einwohnerentwicklungen zwischen den Untersuchungsorten sind höchst unterschiedlich. Sie reichen von seit längerem anhaltendem Wachstum bis zu nicht unbeträchtlichen Einwohnerverlusten von west- wie ostdeutschen Untersuchungsdörfern in den 20 Jahren seit der letzten Untersuchung. Selbst dort, wo solche Einwohnerverluste zu verzeichnen sind, sind diese weit entfernt von der oft beschworenen „Entleerung der ländlichen Räume“.

Vielmehr zeigt die Entwicklung der Untersuchungsorte in der Vergangenheit, dass eine Stabilität der dörflichen Einwohnerzahlen keineswegs die Regel war. Vielmehr prägte ein Wechsel zwischen Bevölkerungswachstum und -rückgang viele Dörfer. Ein Beispiel für einen solchen schwankenden Verlauf ist der Untersuchungsort Gerhardshofen, wo ein seit mehr als 100 Jahren anhaltender Bevölkerungsrückgang in den 1980er und 1990er Jahren von einer Phase mit starkem Bevölkerungswachstum abgelöst wurde. Seit 2008 verzeichnet das Dorf wieder leicht rückläufige Einwohnerzahlen.

Die Entwicklungen in den ostdeutschen Untersuchungsdörfern in den letzten 20 Jahren weisen als Folge von Wiedervereinigung und Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Besonderheiten auf: Der Niedergang regionaler Industriezentren und der Arbeitsplatzabbau in der örtlichen Landwirtschaft und im produzierenden Gewerbe führten z. T. in Fortsetzung und Verstärkung von schon in der DDR begonnener Prozesse zu Abwanderungen und Einwohnerverlusten. Es sind jedoch inzwischen auch gegenläufige Entwicklungen, wie z. B. die Verbesserung der individuellen Mobilität oder ein verändertes regionales Arbeitsplatzangebot zu beobachten, auch wenn diese sich noch nicht in einer Stabilisierung oder gar einem Wiederanstieg der Einwohnerzahlen der Untersuchungsdörfer niedergeschlagen haben. Auch in dem Untersuchungsort Glasow hat der massive Rückgang der Einwohnerzahlen nicht zwangsläufig in eine Abwärtsspirale gemündet. Der Zuzug

Dr. Heinrich Becker

Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig

heinrich.becker@ti.bund.de

Abbildung 1: Lage der Untersuchungsdörfer

Quelle: BMEL

von vor allem polnischen Bürgern und der damit verbundene Neubau oder Kauf von Häusern deutet auch hier auf einen Wechsel der Entwicklungsrichtung hin.

Die Bevölkerungsentwicklung der Untersuchungsorte in den letzten 20 Jahren verdeutlicht die Bedeutung des gleichzeitigen Zu- und Wegzugs von Menschen. In allen Untersuchungsorten sind Menschen sowohl zu- als auch weggezogen. Das Verhältnis von Zu- bzw. Wegzug war mitentscheidend für das Vorzeichen der Bevölkerungsentwicklung. Die meisten Menschen ziehen aus ihren Wohnorten weg in der Annahme, in anderen Orten ihren Vorstellungen nach bessere Lebensverhältnisse vorzufinden. Umgekehrt verhält es sich auch mit dem Zuzug. Der Zuzug in Untersuchungsdörfer ist so auch Beleg für die Qualität der örtlichen Lebensverhältnisse. Auch eine generell vermutete Abwanderungsbereitschaft von Erwachsenen und Jugendlichen konnte nicht nachgewiesen werden. Zwar gaben 25 % der Befragten an, schon einmal über einen Wegzug nachgedacht zu haben. Diese Überlegungen wurden vor allem von Menschen aus großen, wachsenden, stark durch Wanderungsprozesse geprägten, stadtnahen, westdeutschen Untersuchungsorten angestellt. Wichtige Ursachen für diese Überlegungen sind die jeweiligen Arbeitsplatzinteressen oder die eigene berufliche Weiterentwicklung.

Wachstum und Zuzug werden auch durch kommunale Entscheidungen wie die Ausweisung von Baugebieten entscheidend mit gesteuert. Im Ergebnis führen solche Entscheidungen in einem Dorf zu Bevölkerungswachstum, im andern zu Stagnation oder Rückgang der Bevölkerung.

Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen als Basis der ländlichen Wirtschaft

Die Menschen in den Untersuchungsorten leben zum überwiegenden Teil von Erwerbstätigkeiten in Unternehmen des produzierenden Gewerbes und im Dienstleistungsbereich. Nicht nur ländliche Räume, auch Untersuchungsorte selbst sind Standorte solcher Unternehmen und somit auch von Arbeitsplätzen. Die Bandbreite der Unternehmen reicht von internationalen Großunternehmen über Handwerksbetriebe bis zu neuen Formen des vernetzten digitalen Handels in Kleinstunternehmen. Zu den Arbeitsplätzen in diesen Dörfern pendeln Arbeitskräfte oft ein. Gleichwohl pendelt die Mehrheit der Bewohner zur Arbeit aus. Der Aufwand des Auspendelns hält sich für die Mehrzahl der Menschen in Grenzen: 80 % der Pendler aus den Untersuchungsorten erreichen ihre Arbeitsplätze in weniger als 30 Minuten. Nur im Umland von großen Ballungsräumen wie etwa Berlin ist der Anteil der Pendler mit längeren Fahrzeiten deutlich höher.

Landwirtschaft im Strukturwandel

Viele Untersuchungsdörfer wurden durch den Agrarstrukturwandel verändert. Die Bedeutung ehemaliger landwirtschaftlicher Betriebe für die Dörfer zeigt sich häufig nur noch in der Bausubstanz einiger Gebäude. Die entstandenen großen landwirtschaftlichen Betriebe, besonders die mit Viehhaltung, wurden aus den Ortskernen ausgesiedelt. Häufig reichen die wirtschaftlichen Aktivitäten der heutigen Betriebe weit über das

Dorf hinaus. In Ostdeutschland bieten besonders die großen landwirtschaftlichen Betriebe oft ein nicht unerhebliches örtliches wirtschaftliches Potenzial. Eine Ausnahme hinsichtlich des agrarstrukturellen Wandels bildet das durch Weinbau geprägte Dorf Bischoffingen. Zahlreiche Weinbaubetriebe und ihre Vermarktungseinrichtungen machen den Weinbau zu einem wichtigen Wirtschaftsbereich und prägen das Dorf kulturell. Unabhängig von der Anzahl und Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe und der daraus folgenden Flächennutzung wird das landschaftliche Umfeld der Dörfer durch die Landwirtschaft beeinflusst. Daraus ergeben sich potenzielle Konfliktfelder: Die Wohnbevölkerung der Orte hat ein sehr emotionales Verhältnis zum Landschaftserleben entwickelt und lehnt mehrheitlich Veränderungen der Landschaft ab.

Infrastrukturelle Unterschiede

Die infrastrukturellen Unterschiede zwischen den Untersuchungsdörfern sind – je nach betrachtetem Merkmal – groß; bezieht man jedoch die Nachbarorte mit ein, relativieren sie sich. In 9 von 14 Dörfern ist ein Allgemeinmediziner und in einigen Dörfern ein Lebensmitteleinzelhändler ansässig. Dörfer mit einem Vollversorger stellen jedoch die Ausnahme dar. An der Verbesserung der Breitbandversorgung wird durch die Inanspruchnahme von Förderprogrammen intensiv gearbeitet, teilweise ist dieser Prozess auch schon abgeschlossen.

Große Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen

Trotz aller Unterschiede zwischen den einzelnen Untersuchungsorten lebt die große Mehrheit der befragten Einwohner gern in ihren Wohnorten. Dies trifft auch auf Kinder und Jugendliche zu, die weitgehend zufrieden mit ihren aktuellen Lebensbedingungen sind. Zu der positiven Stimmung trägt die langanhaltende gute wirtschaftliche Konjunktur bei, die auch dazu geführt hat, dass Arbeitsplatzunsicherheit und Arbeitslosigkeit – in deutlichem Kontrast zur Untersuchung 1993 – gegenwärtig aus der örtlichen Wahrnehmung weitgehend verschwunden sind. Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Zufriedenheit ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei stellt die weitgehend im Privatbereich angesiedelte Pflege von Familienangehörigen eine besondere Herausforderung der Alltagsgestaltung dar. Ein zentraler, wegen seiner Selbstverständlichkeit im Alltag heute oft wenig beachteter Faktor, bleibt die individuelle Mobilität. Diese war und ist eine kaum zu überschätzende Voraussetzung für die Gestaltung des Lebens in den ländlichen Räumen. Trotz des Ausbaus von ÖPNV-Anbindungen

Abbildung 2: Zufriedenheit in ländlichen Räumen

Quelle: BMEL

bleibt die Automobilität wichtig für die Gestaltung des alltäglichen Lebens in den Untersuchungsdörfern.

Wie schon die Untersuchung 1952 zeigt, führt Wohnen in Dörfern nicht automatisch zu gemeinschaftlichem Engagement der Menschen. Vielmehr ist es die Entscheidung jedes einzelnen, sich in seinem Dorf zu engagieren. Dies haben die Menschen auch getan, indem sie sich aktiv in die Gestaltung ihres gemeinschaftlichen Lebensumfeldes eingebracht und die Dörfer in eindrucksvoller Weise geprägt haben. ■

Zur weiteren Information: Eine vom Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft herausgegebene Broschüre „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2015“ mit einer ausführlicheren Darstellung von Untersuchungsanlage, Untersuchungsorten und Projektergebnissen sowie Teilprojektberichte steht über die Homepage des Thünen-Instituts zum Download bereit.

Perspektive Soziale Landwirtschaft in Bayern

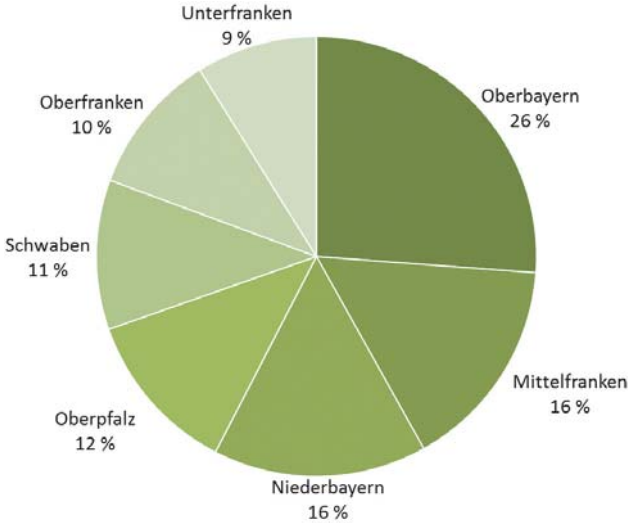
Alfons Limbrunner, Stefan Löwenhaupt, Marcus Sambale

Unter dem Begriff Soziale Landwirtschaft versteht man die Kombination von sozialen Angeboten mit land- und forstwirtschaftlichen Produktionsformen. Vielfach beschrieben und letztlich unstrittig sind die positiven Wirkungen der Lern-, Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich Sozialer Landwirtschaft. Auf Initiative des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF) führten die Autoren eine Erhebung durch, die den Stand der bislang eher unsystematischen Entwicklung Sozialer Landwirtschaft in Bayern und künftige Perspektiven untersucht.

Soziale Landwirtschaft, dies ergab die Befragung, konzentriert sich nicht auf einen bestimmten Produktionsbereich, sondern es lassen sich nahezu alle land- und forstwirtschaftlichen Produktionsbereiche mit sozialen Angeboten kombinieren. Anbieter sind soziale Organisationen mit eigener Landwirtschaft, Landwirte, die mit sozialen Einrichtungen zusammenarbeiten und unabhängige landwirtschaftliche Betriebe.

Insgesamt konnten in Bayern 191 Adressen von sozialen Einrichtungen bzw. landwirtschaftlichen Betrieben identifiziert werden (soziale Organisationen 69 %, n=130; land-, forstwirtschaftliche oder Gartenbau-Betriebe 31 %, n=61), davon fast 60 % in Oberbayern, Niederbayern und Mittelfranken. Die Betriebsgrößen liegen etwas über dem Durchschnitt aller landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern bei 35 ha. Insgesamt stellen sie über eintausend Arbeitsplätze zur Verfügung. Auffällig ist, dass etwa die Hälfte der Mitarbeiter landwirtschaftlicher Betriebe über eine pädagogische, soziale, pflegerische oder ähnliche Ausbildung verfügt.

Abbildung 1: Angebote sozialer Landwirtschaft nach Regierungsbezirken (n=191)



Quelle: Bestandserhebung Soziale Landwirtschaft, Befragung 2014.

Bei den befragten sozialen Organisationen hat Soziale Landwirtschaft eine etwas längere Tradition, wogegen bei den landwirtschaftlichen Betrieben erst in den letzten fünf Jahren eine stärkere Zunahme zu verzeichnen ist. Bei dem Großteil der sozialen Organisationen handelt es sich um Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Integrationsbetriebe oder Berufsbildungsstätten/Jugendberufshilfeeinrichtungen.

Landwirtschaftliche Betriebe engagieren sich vor allem im Bereich der Bildung, Erziehung, Freizeitangebote, Tagesbetreuung sowie medizinischen Rehabilitation. Zum Erhebungszeitpunkt nahmen 1 380 Menschen an den Angeboten in 53 Organisationen und Betrieben teil. Zahlenmäßig stellen Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen sowie Kinder die wichtigsten Gruppen dar. Die Umsatzspanne reicht von unter 1 000 € bis zu mehr als 1,0 Mio. € Umsatz im Jahr 2013. Die Bedeutung einzelner Finanzierungsquellen, wie z. B. Produktionserlöse, öffentliche Mittel, Spenden oder andere Quellen, ist sehr unterschiedlich.

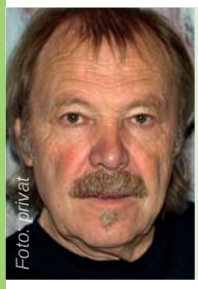


Foto: privat

Alfons Limbrunner

lehrte Soziale Arbeit in Nürnberg und ist Mitbegründer der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Soziale Landwirtschaft (DASoL); Berater und Supervisor (DGSv) in freier Praxis

www.evhn.de/alfons.limbrunner

Foto: J. Schabel

Stefan Löwenhaupt

Geschäftsführer und Leiter des Geschäftsfeldes Unternehmensberatung, xit GmbH forschen. planen. beraten, Nürnberg

loewenhaupt@xit-online.de
www.xit-online.de

Foto: Fasbiller Photo Fürth

Marcus Sambale

Berater des Geschäftsfeldes Unternehmensberatung der xit GmbH

sambale@xit-online.de

Hürden bei Bürokratie und Fördermöglichkeiten

Probleme ergeben sich dadurch, dass die Zuständigkeiten für den Bereich Soziale Landwirtschaft fragmentiert und deshalb unübersichtlich sind. Zudem gibt es bürokratische Hürden: Viele Landwirte und Landwirtinnen sind mit Antragstellungen oder Ähnlichem überfordert. Aufgrund der bürokratischen Hürden wagen sich Interessierte zudem nicht an den Aufbau sozialer Angebote in ihrem Betrieb. Darüber hinaus können formale Qualifikationsanforderungen für das Personal oder die vorzuhaltende Infrastruktur eine Herausforderung darstellen. Ein zentrales Problem stellt die Logik der sozialen Finanzierungssysteme dar: Sollen Personen aus therapeutischen Gründen auf Bauernhöfen arbeiten, kommen mehrere Finanzierungstöpfe in Frage, was dazu führen kann, dass Zuständigkeiten langwierig geklärt werden müssen und der Start in ein Projekt Sozialer Landwirtschaft dadurch behindert werden kann.

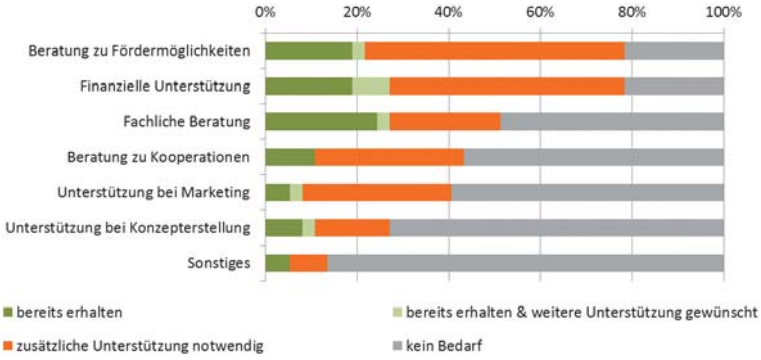
Hinweise zu Fördermöglichkeiten und direkten finanziellen Unterstützungen gehören, neben einer umfassenden fachlichen Beratung, zu den zentralen Notwendigkeiten der Zukunft. Mehr als die Hälfte der Anbieter der Sozialen Landwirtschaft wünscht hierzu weitere Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten.

Maßnahmen zur besseren Ausschöpfung der Potenziale

Das Potenzial der Sozialen Landwirtschaft zur Diversifizierung oder Erhöhung der Multifunktionalität in landwirtschaftlichen Betrieben ist, das hat die Analyse gezeigt, nur in Ansätzen ausgeschöpft. Um dieses Potenzial heben zu können, braucht es:

- mehr Öffentlichkeitsarbeit, um die Chancen Sozialer Landwirtschaft zu kommunizieren,
- mehr Beratung und Information (z. B. Handbuch „Finanzierung“) durch öffentliche Stellen und klassische Anlaufstellen für landwirtschaftliche Betriebe,
- eine weitere Vernetzung von Beratungsstellen sowohl innerhalb der Landwirtschaft als auch zwischen der Land- und der Sozialwirtschaft (z. B. durch Modellprojekte), um deren Beratungskompetenz zu erhöhen, Anfragen koordinieren zu können und somit eine passgenaue Beratung zu ermöglichen,
- mehr gemeinsame regionale Netzwerke für Landwirte und soziale Organisationen, um im Rahmen von Veranstaltungen und über Newsletter Kontaktflächen zu schaffen und Lern- und Entwicklungsprozesse anzustoßen,
- mehr modellhafte Kooperationen zwischen sozialen und landwirtschaftlichen Betrieben, um erfolgreiche Geschäftsmodelle zu entwickeln,
- eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Sozialen Landwirtschaft und Organisationen in Grenzbereichen, um hier für die Potenziale der Sozialen Landwirtschaft zu werben und ihnen die Möglichkeiten zur Erweiterung ihres Angebotsportfolios aufzuzeigen (z. B. Erlebnisbauernhöfe, die bislang keine Angebote der Sozialen Landwirtschaft vorhalten),
- mehr Qualifizierungsangebote für Landwirtinnen und Landwirte, um eine Förderfähigkeit der sozialen Angebote zu ermöglichen,
- eine Anpassung der Rahmenbedingungen bei der Refinanzierung, um Hürden bei der Ausweitung der Angebote Sozialer Landwirtschaft abzubauen und deren wirtschaftliche Tragfähigkeit zu verbessern (z. B. Persönliches Budget für den Bereich Arbeit, Anerkennung von Teilen der landwirtschaftlichen Ausbildung als fachliche Qualifikation für soziale Angebote),
- die Schaffung einer geeigneten Interessenvertretung, um die Bedarfe in den politischen Prozess transportieren zu können.

Abbildung 2: Beratungs- und Unterstützungsbedarf



Quelle: Bestandserhebung Soziale Landwirtschaft, Befragung 2014.

Fazit

Soziale Landwirtschaft und die gezielte Förderung landwirtschaftlich-sozialen Unternehmertums ist bundes- und europaweit eine zukunftsträchtige Perspektive. Bayern als größtes Agrarland Deutschlands übernimmt hier eine beispielhafte Vorreiterrolle.

Link zur Zusammenfassung der Studie:
www.stmelf.bayern.de/mam/cms01/landwirtschaft/dateien/zusammenfassung_bestandsaufnahme-soziale-landwirtschaft_xitgmbh.pdf

Landwirtschaft ist hochpolitisch

Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Dr. Robert Habeck über die Auseinandersetzung um die künftige Lebensmittelerzeugung, Ursachen für die Entfremdung zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft und die Anforderungen an die weitere Gestaltung der Agrarpolitik

Landwirte genießen Umfragen zufolge in der Bevölkerung hohes Ansehen. Gleichzeitig misstrauen immer mehr Menschen ihren Produktionsmethoden. Steht konventionelle Landwirtschaft unter Generalverdacht?

Habeck: Ich weiß, dass viele Landwirte das so wahrnehmen, und in der gesellschaftlichen Debatte herrscht ja zuweilen auch ein harter, mitunter diffamierender Ton. Andererseits sind die Bauernlobbys auch nicht gerade zimperlich. So entsteht ein Bild: die Gesellschaft auf der einen Seite und die Landwirte auf der anderen. Ich glaube, das verschärft aber die Probleme, weil sich die Landwirtschaft damit ins Abseits stellt. Sie muss doch sagen: Wir sind Teil der Gesellschaft, wir sind mittendrin und wir führen eine gemeinsame Debatte über unsere Zukunft.

Insbesondere durch die lauter gewordene Kritik von NGOs, aber auch von Teilen der Politik, fühlen sich viele Landwirte angegriffen und teilweise persönlich verleumdet. Die Stimmung hat sich deutlich verschlechtert. Haben Sie dafür Verständnis?

Habeck: Ich höre immer wieder von solch verletzenden Äußerungen. Manchmal werden sogar die Kinder von Bauern angegangen, nur weil die Eltern Bauern sind. Das stößt mir richtig auf. Das ist schlicht unanständig.

Welche Verantwortung haben politische Parteien in der Auseinandersetzung um die künftige Ausrichtung der Erzeugung von Lebensmitteln?

Habeck: Eine hohe. Gerade weil ich meine, dass es darum geht, das System zu hinterfragen, statt Landwirte zu beschimpfen oder Verbraucher zu erziehen, ist die gesamte Frage eine politische.

Die Grünen haben Fragen von „Ernährung und Landwirtschaft“ in Wahlkämpfen auf Bundes- und Landesebene thematisiert und waren damit unterschiedlich erfolgreich. Eignet sich Landwirtschaft als Thema in Wahlkämpfen, in denen Zuspitzungen unvermeidlich sind?

Habeck: Das Thema, wie unsere Lebensmittel entstehen und wie wir mit Tieren und Lebensgrundlagen umgehen, beschäftigt immer mehr Menschen. Natürlich muss darüber in Wahlkämpfen gesprochen werden und natürlich ist die Frage hochpolitisch. Ich sehe sogar einen Zusammenhang mit der Frage, wie wir künftig Ursachen für Flucht und Migration eindämmen.

Bleibt Landwirtschaft für die Grünen ein Wahlkampfthema?

Habeck: An der Debatte um Landwirtschaft und Lebensmittel wird kein Wahlkampf mehr vorbei kommen. Diese Frage ist sehr lebensnah, weil jeder isst und trinkt. Und sie ist gleichzeitig eine Kernfrage für Sicherheit und Außenpolitik, weil der Kampf um Ressourcen zu mehr, zu zusätzlicher Instabilität führt.

Wie müsste die Auseinandersetzung geführt werden, um nicht noch weiter zu polarisieren?

Habeck: Auf Augenhöhe, ruhig mal kämpferisch, aber mit Respekt.

Was sind nach Ihrer Einschätzung die Ursachen für die Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber weiten Teilen der heutigen Landwirtschaft?

Habeck: Es gibt zwei Ursachen. Erstens eine starke Entfremdung zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und der realen Landwirtschaft. Wir wissen kaum um die realen Produktionsbedingungen. Wir kaufen Fleisch und lassen uns von den Werbeaufdrucken täuschen, die suggerieren, dass die Schweine mit Ringelschwänzen im Dreck unter Apfelbäumen wühlen und im Fachwerkhaus schlafen. Wenn wir dann mal Bilder einer alltäglichen konventionellen Haltung sehen, sind wir empört und zeigen auf die Landwirte und sagen, wie könnt Ihr nur! Statt zu fragen, warum das System so ist. Und die zweite Ursache ist: Es ist eben auch nicht alles gut so, wie es ist. Es gibt zwar einen Grund, warum Schweinen regelmäßig die Schwänze kupiert werden – damit sich die Tiere die Schwänze nicht ge-

genseitig abbeißen und sich die Wunden entzünden – aber trotzdem ist es doch nicht richtig. Die Frage ist dann aber, was muss am System anders werden, damit Landwirte Schweine mit Ringelschwänzen großziehen können.

Welche gravierenden Defizite der Landwirtschaft sehen Sie?

Habeck: Die Landwirtschaft hat sich zu einem modernen, effizienten Hochleistungssystem entwickelt. Effizienz und Moderne sind ja nicht verkehrt. Aber die Intensivierung der Produktion hat negative Folgen für Böden, Gewässer und die Artenvielfalt – das erkennt übrigens in Schleswig-Holstein sogar die CDU an. Hinzu kommen die globalen Verwerfungen, die wir durch unsere Produktion auslösen. Wir haben zu viel Nitrat in Flüssen, Seen und im Grundwasser, wir haben zu wenig Rückzugsräume für Tiere und in der Tierhaltung werden die Tiere an die Haltung angepasst statt umgekehrt. Aber daneben gibt es noch ein Defizit, und zwar für die Landwirtschaft selbst: Viele Betriebe unterwerfen sich dem vermeintlichen Zwang, immer weiter wachsen und mehr produzieren zu müssen – vor allem für den Export. Gerade bei der Milchpreiskrise sehen wir aber, dass die Betriebe dadurch enorm anfällig werden und die Abwärtsspirale bei Preisen durch mehr Produktion beschleunigt wird. Das sollte uns zu denken geben.

Wie sollten die Landwirte in der gegenwärtigen Auseinandersetzung reagieren?

Habeck: Viel wäre gewonnen, wenn sich die Landwirtschaft an die Spitze der Debatte stellen würde. Wenn die Verbände mal erklären würden: Ja, wir wissen, dass nicht alles gut ist, lasst uns gemeinsam nach Lösungen suchen. Wenn wir eine gemeinsame Problembeschreibung hätten, könnten wir über die Kernfrage reden: Wie kann die Landwirtschaft nachhaltiger, umwelt- und ressourcenschonender und dabei finanziell auskömmlich wirtschaften?

Im Zentrum der Kritik steht die Tierhaltung, wie sie heute auf den meisten Betrieben gang und gäbe ist. Hier ist die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen der Verbraucher und der Realität besonders groß. Reicht es aus, die Ursachen dafür in einer romantisierenden Werbung zu suchen?

Foto: GrüneSH / Lizenz: creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0

Dr. Robert Habeck ist seit 2012 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. Im Frühjahr 2015 hat der 46-jährige Grünen-Politiker angekündigt, er wolle sich um die Spitzenkandidatur seiner Partei zur Bundestagswahl 2017 bewerben. Nach derzeitigem Stand tritt er damit in der vorgesehenen Mitgliederbefragung in Konkurrenz mit Grünen-Fraktionschef Dr. Anton Hofreiter. Habeck stammt aus Lübeck. Der Doktor der Philosophie war vor seiner politischen Laufbahn erfolgreich als Schriftsteller tätig. Den Grünen gehört er seit 2002 an. Seit 2005 ist der Mitglied des schleswig-holsteinischen Landtags.

Habeck: Die Milchtüte mit dem glücklichen Rind mit Hörnen auf der Weide ist faktisch Verbrauchertäuschung. Aber die Entfremdung geht ja weiter: Landwirtschaft auf dem Land wird ja immer weniger sichtbar. Die Zahl der Betriebe halbiert sich alle 20 Jahre – völlig ohne grüne Agrarminister. Inzwischen gibt es Dörfer ohne Bauern. Und es leben auch viel mehr Menschen in der Stadt, die das Schwein nur in Stückchen zerlegt in der Kühltheke kennen. Schon allein dadurch wächst die Diskrepanz. Außerdem sind die großen, modernen Ställe – auch wegen notwendiger Hygienevorschriften – geschlossene Systeme. Wir sehen nicht mehr, wie Schweine, Rinder und Hühner leben.

Eine Weiterentwicklung der Tierhaltung kostet Geld. Der Wissenschaftliche Beirat nennt in seinem Gutachten eine Summe von 3-5 Mrd. € pro Jahr. Wer sollte für die Kosten aufkommen?

Habeck: Ja, mehr Platz für die Tiere, mehr Weidegang, besseres Stallklima – all das macht die Tierhaltung teurer. Dabei bekommen schon jetzt viele Schweinehalter die Produktionskosten über die Preise nicht mehr rein. Ein wirksamer Ansatz kann entweder über die Supermarktkasse erfolgen oder dass wir gesellschaftlich gewollte Werte, die nicht vergütet werden, staatlich bezahlen. Erste Ansätze gibt es über die EU-Förderung für den ländlichen Raum: In Schleswig-Holstein haben wir z. B. ein Programm für tiergerechte Ställe aufgelegt, fördern Weidegang, heimische Eiweißpflanzen, über Beratung eine gewässerschonende Landbewirtschaftung und natürlich alle Formen von Vertragsnaturschutz. Dieser Ansatz sollte bei einer Neuausrichtung der EU-Agrarförderung viel stärker vorangetrieben werden.

Wie verlässlich können Finanzzusagen der Politik angesichts enormer gesellschaftlicher Aufgaben wie der Integration von Flüchtlingen sein?

Habeck: Das ist die zentrale politische Frage angesichts von Flüchtlingen, Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa und der Finanzkrise. Wird man erfolgreich Gelder für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum verteidigen können, wenn man nichts ändert? Oder ist man erfolgreicher, wenn man diese Gelder an Leistungen bindet. Ich rate zu letzterem. Die EU gibt jedes Jahr 41 Mrd. € für Direktzahlungen an die Landwirte aus, 5 Mrd. allein in Deutschland. Die Gelder fließen nicht zielgerichtet, sondern sind breit gestreut. Faktisch fördern sie in erster Linie die Bodenbesitzer – die aber vielfach das Land gar nicht selbst bewirtschaften. In Europa sind aber nur noch etwa noch etwa 60 % des Landes im Besitz aktiver Bauern, in Deutschland 40 %, und in Schleswig-Holstein 50 %. Der Rechtfertigungsdruck für die Milliarden-Zahlungen wird deutlich zunehmen. Es ist also im Interesse der Landwirtschaft, schrittweise ein Fördersystem zu entwickeln, bei dem die Zahlungen der Allgemeinheit dienen und dann auch als berechtigt anerkannt werden.

Warum entscheiden sich Verbraucher an der Ladentheke anders, als ihre geäußerten Wertvorstellungen erwarten lassen?

Habeck: Weil sie Menschen sind. Als Bürgerinnen und Bürger treten sie für bessere Produktionsbedingungen ein, aber als Konsumenten sind sie gehetzt im Alltag, vielleicht auch knapp bei Kasse, verführbar durch Werbung. Diese Unvollkommenheit gehört zu uns Menschen dazu. Gerade deshalb bedarf es einer anspruchsvollen Politik.

Wie beurteilen Sie den Konflikt zwischen Ordnungsrecht und Freiwilligkeit?

Habeck: Ein bisschen bin ich die Diskussion über Ordnungsrecht gegen Freiwilligkeit leid. Ein Staat muss doch Rahmenbedingungen schaffen, damit alle gleiche Spielregeln haben. Und gleichzeitig setzen wir mit Förderprogrammen Anreize, freiwillig anders zu wirtschaften – mit Vertragsnaturschutz, Stallbauförderprogrammen, Gewässerschutzberatung usw. Aber auch freiwillige Programme kommen nicht ohne Vorgaben aus. Letztlich geht es um ein Zusammenspiel. Aufpassen muss man aber natürlich, dass die Bürokratie durch Umstellung von Fördersystemen nicht so erdrückend wird. Unter ihr haben die Landwirte jetzt schon zu leiden. Relevant bei einer solchen Reform wäre die Frage der Cross Compliance Kontrollen. Diese helfen heute sehr bei Überprüfungen der Betriebe z. B. im Bereich Tierschutz.

Eine Verringerung des Fleischkonsums in den Industrieländern gilt als ein Ansatz sowohl zur Lösung von Umweltproblemen, aber auch als Mittel für eine gesündere Ernährung. Sollte Politik steuernd eingreifen, um den Fleischkonsum zu reduzieren?

Habeck: Darüber sprachen wir ja eben schon. Die Antwort ist ja. Aber wir sollten die politischen Bedingungen, die Spielregeln der Produktion ändern, nicht den Menschen ein anderes Verhalten vorschreiben. Wir sind ja Politiker, keine Erzieher. Wir brauchen auch gar nicht bessere Menschen für bessere Politik. Sorgen wir also dafür, dass Tiere mehr Platz bekommen, dass mehr Ökologie in die Landwirtschaft einzieht. Dann steigen die Produktionskosten, das Angebot wird perspektivisch knapper. Um nicht den Landwirten ihre Lebensgrundlage zu nehmen, müssen wir aber perspektivisch zu anderen Verdienstmöglichkeiten kommen.

Landwirte können nur dann Produktionsmethoden ändern, wenn sie wissen, was „die Gesellschaft“ von ihnen will. Gefordert wird allenthalben ein breiter Dialog. Mit wem soll der geführt werden?

Habeck: Naja, die Gesellschaft sind ja nicht in erster Linie die Konsumenten, sondern die Bürger und sie werden in einer Demokratie durch Parlamente und Regierungen repräsentiert.

Wie sollte der Dialog zwischen Erzeugern und gesellschaftlichen Gruppen organisiert werden?

Habeck: Das Wie ist vielleicht nicht das Entscheidende, sondern dass es überhaupt passiert. Wir haben beispielsweise in Schleswig-Holstein einen Runden Tisch „Tierschutz in der Nutztierhaltung“ ins Leben gerufen, an dem wir intensiv mit Wirtschaft, Verbänden, Tierschutz und Wissenschaft diskutieren – und mehr als das. Wir haben uns bei einer Reihe von Fragen, etwa für die Sedierung von Kälbern bei der Enthornung, auf ein Vorgehen verständigt, einen Kodex zum Verbot der Schlachtung gravider Rinder verabschiedet, erarbeiten einen Leitfaden zum Verzicht auf das Schwänzekupieren bei Schweinen und so weiter. Das ist ein mühsamer Prozess, indem es oft zwei Schritte vor und einen zurückgeht, aber es geht voran.

Was erwarten Sie von den Landwirten und NGOs in diesem Dialog?

Habeck: Von Landwirten vor allem, dass sie sich der Debatte stellen. Über Argumente für und wider, über den Sinn oder Unsinn von Lösungsmöglichkeiten können wir dann streiten. Aber die Haltung, alles ist gut, ist nicht hilfreich – am wenigsten für die Bauern. Von NGOs, dass sie sich auf die Wirklichkeit einlassen. Nur wenn man erkennt, wie die reale Landwirtschaft ist und versteht, wie die ökonomischen Produktionszwänge sind, kann man Lösungen finden. Und von beiden wünsche ich mir Fairness und einen gewissen Respekt in der Debatte.

Welche Aufgabe hat die Politik in diesem Prozess?

Habeck: Als Landwirtschaftsminister muss ich die betriebswirtschaftlichen Interessen der Bauern sehen – sie müssen ihre Familien ernähren, ein gutes Leben leben und eine Hofnachfolge finden können. Als Umwelt- und Tierschutzminister habe ich Gewässer, Böden, Klima und das Tierwohl im Blick. Ich muss also gesellschaftliche Ansprüche und berechtigte Interessen der Landwirte zusammendenken. Das ist ein höherer Anspruch als nur an die Rolle des Moderators: Denn diese gegensätzlichen Perspektiven verlangen von der Politik, beim Ringen um Lösungen neue Wege aufzuzeigen.

Welche Rolle sollte insbesondere das Bundeslandwirtschaftsministerium in der derzeitigen Auseinandersetzung spielen?

Habeck: Es sollte mehr sein als der Sachwalter der Interessen der Landwirtschaft. Es sollte die drängenden Fragen der Welternährung – wachsende Weltbevölkerung, Klimawandel, Konkurrenz um die Ressourcen, Hunger – mit der Zukunft der heimischen Landwirtschaft verbinden. Und im Interesse der Landwirtschaft sollte es offensiv die Diskussion führen, wie sich das EU-Agrarfördersystem entwickeln kann, damit wir nicht bald nur noch sehr wenige, sehr große und sehr spezialisierte Betriebe haben, die in großen Mengen billige Lebensmittel produzieren, sondern der Wachse-oder-Weiche-Spirale entkommen und Lebensmitteln wieder den Wert geben, den ihr Name eigentlich fordert. Es wäre dringend an der Zeit, dass sich Deutschland nicht als ewiger Bremsklotz erweist, sondern als Reformmotor fungiert. Und meine Erfahrung ist, dass man Umwelt- und Agrarpolitik gemeinsam betreiben muss.

Die Agrarstrukturen innerhalb Deutschlands unterscheiden sich erheblich voneinander, nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland. Durch den Einstieg von außerlandwirtschaftlichen Investoren, bislang vor allem in ostdeutsche Betriebe, ergeben sich neue Entwicklungen. Muss Politik hier stärker regulierend eingreifen?

Habeck: Da, wo der Markt gestört ist, ja. Es gibt seit einiger Zeit eine Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft, die einen Katalog von Maßnahmen aufgeführt hat. Vor allem die ostdeutschen Länder wollen sie ergreifen. In Schleswig-Holstein haben wir noch nicht diese Spekulationskäufe – wohl auch, weil unsere Bodenpreise schon sehr hoch sind.

Was sollten die Länder tun?

Habeck: Im Moment ist es an den Ländern, den Bund zu treiben und im Rahmen ihrer Möglichkeiten das zu tun, was der Bund nicht macht. Wir erarbeiten neue Vorschläge zur Milchpreissteuerung, um die Betriebe nicht allein zu lassen, die Runden Tische Tierschutz gehen alle von den Ländern aus, wir haben konkrete Vorschläge für eine Novellierung der Düngeverordnung gemacht. Vom Bund kommt zu wenig.

Brauchen wir konkrete agrarstrukturelle Vorgaben?

Habeck: Vorgaben nicht, aber ich fände es hilfreich, wenn die Politik mal beschreiben würde, wie die Agrarstruktur in Zukunft aussehen soll. Wie wenig Bauern wollen wir uns leisten? Wie viele Tiere verträgt unser Land? Und daraus könnte sich dann eine Debatte über die richtigen Maßnahmen entwickeln.

Sie haben im Sommer mit einem Vorschlag für einen schrittweisen Ausstieg aus den Direktzahlungen die Diskussion um die GAP nach 2020 befeuert. Was hat Sie bewogen, so früh in die Diskussion einzusteigen, kaum dass die letzte Reform umgesetzt wird?

Habeck: Weil in den Mühlen der EU sieben Jahre zwischen den Förderperioden nicht lang sind. In Brüssel wird die Debatte längst geführt. Und ich sehe, dass das Greening wenig Effekt hat, dafür aber eine Mega-Bürokratie für die Landwirte und die Verwaltungen schafft. Wenn wir wirklich perspektivisch einen Systemwechsel einleiten wollen, sollten wir die Debatte jetzt führen. Sonst ist es zu spät.

Sie haben auch aus den eigenen Reihen dafür Kritik einstecken müssen. Waren Sie voreilig?

Habeck: Voreilig, weil es Kritik gibt? Wenn ich aus Angst vor Kritik keine Diskussion mehr anstoße, hieße das ja Stillstand. Und wenn die Kritik aus den eigenen Reihen kommt, umso besser. Es geht ja darum, die Argumente zu wägen und zu diskutieren. Und ich bin sicher, dass wir eine gemeinsame Linie finden werden. Außerdem gab es mehr Zuspruch als Kritik.

Welche grundlegenden Ziele sollte die GAP nach 2020 erfüllen?

Habeck: Ziel der Agrarförderpolitik muss es erstmal sein, die Landwirte zu unterstützen und nicht die Bodenbesitzer, wenn es keine Landwirte sind. Und dann müssen die geforderten gesellschaftlichen Leistungen, die nicht an der Kasse bezahlt werden, vergütet werden, sonst treiben wir den Konflikt zwischen Bürgern und Bauern immer weiter. Zur Verfügung stehen vor allem die Gelder der 1. Säule. Das ist der Einstieg in eine Politik, die öffentliche Geldflüsse an den Erhalt von grundlegenden Werten für uns Menschen knüpft und Fördermechanismen von daher denkt und konzipiert – aus eigenem Recht und nicht als Kompensation, die sich schlicht an der Produktion orientiert. ■ Rainer Münch

EVA-Projekt*:

Vielfalt auf dem Acker

Jens Eckner und Katharina Winter

Wegen einer zunehmenden Kritik an der „Vermaisung“ der Landschaft und der mit einer engen Fruchtfolge verbundenen Probleme forscht das EVA-Projekt seit über zehn Jahren an der Entwicklung von Fruchtfolgen mit unterschiedlichen Energiepflanzen an verschiedenen Standorten in Deutschland. Dazu erfolgen Untersuchungen dieser Fruchtfolgen zu Anbaueignung, ökonomischer Vorzüglichkeit und deren Umweltwirkungen. Ziel ist die Entwicklung von nachhaltigen Anbausystemen für Energiepflanzen für die verschiedenen Anbauregionen Deutschlands als Empfehlungen für die landwirtschaftliche Praxis.

Landwirte sind primär Unternehmer, ihre Flächenbewirtschaftung also auf Einkommenssicherung und Gewinnoptimierung ausgerichtet. Ziele wie der langfristige Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und der Produktionsgrundlagen wie auch betriebsstrukturelle und arbeitswirtschaftliche Grenzen stehen dem oft entgegen. Neben der Beachtung von rechtlichen Rahmenbedingungen sehen sich Landwirte zusätzlich gesellschaftlichen Forderungen zu ihrer Wirtschaftsweise und deren Auswirkungen auf Agrarökosysteme ausgesetzt.

Foto: J. Lindner

Jens Eckner und Katharina Winter

Thüringer Landesanstalt
für Landwirtschaft (TLL),
Koordination/Öffentlichkeitsarbeit EVA

Tel. (03641) 683-255

*EVA: Entwicklung und Vergleich von optimierten Anbausystemen für die landwirtschaftliche Produktion von Energiepflanzen unter den verschiedenen Standortbedingungen Deutschlands

Foto: J. Lindner

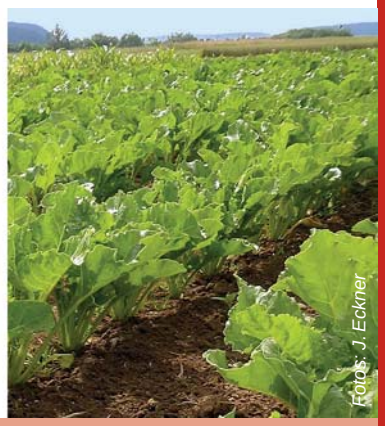
Stoffausträge

Gezielte Düngung und Fruchtfolgegestaltung sollen Erträge, Qualität von Ernteprodukten sowie Bodenfruchtbarkeit langfristig sichern. Auch Stickstoffverbin-

Kleegras

Phacelia/Mais

Sorghum/Mais


Zuckerrüben

Fotos: J. Eckner

dungen werden als Pflanzennährstoffe eingesetzt. Nicht von den Nutzpflanzen aufgenommener Stickstoff führt jedoch – soweit er nicht in den Böden gespeichert wird – zur Belastung von Gewässern und Landökosystemen. Außerdem entstehen bei der Produktion und Nutzung von Stickstoffdüngern Treibhausgase und versauernde Luftschadstoffe. Trotz einer Reduzierung der Stickstoffüberschüsse in den vergangenen Jahren um etwas mehr als 20 % gegenüber 1991 liegen die Werte bundesweit noch über dem angestrebten Zielwert der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 80 kg/ha und Jahr (Bundesamt für Naturschutz). Neben abnehmenden Tierbeständen beruhen die Rückgänge auf Effizienzgewinnen bei der Stickstoffnutzung. Dabei zeigt sich, dass in Betrieben mit vergleichbarer Produktionsstruktur sehr unterschiedliche Stickstoffüberschüsse auftreten, was auf weitere Minderungspotenziale schließen lässt.

2013 war die deutsche Landwirtschaft für die Emission von rund 64 Mio. t Kohlendioxid-(CO_2)-Äquivalenten verantwortlich. Das sind 6,7 % der gesamten Treibhausgas-Emissionen dieses Jahres. Die Emissionen aus der Landwirtschaft sind damit, nach den energiebedingten Emissionen aus der stationären und mobilen Verbrennung (83,7 %) und vor den prozessbedingten Emissionen der Industrie (6,5 %) der zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasen in Deutschland (Umweltbundesamt, 2015).

Biodiversität

Marktpreise führen zu zunehmender Spezialisierung in der Produktion und zur Verengung der Fruchtfolgen. So dominieren auf den jeweils passenden Standorten die Feldfrüchte mit dem höchsten ökonomischen Ertrag. Die dadurch auftretende Konzentration bietet zwar zunächst höchste Effizienz, reduziert jedoch Biodiversität und Artenvielfalt in den Agrarökosystemen und steht der Biodiversitätsstrategie entgegen.

Energiepflanzen

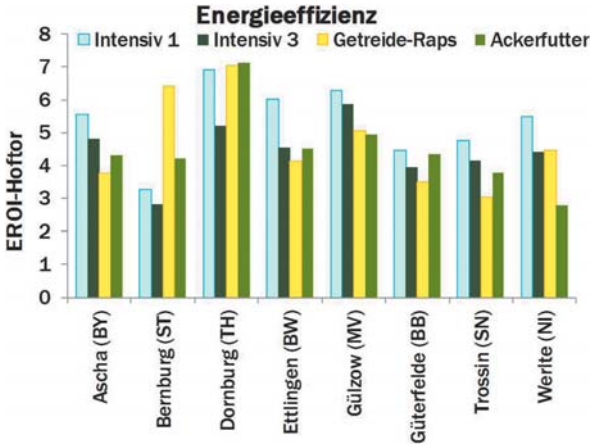
In Deutschland werden 2,2 Mio. ha Energiepflanzen angebaut, wovon 1,4 Mio. ha Biomassepflanzen für Biogasanlagen sind. Aufgrund etablierter Anbauverfahren sowie hoher Ertragsleistungen und Methanausbeuten belegt Mais 65 % dieser Fläche. Die Umweltwirkungen von Energiepflanzen und auch deren Konkurrenz zu Nahrungspflanzen werden in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Energiepflanzenanbau und dessen nachhaltige Gestaltung bleibt auch nach der EEG-Novelle 2014 relevant, weil die bis jetzt genutzte Anbaufläche aufgrund des Bestandsschutzes der Biogasanlagen in den nächsten 20 Jahren zunächst konstant bleibt.

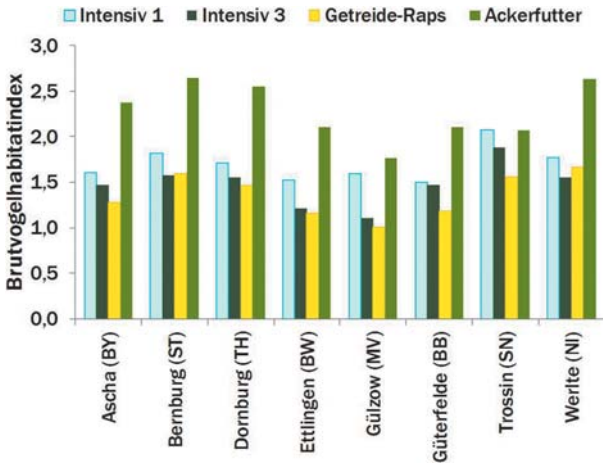
Das EVA-Projekt

Unter der Grundannahme, dass nachhaltiger Anbau von Energiepflanzen nur im Rahmen von Fruchtfolgen realisierbar ist, begann das EVA-Projekt 2005 seine Forschung. Gesucht werden Alternativen zu vorherrschenden Anbausystemen zur Bereitstellung von Biogassubstraten. Ergebnisse der Anbauversuche von 23 Versuchsstandorten bilden die Datengrundlage für übergreifende, interdisziplinäre Bewertungen der Produktion dieser Agrarrohstoffe und deren Auswirkungen auf Umwelt und Landschaft. Das EVA-Projekt nähert sich dieser Problematik von verschiedenen Seiten und Themenbereichen.[1]

[1] Die pflanzenbaulichen Versuche koordiniert die Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft in Jena, Umweltwirkungen bewertet das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung, Müncheberg, die ökonomische Leistungsfähigkeit der Anbausysteme ermittelt die Juniorprofessur für Produktionsökonomik der Uni Gießen, die Bewertung der unterschiedlichen Energiepflanzen hinsichtlich Konservierung und Methanausbeute leistet das Leibniz-Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim.

Abbildung 1 und 2: Energieeffizienz als EROI (Energieertrag/Energieeinsatz) der Energiepflanzen und Brutvogelhabitatindex (Indikator für die Biodiversität) von vierjährigen Fruchtfolgen. Beide Indices skalieren hohe Werte als gut.





Quelle: Daten aus dem EVA-Projekt, Berechnungen und Modellierung C. Peter, M. Glemnitz, Graphik K. Winter

Kern der Untersuchungen bilden die angelegten Fruchtfolgeversuche an elf Standorten unterschiedlicher Anbauregionen Deutschlands. In den Fruchtfolgen werden neben Mais verschiedene alternative Kulturen wie Sorghum (Hirsen), Getreide zur Ganzpflanzennutzung, Zuckerrüben, mehrjähriges Ackerfutter und Zweikultursysteme auf ihre standörtliche Anbaueignung geprüft. In Zweikultursystemen werden auf der Fläche zwei Ernten im Jahr durch den angepassten Anbau von aufeinanderfolgenden Kulturen möglich.

Die Ergebnisse spiegeln die unterschiedlichen Auswirkungen der Vorfrüchte bzw. der gesamten Fruchtfolge auf die Kulturen wider und ermöglichen die Optimierung der Anbaufolgen. Beispielsweise kann im Zusammenspiel der Fruchtfolgekombinationen ein Nitrataustrag über Winter verhindert, eine Verminderung der Pflanzenschutzmittelaufwendung erreicht oder eine ausgeglichene Humuswirtschaft sichergestellt werden.

Ergebnisse und Bewertungen

Aussagen über die Anbaueignung der im Vergleich geprüften Fruchtfolgen und Anbauoptionen am jeweiligen Standort und ihre ökonomische und ökologische Bewertung ermöglichen die Spezifikation von Indikatoren, deren Ableitung bzw. Modellierung aus empirischen Daten erfolgt. Dabei werden einzelne Bereiche geprüft, die unterschiedliche Anforderungen an die Landwirtschaft stellen. Für die festgelegten folgenden **Bewertungsbereiche** sind hier beispielhaft **Indikatoren** vorgestellt:

- Anbaueignung: Methanertrag[2] des Aufwuchses
- Umweltwirkungen: Humusbilanzsaldo[3], Brutvogelhabitatindex (Biodiversitätsfaktor)[4]
- Ökonomische Vorzüglichkeit: Deckungsbeitrag[5]
- Effizienz der Ressourcennutzung: EROI (Energieeffizienzfaktor)[6]

Betrachtet werden zwei vielfältige Fruchtfolgen (Intensiv 1 und 3) mit Zweikulturnutzungen, eine reine Getreide-Raps-Fruchtfolge mit Raps als Marktfrucht und eine Ackerfutterfruchtfolge mit standortangepassten Mischungen von Leguminosen und Gräsern. Die Fruchtfolgen sind vierjährig und enden alle mit der gleichen Fruchtart Weizen als Marktfrucht, die gleichzeitig der Bewertung der Vorfruchtwirkungen dient.

Bei der Berechnung der Energieeffizienz (Abb. 1) zeigt sich eine deutliche Standortabhängigkeit für die Getreide-Raps-Variante, die an den Getreidegunststandorten Bernburg (ST) und Dornburg (TH) hohe Effizienzwerte hat. Intensiv 1 hat bei der über-

[2] Spezifischer Methanertrag, analysiert in Batch-Tests mit anaerober Vergärung in Übereinstimmung mit VDI 4630 (VDI, 2006, Herrmann, 2010) und den Biomasseerträgen der Feldversuche

[3] VDLUFA, 2014

[4] Modelliert (Glemnitz et al., 2014)

[5] Deckungsbeitrag als direkt- und arbeitserledigungskostenfreie Leistung (Auerbacher, Kornatz, & Dunkel, 2013)

[6] Modelliert mit MONICA (Nendel et al., 2011)

wiegenden Anzahl der Standorte die höchsten EROI-Werte. Für Dornburg (TH) erreicht die Ackerfuttervariante die beste Energieeffizienz und sie zeigt sich auch vorteilhaft für das Bruthabitat der Agrarvögel Feldlerche, Grauammer, Kiebitz und Braunkehlchen, bewertet durch das Lebensraummodell MODAM-HVM im Vergleich zu den anderen Varianten (Abb. 2). Beide Indikatoren stellen Umweltbewertungen dar, die z. T. sehr Gegensätzliches abbilden. Am Standort Bernburg (ST) zeigt Getreide-Raps die höchste Energieeffizienz, aber die schlechtesten Werte für die Biodiversität im Vergleich der Fruchtfolgen.

Der Indikator Humusbilanzsaldo ist für Ackerfutter positiv. Alle anderen Fruchtfolgen erweisen sich als Humuszehrer, lediglich Getreide-Raps zeigt an Gunststandorten mit hohen Erträgen durch anfallendes Rapsstroh eine Humusbilanz im ausgeglichenen Bereich. Auch die ökonomische Bewertung weist an diesen Standorten die höchsten Erträge für Getreide-Raps aus, außer in Bernburg (ST), wo Intensiv 1 die besten Ergebnisse erzielt. Ackerfutter erzielt am Vorgebirgsstandort Ascha (BY) die beste ökonomische Leistung.

Bei den Ergebnissen wird die standortabhängige Differenzierung einzelner Größen deutlich und damit auch unterschiedliche Vorzüge der geprüften Fruchtfolgen. Bei der Anbauentscheidung gilt es, verschiedene Bewertungsebenen gleichzeitig zu berücksichtigen.

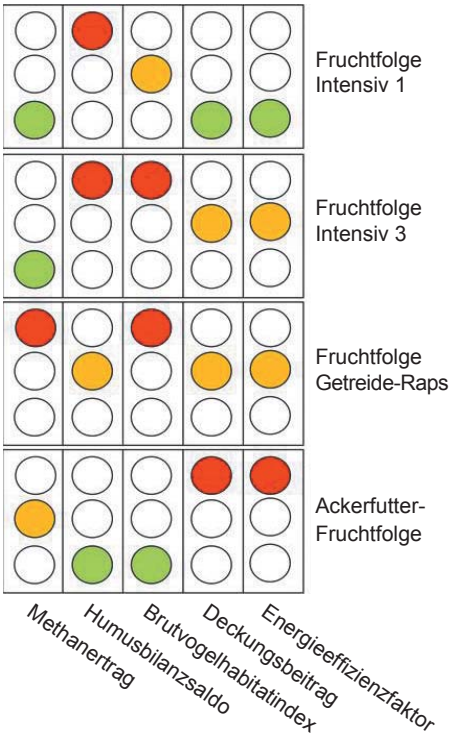
Mit der interdisziplinären Auswertung der Ergebnisse wird deutlich, dass einzelne Indikatoren divergieren. Somit stehen in der Bewertung und bei der Anbauentscheidung einzelne Interessenrichtungen konträr zueinander. Das zeigt die Darstellung (Abb. 3) der Bewertungsbereiche in Form eines Ampelsystems, welches pro Fruchtfolge und spezifisch für jeden Standort angefertigt wird.

Die Bewertung der Fruchtfolgen am Standort Werlte macht die divergierenden Ergebnisse deutlich. Intensiv 1 hat gute Methanerträge, hohe Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz, aber negative Umweltwirkungen bei Humusreproduktion und Biodiversität. Intensiv 3 steht nur beim Methanertrag gut da und die Getreide-Raps-Variante zeigt keine grüne Ampel. Ackerfutter hat die geringsten negativen Umweltwirkungen der bewerteten Indikatoren, weist aber eine schlechte Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz auf. Für den Standort Werlte (NI) kann Fruchtfolge Intensiv 1 empfohlen werden, wenn ein Ausgleich der Humusbilanz durch organische Düngung und/oder Zwischenfruchtanbau stattfindet. Eine weitere Option ist der Anbau weiterer Marktfrüchte, wenn dabei das Stroh auf dem Acker verbleibt. Empfohlen werden kann außerdem das Ackerfutter, sofern eine Änderung der Bewirtschaftung in Form einer Reduktion der mineralischen Stickstoffdüngung (energieintensive Produktion) und eventuell der Schnitthäufigkeit erfolgt, um Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit zu erhöhen.

Fazit

Zu Beurteilung und Anbauempfehlung können keine generalisierten Aussagen getroffen werden. Vielfältige Fruchtfolgen bieten die Voraussetzungen, um erfolgreiche Systeme für den Anbau von Energiepflanzen zu etablieren. Wichtig ist die Beachtung der Standortvoraussetzungen bei der Wahl der Fruchtarten und der Kombinationen in der Fruchtfolge. Vorteilhaft zeigen sich an allen Standorten Kombinationen von Getreide-Ganzpflanzensilage (GPS) und Mais oder Sorghum. Bei Getreide-GPS haben Winterungen die höheren Erträge. Die Biomassenutzung von mehrjährigem Ackerfutter bringt positive Effekte für Boden und Biodiversität in Betriebe ohne Tierhaltung. ■

Abbildung 3: Bewertung der vier Fruchtfolgen am Beispiel des Standortes Werlte in Niedersachsen im Ampelsystem dargestellt.



Quelle: Daten aus dem EVA-Projekt, Auswertung und Graphik K. Winter

Weitere Informationen zum Thema sind auf www.eva-verbund.de zu finden.

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/pdf/LR0415-Literatur-Eckner-Winter.pdf

Umwelt und Landwirtschaft – Zeit für echten Fortschritt!

Dr. Knut Ehlers und Dr. Dietrich Schulz

Umweltverschmutzung wurde traditionell mit Industrie, Verkehr, Energiewirtschaft und privaten Haushalten in Verbindung gebracht. Rauchende Schlote, Abgaswolken, Schaumberge auf Flüssen und Abfälle aller Art galten als Kehrseiten des technischen Fortschritts und unseres wachsenden Wohlstandes. Nach Energiewende, geregeltem Dreiwegekatalysator, Entstaubung, Entschwefelung und Entstickung von Abgasen, Kreislaufwirtschaft, fast flächendeckendem Kanalisationsanschluss und massivem Kläranlagenausbau geriet ein Wirtschaftssektor in den Fokus der Umweltdebatte, der ursprünglich dort weniger vermutet worden war: Die moderne Landwirtschaft. Riskiert ein hoch subventionierter Wirtschaftszweig mit immerhin 5 Mrd. € jährlichen Direktzahlungen aus dem allgemeinen Steueraufkommen seine gesellschaftliche Akzeptanz infolge seiner Umweltsünden?

Zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz wurde lange Zeit kein Gegensatz gesehen. Zwar hatte schon die Amerikanerin Rachel Carson in ihrem Buch „Der stumme Frühling“[1] eindringlich vor den Folgen des verbreiteten Einsatzes von Pestiziden gewarnt. Das deutsche Naturschutzrecht vermutete jedoch (formuliert in den sog. Landwirtschaftsklauseln) einen Gleichklang von Landwirtschaft und Naturschutz: Ordnungsgemäß betriebene Landwirtschaft diene im Allgemeinen den Zielen des Naturschutzes und sei kein Eingriff in Natur und Landschaft.

Diese Auffassung änderte sich grundlegend Mitte der achtziger Jahre. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen veröffentlichte 1985 ein Sondergutachten mit dem Titel „Umweltprobleme der Landwirtschaft.“[2] Darin stellten die „Umweltweisen“ für Deutschland erstmalig den Einfluss der Landwirtschaft auf die Schutzgüter Natur und Umwelt umfassend dar und formulierten gleichzeitig eine Reihe unbequemer Empfehlungen an die Politik. Nach Auffassung des Rates war das größte Problem der Verlust an biologischer Vielfalt (Biodiversität), hervorgerufen dadurch, dass durch maschinengerecht ausgeräumte Agrarlandschaften und Einstellung vieler Standorte auf mittleren Feuchtigkeits- und hohen Nährstoffgehalt die Vielfalt an unterschiedlichen Lebensräumen (Biotopen) weitgehend beseitigt worden war und dadurch auch viele Pflanzen- und Tierarten ihre Lebensgrundlage verloren hatten. Zweitgrößtes Problem sei die Verschmutzung des Grundwassers mit Stoffeinträgen (meist Nitrat und Pflanzenschutzmittel). Es folgte die Belastung von Böden, und zwar sowohl stofflich (Schadstoffeinträge wie etwa Schwermetalle) als auch nichtstofflich (Erosion und Verdichtung durch große Schläge, ungeeignete Bodenbearbeitung und schwere Maschinen), die Eutrophierung von Oberflächengewässern durch Stickstoff- und Phosphorverbindungen und der Beitrag zur Luftverschmutzung durch Ammoniak und Gerüche.

Wo aber stehen wir heute – dreißig Jahre nach diesem prominenten Warnruf? Das Umweltbundesamt hat dazu ein Forschungsprojekt der technischen Universität München-Weihenstephan gefördert, um Bilanz zu ziehen und diesen Fragen detailliert nachzugehen. Das Autorenteam erarbeitete einen Abschlussbericht von mehr als 300 Seiten, der in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes kürzlich veröffentlicht wurde.[3] Demnach zeigt sich, dass sich die Situation der Schutzgüter Biodiversität, Landschaftsbild,

Foto: UNCCD

Dr. Knut Ehlers

Umweltbundesamt, Fachgebiet II 2.9 „Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und internationaler Bodenschutz“

Tel. (03402) 103 3356
knut.ehlers@uba.de

Dr. Dietrich Schulz

Umweltbundesamt, Fachgebietsleiter Fachgebiet II 2.9 „Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und internationaler Bodenschutz“

Tel. (03402) 103 2885
dietrich.schulz@uba.de

Foto: M. Rathmann

[1] Carson, Rachel (1962): Der stumme Frühling (englisch: The Silent Spring). 347 Seiten.

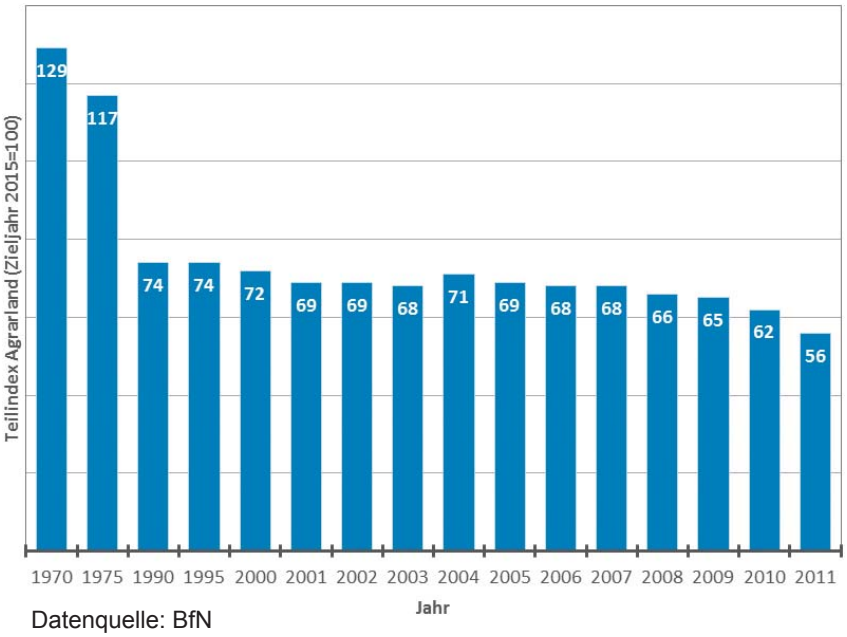
[2] SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen) (1985): Umweltprobleme der Landwirtschaft. Stuttgart: Kohlhammer, 423 S., Bundestags-Drucksache: 10/3613.

[3] A. Heißenhuber, W. Haber und C. Krämer (2015): 30 Jahre SRU Sondergutachten „Umweltprobleme der Landwirtschaft“ – eine Bilanz. UBA TEXTE 28/2015, verfügbar unter www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltprobleme-der-landwirtschaft

Boden und Klima seit 1985 tendenziell negativ entwickelt hat. Der Belastungs- und Gefährdungszustand der Schutzgüter Luft und Wasser ebenso wie die Schadstoffbelastung von Lebensmitteln hat sich – auch durch Maßnahmen z. B. der Luftreinhaltung – hingegen in den vergangenen 30 Jahren eher günstig entwickelt.

Aus unserer Sicht sind daher aktuell drei Problemfelder prioritär anzugehen: Der Verlust an Biodiversität, die Nährstoffbilanzüberschüsse und die Schädigung der Böden.

Abbildung 1: Entwicklung der Artenvielfalt im Agrarland
(basierend auf der Bestandsentwicklung ausgewählter Vogelarten)



Datenquelle: BfN

Biodiversität

Alle relevanten Biodiversitätsindikatoren[4] belegen, dass der Artenrückgang bisher nicht gestoppt und die angestrebte Trendwende nicht realisiert werden konnte. Dies gilt nicht nur für die landwirtschaftlich genutzte Fläche, für diese jedoch besonders, da die negative Gesamtbilanz wesentlich durch die negative Entwicklung der Biodiversität im Agrarland beeinflusst wird. Exemplarisch zeigt dies die Bestandsentwicklung der im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ausgewählten Vogelarten für das Agrarland (s. Abb. 1).

Der Verlust und die Beeinträchtigungen von naturbetonten Biotopen in der Agrarlandschaft geht offenbar weiter; Gegenmaßnahmen wie die Forderung nach dem Aufbau eines Biotopverbundsystems durch die Länder auf 10 % der Landesfläche im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), die regierungsamtliche Strategie zur Biologischen Vielfalt und der Aufbau des Natura 2000-Schutzgebietsnetzes (immerhin 15,4 % der Bundesfläche) haben zumindest bis dato nicht den erhofften Erfolg gezeitigt. Dies hat auch mit dem intensiven Pflanzenschutzmitteleinsatz zu tun, denn während die größten Grundwasserverschmutzer unter den Pflanzenschutzmitteln vom Markt genommen wurden[5], bleiben die indirekten Effekte des Pflanzenschutzmitteleinsatzes problematisch. Dazu gehört beispielsweise die Verknappung des Nahrungsangebotes für Vögel durch den gestiegenen Einsatz von Breitbandherbiziden.

Nährstoffüberschüsse

Die Bilanzüberschüsse bei Stickstoff und Phosphor sind zwar über die letzten Jahrzehnte gesunken, bleiben aber immer noch zu hoch. Der Stickstoffgesamtüberschuss rangiert im dreijährigen Mittel um die 100 kg N/ha landwirtschaftlich genutzter Fläche, obwohl sich die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie bereits bis zum Jahr 2010 einen Gesamtbilanzüberschuss von 80 kg N/ha zum Ziel gesetzt hatte.

Zu den Folgen gehört die Nitratbelastung des Grundwassers. Gemäß Erhebungen durch die Länder überschritten im Jahr 2012 ca. 14 % aller Grundwassermessstellen den Grenzwert von 50 mg Nitrat/l. Ohne zusätzliche Maßnahmen wird auch der vom EU-Recht (Wasserrahmenrichtlinie) geforderte „gute Zustand“ bei insgesamt 36 % der Grundwasserkörper nicht zu erreichen sein.[6] Deutschland droht eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof wegen unvollständiger Umsetzung der Nitrat-Richtlinie in deutsches Recht. Die Bundesregierung will jedoch mit der anstehenden Novelle der Düngeverordnung sowie der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (unter

[4] Dazu gehören die Indikatoren der Nationalen Biodiversitätsstrategie „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“ und „Gefährdete Arten“. Beide Indikatoren zeigen nur marginale Veränderungen. Der für 2010 angestrebte Stopp beim Artenverlust nebst Trendwende konnte bislang nicht erreicht werden; das Ziel soll nun 2020 erreicht werden.

[5] Sie sind aber mit abnehmender Tendenz immer noch im Grundwasser zu finden. Dies gilt beispielsweise für Atrazin und sein Abbauprodukt Desethylatrazin.

[6] Der „gute Zustand“ gilt auch dann als verfehlt, wenn die Nitratgehalte an Messstellen zunehmen (steigender Trend) und gleichzeitig die Nitratkonzentration 75 % des Schwellenwertes von 50 mg Nitrat/l, also 37,5 mg/l übersteigt. Dies betrifft 22 % der Grundwasserkörper.

die auch Jauche, Gülle und Silage-Sickersäfte fallen) die Lücken schließen und eine Klage abwenden.

Problematisch bleiben auch die Ammoniak-Emissionen aus der Tierhaltung. Sie tragen zur Bildung von lungengängigem Feinstaub bei und fördern als nasse und trockene Depositionen die Versauerung und Eutrophierung empfindlicher (nährstoffarmer) Ökosysteme, etwa von Wäldern und Mooren. Hier sind wir ebenfalls nicht auf Linie des EU-Rechts, wir überschreiten unsere im Rahmen der NEC-Richtlinie festgesetzte nationale Emissionshöchstmenge von 550 kt um aktuell mehr als 100 kt. Ein diesbezügliches (weiteres) Vertragsverletzungsverfahren befindet sich vorerst noch in der Pilotphase; trotzdem besteht Handlungsbedarf, dem sowohl bei der Novellierung der Düngeverordnung (Güllelagerung mit Abdeckung: Ausbringung auf unbestelltem Ackerland mit Einarbeitung innerhalb von vier Stunden und weniger) als auch der TA Luft (obligatorische Abluftreinigung bei genehmigungsbedürftigen Intensiv-Schweinehaltungen) Rechnung zu tragen ist.

Boden

Die Landwirtschaft hat ein ureigenes Interesse, die Böden als ihre Produktionsgrundlage so zu bewirtschaften, dass deren Fruchtbarkeit sichergestellt und wenn möglich gefördert wird. Problematisch ist jedoch, dass bodenschädigendes Verhalten kurzfristig die Gewinne steigern kann und erst langfristig zu sinkendem Ertragspotenzial führt, während Maßnahmen des Bodenschutzes kurzfristig Kosten verursachen und sich erst langfristig auszahlen. Dieser Umstand wird voraussichtlich vor dem Hintergrund kurzlaufender Pachtverträge noch an Brisanz gewinnen.

Böden sind dabei durch stoffliche und nicht-stoffliche Prozesse gefährdet. Zu den stofflichen Beeinträchtigungen gehört der Eintrag von Schwermetallen aus Mineral- und Wirtschaftsdüngern. Bei der Verwendung von Klärschlämmen und Komposten kommt u. a. noch die Gefahr der Belastung mit organischen Schadstoffen wie PAKs und PCBs hinzu. Zwar sind die jährlichen Frachten gering, doch solange die Einträge von Schadstoffen deutlich höher sind als die Austräge[7] ist klar, dass die gegenwärtige Praktik nicht als nachhaltig gelten kann. Die Bundesregierung will daher konsequenterweise die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung beenden. Das wertvolle Phosphat aus dem Abwasserstrom muss zukünftig auf andere Weise in die Landwirtschaft zurückgeführt werden, abgekoppelt von Schadstoff-Flüssen.

Bodenerosion durch Wind und Wasser ist auf deutschen Ackerböden kein flächendeckendes Problem, sondern tritt abhängig von Standort und Bewirtschaftungsweise auf. Begünstigt wird dies auch durch den regional konzentrierten Maisanbau im Umfeld von großen Tierbeständen und Biogasanlagen. Etwa 14 % der ackerbaulich genutzten Fläche weist Modellierungen zufolge einen mittleren langjährigen Bodenabtrag von mehr als 3 t/ha und Jahr allein durch Wassererosion auf.[8] Ähnliches gilt für die Bodenverdichtung. Hier ist die Datenlage bisher zwar unzureichend, doch muss nach Schätzungen davon ausgegangen werden, dass Bodenverdichtung auf 10-20 % der deutschen Ackerflächen eine Rolle spielt.[9]

Bei der größten nicht stofflichen Bodengefährdung, dem Landverbrauch zugunsten von Siedlungs- und Infrastrukturflächen ist die Landwirtschaft nicht verantwortlich, sondern Betroffene. Problematisch ist jedoch, dass der steigende Nutzungsdruck intern weitergegeben wird und bei rein quantitativer Betrachtung zu Lasten des Dauergrünlandes geht, während die Ackerfläche eher konstant bleibt (s. Abb. 2 A und B). Diese Entwicklung ist aus Klimaschutz- und Bodenschutzgründen besonders nachteilig.

Darüber hinaus spielt die landwirtschaftliche Moornutzung aus Bodenschutzgesichtspunkten eine wichtige Rolle, da hier die enge Verzahnung zwischen Bodenschutz und Klimaschutz besonders deutlich wird. Moorböden (Torfmoore und Anmoore) werden zu etwa 70 % landwirtschaftlich genutzt, was in der Regel mit der Trockenlegung einhergeht.[10] Diese drainierten Moorböden machen etwa 7 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen aus, emittieren dabei aber rund 5 % der gesamten deutschen Treibhausgase und sind damit die größte Einzelquelle für Treibhausgase außerhalb des Ener-

[7] I. Knappe, S. Möhler, A. Ostermayer, S. Lazar, C. Kaufmann (2008): Vergleichende Auswertung von Stoffeinträgen in Böden über verschiedene Eintragspfade. UBA-TEXTE 36/08, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau; www.umweltbundesamt.de/publikationen/vergleichende-auswertung-von-stoffeintraegen-in

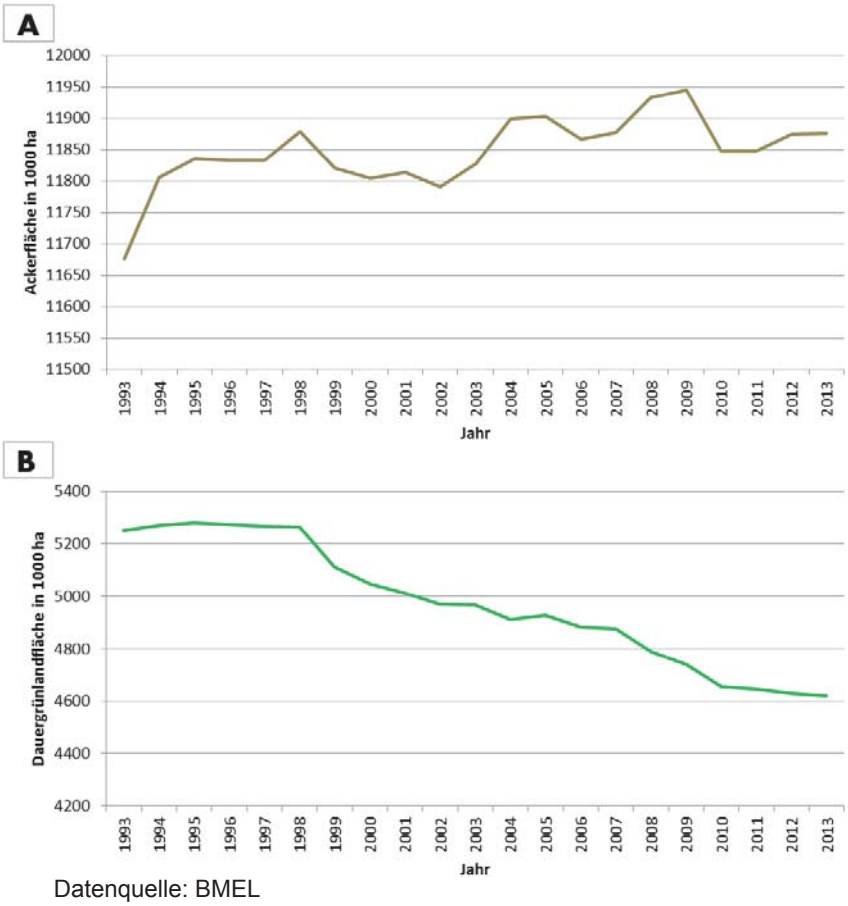
[8] D. Wurbs, M. Steiniger (2011): Untersuchungen zu Auswirkungen des Klimawandels auf die Bodenerosion durch Wasser. UBA-TEXTE 16/2011, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau; www.umweltbundesamt.de/publikationen/wirkungen-klimaaenderungen-auf-boeden

[9] UBA (2015): Bodenzustand in Deutschland zum „Internationalen Jahr des Bodens“ 2015. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau; www.umweltbundesamt.de/publikationen/bodenzustand-in-deutschland

[10] B. Tiemeyer, A. Freibauer, M. Drösler, E. Albiac-Borraz, J. Augustin, M. Bechtold, S. Beetz, S. Belting, M. Bernrieder, C. Beyer, J. Eberl, T. Eickenscheidt, H. Fell, S. Fiedler, C. Förster, E. Frahm, S. Frank, M. Giebels, S. Glatzel, T. Grünwald, J. Heinichen, M. Hoffmann, J. Hommeltenberg, H. Höper, A. Laggner, K. Leiber-Sauheitl, T. Leppelt, C. Metzger, M. Peichl-Brak, S. Röhling, N. Rosskopf, T. Rötzer, M. Sommer, M. Wehrhan, P. Werle, J. Zeitz (2013): Klimarelevanz von Mooren und Anmooren in Deutschland: Ergebnisse aus dem Verbundprojekt „Organische Böden in der Emissionsberichterstattung“. Thünen Working Paper 15. Braunschweig/Germany.

giesektors.[11] Problematisch ist dabei insbesondere die Ackernutzung auf rund 20 % der deutschen Moorböden, denn hier werden mit rund 44,2 t CO_2-Äquivalenten/ha und Jahr etwa doppelt so viel Treibhausgase emittiert wie unter Grünlandnutzung. Ackernutzung von Moorböden kann daher nicht als standortangepasste Nutzung gelten. Alternative Nutzungsformen gibt es viele: Sie reichen von der Grünlandnutzung bei aktivem Wasserhaushaltsmanagement über die Wiedervernässung bei Paludikulturnutzung bis hin zur Renaturierung.

Abbildung 2: Entwicklung der Ackerfläche (A) und der Dauergrünlandfläche (B) in Deutschland.



Datenquelle: BMEL

Wie weiter?

Die Landwirtschaft verursacht die oben genannten Umweltwirkungen, sie ist allerdings nicht die allein Schuldige. Jeder landwirtschaftliche Betrieb versucht unter den gegebenen naturräumlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für sich das Optimum zu erwirtschaften. Wenn also massive negative Umweltwirkungen von der Landwirtschaft verursacht werden können, ist dies auch auf das Fehlen entsprechender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zurückzuführen, für die die Politik die Verantwortung trägt.

Aufgabe der Politik ist es daher, über das Ordnungsrecht entsprechende Mindeststandards einzuführen, die ausreichend kontroll- und sanktionsbewehrt sind, um die benannten Umweltprobleme zu vermeiden. Aufgabe der Politik ist es ebenfalls, dafür zu sorgen, dass Landwirte, die über diese Mindeststandards hinausgehend öffentliche Güter – also multifunktionalen Boden, Artenvielfalt und sauberes Wasser sowie saubere Luft – erwirtschaften, dafür auch entsprechend entlohnt werden. Daher sollte sich der Erhalt der Direktzahlungen künftig stärker am Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ ausrichten. Die Greening-Maßnahmen, die im Rahmen der letzten Agrarreform eingeführt wurden, hatten mit ihren Vorgaben zu Fruchtartendiversität, Grünlandschutz und ökologischen Vorrangflächen ursprünglich dies zum Ziel. Im Laufe der Verhandlungen wurden die Vorgaben jedoch derart verwässert, dass zu befürchten ist, dass sie auf der Fläche nur geringfügige Verbesserungen bringen. Diese dürften allerdings kaum ausreichend sein, um den Umfang der eingesetzten öffentlichen Gelder zu rechtfertigen.

Im eigenen Interesse sollte sich die Landwirtschaft proaktiv der von ihr verursachten Umweltprobleme annehmen und sich veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen gegenüber aufgeschlossen zeigen. Vermutlich schon bei der für 2017/2018 vorgesehenen Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP), spätestens aber 2020, wenn die nächste GAP-Reformrunde ansteht und wieder über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU verhandelt wird, wird die Legitimierung der Landwirtschaftssubventionen erneut in Frage gestellt werden. Sollte sich die gesellschaftliche Akzeptanz der Landwirtschaft bis dahin nicht merklich verbessert haben, besteht die Gefahr, dass die Landwirtschaftssubventionen eine ähnliche Entwicklung nehmen wie die Subventionierung des Steinkohlebergbaus in Deutschland, die nach langer Talfahrt 2018 ganz eingestellt wird. ■

[11] UBA (2015): Bodenzustand in Deutschland zum „Internationalen Jahr des Bodens“ 2015. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau; www.umweltbundesamt.de/publikationen/bodenzustand-in-deutschland

Antibiotika-Datenbank verfehlt ihren Zweck

Jürgen Hammer

Mit der 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes (AMG) hat der Staat einige hehre Ziele im Auge, die in der Tierärzteschaft und der Landwirtschaft im Großen und Ganzen unbestritten sind. Warum gibt es dann so viel Kritik und Unmut unter den Tierärzt/-innen und Landwirt/-innen?

Die systematische Erfassung der Behandlungen mit Antibiotika und die Senkung des Antibiotikaeinsatzes bei landwirtschaftlichen Nutztieren sind erklärtes Ziel der AMG-Novelle. Hierdurch soll das Risiko der Resistenzbildung von Bakterien minimiert werden. Gleichzeitig sollen der Gesundheitsstatus von landwirtschaftlichen Nutztieren erhöht und der Tierschutz verbessert werden. Darüber hinaus soll eine effektive Überwachung des Antibiotikaeinsatzes stattfinden.

Meldung und Maßnahmen

Tierhalter oder ihre Tierärzte müssen seit 2014 halbjährlich den Antibiotikaverbrauch bei bestimmten landwirtschaftlichen Nutztieren an die HIT (Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere)-Datenbank (staatlich) oder an das private QS-System melden. Erfolgt letzteres, meldet QS an die HIT-Datenbank weiter. Zu melden sind: die Bezeichnung des angewendeten Arzneimittels, die Anzahl und Art der behandelten Tiere, die Zahl der Behandlungstage, die Gesamtmenge des angewendeten Arzneimittels und die Anzahl der in jedem Halbjahr gehaltenen Tiere der jeweiligen Tierart.

Gemeldet werden müssen nur Daten von Masttieren aus dem Geflügelbereich, der Schweinemast und der Rindermast. Nicht gemeldet werden müssen Behandlungen in der Legehennenhaltung, der Milcherzeugung sowie der Sauen- und Saugferkelhaltung. Für jede Tierart gibt es Bestandsuntergrenzen bis zu denen nicht gemeldet werden muss, bei Mastschweinen liegt diese Grenze bei 250 im Durchschnitt eines Kalenderhalbjahres.

Aus den gemeldeten Daten wird die Therapiehäufigkeit ermittelt, d. h. die Anzahl der Tiere, die in einem Halbjahr in einem Bestand mit Antibiotika behandelt wurde, wird auf den Gesamtbestand der im Betrieb gehaltenen Tiere bezogen. Die errechneten Kennzahlen sollen dem Tierarzt und dem Landwirt zeigen, wo er im bundesdeutschen Vergleich steht. Gehört der Betrieb zu den 25 % der Bestände mit dem höchsten Antibiotikaeinsatz (dem sog. 4. Quartil), so muss er, zusammen mit seinem Tierarzt, einen Plan erstellen, wie er den Antibiotikaverbrauch minimieren will und diesen dem zuständigen Veterinäramt vorlegen. Geschieht dies nicht, ist eine Reihe von Anordnungen, von der Verringerung der Belegdichte über Impfmaßnahmen bis hin zum Verbot, die betreffenden Masttiere zu halten, möglich.

Große Eile bei der Verabschiedung der 16. AMG-Novelle

Um zu verstehen, warum das Gesetz in dieser Form, auch gegen fachlichen Einwand, in großer Eile verabschiedet wurde, muss ein Blick auf die politische Situation der letzten Jahre geworfen werden. Aufgrund von Kampagnen und Artikeln (z. B. in der „Zeit“: Die Rache aus dem Stall) gegen die sog. Massentierhaltung glauben die meisten Deutschen, dass Resistenzprobleme in der Humanmedizin von Tierärzten und Bauern verursacht werden. Fakten werden häufig ignoriert. Die tatsächliche Situation hat z. B. Bernd-Aloys Tenhagen, Bundesinstitut für Risikobewertung, in seinem Vortrag „Antibiotikaresistenz bei Nutztieren – Übertragungswege zum Menschen“ im Forum Antibiotikaresistenz auf der Internationalen Grüne Woche 2015 dargestellt.[1] Obwohl bei einzelnen resistenten Keimen Übertragungen vom Tier zum Menschen vorkommen, ist sein Fazit: Die Verbesserung von Tierhaltung und Lebensmittelgewinnung löst das Resistenzproblem der Humanmedizin nicht.

Die öffentliche Diskussion um den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung löste auf politischer Ebene den Druck aus, Ergebnisse zu präsentieren. Auch an die zuständigen Behörden wurde der Druck weitergegeben, welche nun unter dem Zwang stehen,

Jürgen Hammer

Tierarzt, 36318 Schwalmtal, vet.j.hammer@t-online.de

[1] www.bfr.bund.de/cm/343/antibiotikaresistenz-bei-nutztieren-uebertragungswege-zum-menschen.pdf

Tierarzt Jürgen Hammer mit Landwirt im Stall

die 16. AMG-Novelle zu verteidigen, wie beim 3. „Interdisziplinären Symposium Multiresistente Erreger“ im Oktober 2015 in Stuttgart geschehen. Dort hieß es: „Wir müssen etwas vorweisen und haben nichts anderes.“

Fehlende Meldungen – fehlerhafte Zahlen

Wie bei jedem neuen System der Datenerfassung kam es auch bei der Meldung von Antibiotikabehandlungen an die HIT-Datenbank zu Anfangsschwierigkeiten, zumal nicht nur der Ist-Zustand erhoben, sondern gleichzeitig eine Reduktion des Antibiotikaverbrauchs erreicht werden sollte. Viele Landwirte haben ihre Antibiotikaanwendungen aus den unterschiedlichsten Gründen gar nicht gemeldet. Ein Teil von ihnen soll mit dem komplizierten Eingabesystem nicht klargekommen sein, andere waren gar nicht über die Eingabepflicht informiert.

Nachdem die ersten Halbjahreszahlen im Frühjahr 2015 bereits veröffentlicht worden waren, recherchierten NDR, WDR und Süddeutsche Zeitung eklatante Fehler bei der Sammlung der Daten und ihrer Interpretation. In Schleswig-Holstein hatten nur 40 %, in Baden-Württemberg unter 50 % und in Nordrhein-Westfalen weniger als 80 % der Betriebe ihre Antibiotikabehandlungen gemeldet und die zuständigen Ministerien in Bayern, Sachsen und Brandenburg konnten keinerlei Aussagen über die erhobenen Daten machen.[2]

Aus der unvollständigen Datensammlung – es wurde unterstellt, dass Betriebe, die ihren Antibiotikaeinsatz nicht gemeldet hatten, auch keine eingesetzt hätten – wurden nun betriebsindividuelle Therapiehäufigkeiten errechnet. Das erste Quartil, also die 25 % der Betriebe mit den meisten Antibiotikatherapien, wurden verpflichtet, Minimierungspläne bei den Veterinärämtern vorzulegen. Vielen Amtstierärzten fehlt jedoch das Wissen, um diese Pläne zu beurteilen.

Auch bei der Meldung für das nächste Halbjahr kam es wieder zu unvollständigen Zahlen, diesmal sollte das Ausmaß jedoch nicht bekannt werden. Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) verhängte eine Informationssperre, so dass Behörden keine Zahlen zum Meldeverhalten der Landwirte mehr herausgeben dürfen.

Nichtsdestoweniger wurden vom BMEL Ende Juli 2015 erste Erfolge durch das Antibiotika-Monitoring vermeldet: 27 % weniger Antibiotika seien an die Tierärzte abgegeben worden. Lediglich die Menge an sog. Reserveantibiotika, die in der Humanmedizin eine große Rolle spielen, wie z. B. Cephalosporine, sei von 12 t auf 15 t pro Jahr gestiegen. Zum Vergleich: In der Humanmedizin werden von diesen Reserveantibiotika über 300 t jährlich eingesetzt. Die festgestellte Reduktion der an Tierärzte abgegebenen Mengen kann allerdings rein zeitlich nichts mit den geforderten Minimierungsplänen zu tun

[2] Studie zu Antibiotika basiert auf eklatanten Fehlern, in: Süddeutsche Zeitung, 28.04.2015.

Erhöhter Informationsbedarf, erhöhter Verwaltungsaufwand

haben. Diese konnten den Behörden noch bis zum Juli 2015 vorgelegt werden.

Ob die genannte Reduktion des Antibiotikaeinsatzes einen Einfluss auf die Gesundheit der Tiere hat, ist nicht bekannt, da dies nicht untersucht wird. Inzwischen gibt es allerdings sogar bei Bündnis 90/Die Grünen, die die Einführung der Datenbank gefordert hatten, Bedenken. In einer Presseerklärung vom 2.11.2015 wird von ihnen beklagt, dass aus Furcht, in eine höhere Kategorie der Antibiotika-Datenbank zu kommen, die Tiere nicht mehr ordnungsgemäß, also zu kurz und mit zu geringer Dosis, behandelt werden, was insbesondere im Hinblick auf die Resistenzentwicklungen kontraproduktiv ist.

Aus einer erhöhten Einstufung erfolgen zusätzlich zu den bereits stattfindenden Kontrollen im Ackerbau und in der Schweinehaltung (Cross Compliance, Schweinehaltungshygieneverordnung etc.) neue Kontrollen und ein erhöhter Verwaltungsaufwand. Dieser Aufwand ist gerade auch für Familienbetriebe kaum noch zu schaffen und fördert den Strukturwandel. Viele Schweinehalter reden – auch wegen der Preiskrise – von einer Aufgabe des Betriebes. Somit würden Strukturen zerstört, die eigentlich geschützt werden sollten.

Eine Manipulationsmöglichkeit für Landwirte, die Zahl der Behandlungen in der Datenbank zu verringern, ist die Angabe, Behandlungen größerer Tiere vorgenommen zu haben. Für ein 90 Kilo-Schwein können drei 30 kg-Läufer behandelt werden; dies ergibt einen Behandlungstag statt dreien. Eine zweite Möglichkeit ist, die Behandlung von Mastschweinen auf Sauen und Saugferkel zu schreiben, da diese nicht an die HIT-Datenbank gemeldet werden müssen. Zu glauben, dass aus diesen Daten realistische Zahlen zu bekommen seien, dazu gehört eine große Portion Optimismus. Obwohl es Vorschläge für eine aussagekräftige Datenerfassung gibt, wird mit der bestehenden weiter erhoben und werden auf dieser Grundlage Minimierungspläne von den Tierhaltern verlangt. Endgültig außer Kontrolle gerät der Antibiotikaeinsatz, wenn die Landwirte auf den ausgeübten Druck mit Einkäufen im Internet reagieren. In China lässt sich alles bestellen.

Reduktion möglich

Wichtig wäre, erstens nur den Ist-Zustand zu messen, damit es keine Motive für die Betriebe gibt, die Antibiotika-Behandlungen zu verschleiern. Zweitens müsste in der Schweinehaltung die Behandlung von Sauen und Saugferkeln einbezogen werden. Drittens muss die eingesetzte Menge der Antibiotika pro Tier erfasst werden und nicht nur die Behandlungstage, um Manipulationen vorbeugen zu können. Und viertens muss ein Abgleich mit den Tierverlusten im Beobachtungszeitraum erfolgen, um feststellen zu können, ob die Tiergesundheit leidet, wenn Antibiotika reduziert werden. Nicht zuletzt kann eine Verbesserung der Tiergesundheit durch eine tiergerechtere Haltung und Fütterung bei geringeren Leistungsanforderungen erreicht werden und dadurch den Antibiotikaeinsatz senken.

Gar nichts Gutes?

Als positiver Effekt der 16. AMG-Novelle ist eine erhöhte Sensibilisierung gegenüber dem Einsatz von Antibiotika, die kritische Beurteilung der eigenen Behandlungen sowie auch die Suche nach Alternativen – jedenfalls bei einem Teil der Tierärzte und Landwirte – anzusehen. ■

Ergänzende Literatur

Antibiotikaresistenz in Nutztierbeständen und Lebensmitteln – ihre Bedeutung für die Humanmedizin und Handlungsoptionen für das Risikomanagement. BfR-Mitteilung Nr. 003/2015 vom 22. Januar 2015. Download unter: www.bfr.bund.de/cm/343/antibiotikaresistenz-in-nutztierbestaenden-und-lebensmitteln-ihr-bedeutung-fuer-die-humanmedizin-und-handlungsoptionen-fuer-das-risikomanagement.pdf

Neue Wege in der Agrarkommunikation

Hans-Heinrich Berghorn

Die moderne, arbeitsteilig organisierte deutsche Landwirtschaft steht im Mittelpunkt einer erregten Debatte. Lautstarke und politisch einflussreiche Teile der Gesellschaft, darunter Nichtregierungsorganisationen aus dem Tier-, Natur- und Umweltschutz, organisierte Verbraucherschützer und auch politische Parteien fordern vor allem im Bereich der Nutztierhaltung Änderungen. Auch die Medien greifen den Themenkomplex „Landwirtschaft-Ernährung-Lebensmittel“ ausführlich auf und nicht zuletzt sorgt die online-Welt dafür, dass die Menschen mit immer neuen Erregungszyklen über tatsächliche oder vermeintliche Skandale in der Landwirtschaft in Atem gehalten werden.

Der Rechtfertigungsdruck bei den Kritisierten ist hoch, auch weil die Kritik von mehreren Seiten kommt – über die politische Schiene, d. h. aus den Parlamenten, zunehmend aber auch über die Marktschiene, insbesondere in Form von steigenden Auflagen des Lebensmitteleinzelhandels. Adressaten der offen oder unterschwellig vorgetragenen Vorwürfe sind meist die überwiegend konventionell produzierenden Bauernfamilien im Lande. Die Kritik trifft aber auch die Sektoren, die direkt oder indirekt mit der Landwirtschaft verbunden sind und ökonomisch von ihr abhängen. Tenor und Vehemenz der Anwürfe sind allerdings nicht neu.

Analyse landwirtschaftlicher Kommunikation im Ausland

Bereits vor einigen Jahren zeichnete sich ab: Die heimische Landwirtschaft steht vor einer Herausforderung, die mit den herkömmlichen Mitteln nicht zu bewältigen sein würde. Vor diesem Hintergrund gab die Stiftung Westfälische Landschaft 2012 eine Studie in Auftrag, die 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Auftrag der Autoren war es seinerzeit, in England, Irland und den USA Problemstellungen und Lösungsansätze landwirtschaftlicher Kommunikation zu analysieren. Darauf aufbauend sollten dann möglichst konkrete Vorschläge für die Kommunikation der heimischen Landwirtschaft ausgearbeitet werden.

Die Studie empfiehlt zunächst, sich den „Themen hinter den Themen“ zu widmen, denn hinter der Kritik an der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung verbergen sich nach Ansicht der Autoren Claudia und Hans-Heinrich Berghorn weitere Themen: die Kritik an der konventionellen Landwirtschaft und noch tiefer ein grundlegendes Unbehagen an der wachstumsorientierten, westlichen Lebensweise. Ganz am Ende steht die Frage: „Durch welche Maßnahmen kann auch die Landwirtschaft dazu beitragen, diese Welt zu retten?“

Die Studie plädiert dafür, sich den Kontext der laufenden gesellschaftlichen Debatte über Landwirtschaft und Ernährung, die „Werte-Diskussion“, bewusster zu machen. Die Landwirtschaft müsse klären, wofür sie stehen wolle. Für Teile der Öffentlichkeit sei dies unklar, die öffentliche Wahrnehmung des Sektors entsprechend heterogen. Während die ökologische Landwirtschaft für gesunde Nahrungsmittel und die „Teilhabe an der Weltrettung“ stehe, sei die konventionelle Landwirtschaft in der öffentlichen Wahrnehmung nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

Sieben Strategien für mehr Akzeptanz und Vertrauen

Um diesen für die Branche nicht nur unbefriedigenden, sondern bedrohlichen Umstand zum Besseren zu wenden, empfiehlt die Studie sieben Strategien für mehr Akzeptanz und Vertrauen und unterlegt diese mit sog. „Best-Practice-Beispielen“ aus den besuchten Ländern. Die Empfehlungen der Autoren in Kurzform:

Klarheit für künftiges Handeln schaffen: Die heimische Landwirtschaft muss sich zunächst neu verorten, um eine ideelle Grundlage für künftiges Handeln zu schaffen. Angesichts vieler unappetitlicher Bilder aus der Nutztierhaltung und zahlreicher negativer Berichte über Landwirtschaft sind viele Menschen nicht „gegen die Bauern“; sie sind aber verunsichert, wofür die Landwirte in diesem Lande stehen. Hier muss Klarheit geschaffen werden – und zwar durch die Bauern selbst. Der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband hat dies getan und nach US-amerikanischem Vorbild in seiner „Havichhorster Erklärung“[1] von 2013 eine Standortbestimmung vorgenommen, hat Werte, Sorgen und Ziele der heimischen Bauern auf den Punkt gebracht. Das Dokument ist seither von zentraler Bedeu-

Hans-Heinrich Berghorn

Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband (WLV)

Tel. (0251) 4175-107
hans-heinrich.berghorn@wlv.de

[1] www.wlv.de/im_fokus/berichte/2013/07/havichhorster_erklaerung_verabschiedet.php

In England werden Fakten zur Landwirtschaft seit Jahren im Rahmen einer Öffentlichkeits-Kampagne kommuniziert, wobei auch die emotionalen Komponenten nicht zu kurz kommen.

tung für die Kommunikation mit Kritikern wie auch innerhalb der Mitgliedschaft.

Bauern als Experten für landwirtschaftliche Kernthemen: Die zweite Strategie besteht darin, durch eigene Anstrengungen die Deutungshoheit über das Image der Bauern und das Bild der Landwirtschaft zurückzugewinnen, zu agieren statt bloß zu reagieren. Derzeit dienen Bauern vor allem als Projektionsfläche für die Wünsche und Vorstellungen anderer und werden weltweit in Marketingkampagnen instrumentalisiert. Wenn die Bauern wieder als Experten zu landwirtschaftlichen Kernthemen gefragt sein wollen, müssen sie viel entschiedener und kraftvoller auftreten als bisher. Angesichts eines zutiefst positiven Images, das bis in die Bibel zurückreicht, verfügen sie über einen Schatz, um den sie viele andere Berufsgruppen beneiden.

Mehr Öffentlichkeitsarbeit: Viele Menschen haben heute jeglichen Kontakt zur Landwirtschaft und zu Bauern verloren. Sie kennen zwar den Preis von Lebensmitteln, aber nicht mehr deren Wert. Daher empfiehlt die Studie den Bauern, die Öffentlichkeit stärker zu informieren, denn wer mehr weiß, kann auch mehr Verständnis (und im Idealfall gar Vertrauen) aufbringen. Hierbei ist die Vermittlung von Fakten wichtig, aber die Herzen der Adressaten wird man nur erreichen, wenn die Ansprache auch emotionale Komponenten aufweist. Entscheidend ist neben dem Nährwert auch der individuelle Mehrwert dessen, was der Bauer produziert. Es muss dem Verbraucher erklärt werden, was die heimische Landwirtschaft alles leistet – für die Volkswirtschaft, für die Umwelt, für erneuerbare Energien, für Arbeitsplätze, für das Tierwohl usw. In England sind diese Botschaften seit Jahren fester Bestandteil einer berufsständischen Kampagne.

Ausbildung Agrarkommunikation: Zielgerichtete, erfolgreiche Kommunikation geschieht nicht von selbst. Hierfür braucht es professionelle Kommunikatoren, die derzeit nicht in ausreichender Zahl für die Branche zur Verfügung stehen. Daher lautet die vierte Empfehlung der Studie, relevante Studieninhalte in die Lehrpläne der Fachschulen und Agrarwissenschaftlichen Fakultäten aufzunehmen. Der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband hat hier die Initiative ergriffen und mit Unterstützung aus der Branche – nach US-amerikanischem Vorbild – zum Wintersemester 2015/16 die erste deutsche Stiftungsprofessur für Agrarkommunikation[2] an der Hochschule Osnabrück auf den Weg gebracht. Derzeit laufen Initiativen, auch an den Fachschulen für Agrarwirtschaft, mehr Kompetenzen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu vermitteln.

Internetbasierte Kommunikation: Nirgends erfolgen Kommunikation und Meinungsbildung so schnell und mit so gewaltigem Echo wie im Internet. Diesen Umstand sollte auch die Landwirtschaft nutzen. Nach Jahren der Zurückhaltung, in denen der online-Bereich weitgehend den Kritikern der modernen Landwirtschaft überlassen wurde, hat hier nun ein erfreuliches Umdenken eingesetzt. Die fünfte Strategie der Studie empfiehlt, diesen Bereich als strategischen Bereich zu erkennen und entsprechend zu unterstützen. Es gilt, mit authentischer Begeisterung für die Landwirtschaft neue Freunde und Verbündete für die Branche zu finden und zu unterstützen. Das heißt auch, sich der Sprache, den Regeln und z. T. auch Zumutungen der internetbasierten Kommunikation zu öffnen. Und mit etwas Glück erntet man ja vielleicht statt des erwarteten „shit storm“ sogar einen „candy storm“.

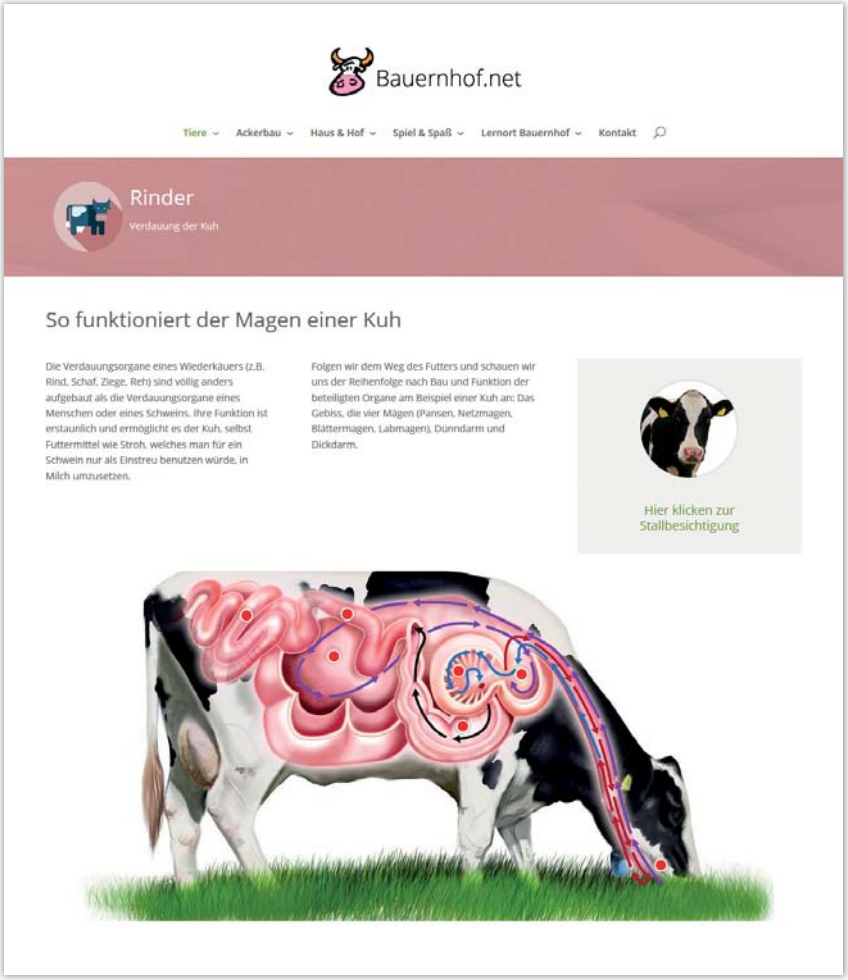
Klima wechselseitiger Wertschätzung schaffen: Auch in der Kommunikation über landwirtschaftliche Themen gilt: Menschen wollen nicht belehrt, beschimpft oder verbal erniedrigt werden. Leider wird der gesellschaftliche Diskurs über Landwirtschaft und Ernährung in Teilen jedoch auch als Glaubenskrieg geführt. Entsprechend tief sind die Verletzungen, entsprechend verhärtet sind die Fronten. Einen Ausweg aus dieser Sackgasse bietet die sechste Strategie der Studie – die Strategie des Heilens, um ein neues Klima wechselseitiger Wertschätzung zu schaffen. Hier heißt es für die Landwirtschaft, aktiv Möglichkeiten zur Begeg-

[2] www.al.hs-osnabrueck.de/medien-und-csr-kommunikation.html

nung zu schaffen, denn wer Vertrauen schaffen will, muss zunächst Nähe erstellen. Trotz der vielfältigen, nicht zu vernachlässigenden Möglichkeiten des Internets erscheint das analoge Erleben eines authentischen Bauern auf seinem Hof hier immer noch als die beste Wahl. Jeder Tag des offenen Hofes, jedes Hoffest und jedes Gespräch mit dem Verbraucher am Feldrand ist eine gute Gelegenheit, auf direktem Weg Feindbilder zu entkräften (oder zu verfestigen).

Aufbau einer Kommunikationsstruktur: Die letzte und sicherlich auch am schwierigsten umzusetzende Strategie der Studie lautet: Bündeln! In der heutigen Mediendemokratie mit ihren zyklischen Erregungswellen bedarf es einer kontinuierlichen, koordinierten und integrierten Kommunikation, um mit seinen Argumenten Gehör zu finden. Und das kostet Geld. Seit dem Ende der CMA im Jahr 2009 fehlt der Landwirtschaft eine solide finanzierte Struktur zur Kommunikation des wertegeleiteten Handelns der Bauernfamilien von heute. Diese aufzubauen und mit einer stabilen Finanzbasis zu versehen, ist die vielleicht größte Herausforderung, vor welcher der landwirtschaftliche Berufsstand aktuell steht. Der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband konkretisiert derzeit erste Vorüberlegungen, wie eine solche Struktur aussehen könnte.

Auch wenn neue Wege in der Agrarkommunikation erforderlich sind, muss nicht alles falsch sein, was bisher schon mit viel Engagement getan wurde. Im Gegenteil: Viele Maßnahmen haben sich bewährt. Sie waren, sind und bleiben gut. Dazu gehört u. a. die kontinuierliche Arbeit mit meinungsbildenden Gruppen, wie Volontären bei den Verlagen und Referendaren an den Schulen. Immer stärker muss auch der direkte Kontakt mit Kritikern der Landwirtschaft gesucht werden, denn dieser Ansatz bietet die Chance, Dinge zurechtzurücken und auch selbst dazuzulernen. Einen weiteren Schwerpunkt berufsständischer Arbeit bildet auch künftig die Information der jungen Generation, die immer weniger Landwirtschaft aus eigener Anschauung kennenlernt.



Quelle: www.bauernhof.net

Leicht verständliche Informationen rund um die Landwirtschaft erfreuen sich großer Beliebtheit und mit seinem Internetangebot www.bauernhof.net bietet der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband den ganz Kleinen das, was der i.m.a e.V. (www.ima-agrar.de) für die Schulen im gesamten Bundesgebiet leistet. ■

Weitere Informationen in:

Neue Wege der Agrarkommunikation. Studie im Auftrag der Stiftung Westfälische Landschaft. Claudia und Hans-Heinrich Berghorn. Landwirtschaftsverlag GmbH, Münster-Hiltrup. 2013.

Als Download verfügbar unter:

www.wlv.de/dokumente_oeffentlich/2013/Studie_Agrarkommunikation.pdf

18. Münchner Tage für nachhaltiges Landmanagement „Wenn Menschen in Bewegung sind – wie bleiben Kommunen im Gleichgewicht?“ am 7. und 8. März 2016

Junge Menschen kehren dem ländlichen Raum den Rücken, während attraktive Gemeinden in Verdichtungsräumen den Zuzug bewältigen müssen. Zu diesen Binnenwanderungsbewegungen kommen weltweite Flüchtlingsbewegungen. Die Münchner Tage wollen Wissenschaft und Planung, Verwaltung und Politik ins Gespräch miteinander bringen. Anliegen dabei ist es, konkrete, praktikable Ansätze für Dörfer und Städte vor Ort zu diskutieren, Entwicklungen zu verstehen und von gelungenen Beispielen zu lernen.

Programm und Anmeldung unter www.bole.bgu.tum.de/index.php?id=57

Lesetipps

Die Landwirtschaft im Spiegel von Verbrauchern und Gesellschaft

Schriftenreihe der Rentenbank, Band 31, Frankfurt 2015, 172 S., ISSN 1868-5854, kostenlos zu beziehen bei: Landwirtschaftliche Rentenbank, Tel. (069) 2107 363, office@rentenbank.de

Die von der Edmund Rehwinkel-Stiftung der Landwirtschaftlichen Rentenbank 2014 geförderten wissenschaftlichen Studien befassen sich mit Fragen zur Entwicklung von Konsummustern bei Lebensmitteln in Deutschland. Die veränderten Einstellungen von Verbrauchern gegenüber der Landwirtschaft haben auch eine Änderung von Konsum- und Essgewohnheiten zur Folge. Diese Entwicklung ist eine Herausforderung, die nicht nur das Image beeinflusst hat, sondern auch sehr praktische und folgenreiche Konsequenzen für die Arbeit der Landwirte haben kann. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Konsummuster zu identifizieren und frühzeitig die Entwicklungspotenziale auszuschöpfen. Zudem berücksichtigen die Studien verschiedene Verbrauchergruppen, woraus sich zukünftige Anforderungen und Ausrichtungen der Lebensmittelproduktion und -verarbeitung ableiten lassen. ■ ma

Hast du keinen Bruder?

Porträts selbstständiger Landwirtinnen

Talea Becker. Grummet Verlag, Wangerland 2015, 117 S., ISBN 978-3-9817285-0-7, 10,00 €. Bestellung www.hastdukeinenbruder.de

Die Landwirtschaft ist auch heute noch eine sehr männlich geprägte Branche, in der die Höfe meistens von den Eltern an die Söhne übertragen werden. Doch immer häufiger übernehmen Frauen landwirtschaftliche Betriebe und damit die gleichen Arbeiten wie ihre männlichen Kollegen. Dabei stehen die Frauen vor unterschiedlichsten Problemen und Herausforderungen in ihrem Arbeitsalltag. Das Buch stellt in elf Porträts Landwirtinnen und ihre Betriebe vor. Die Frauen bewirtschaften Vollerwerbsbetriebe zwischen 40 und 300 ha in den unterschiedlichsten Betriebszweigen, von Milchvieh- über Gemischt- bis zu Obst- und Gemüsebaubetrieben, in einem Fall handelt es sich um einen Bio-Hof. Eines haben jedoch alle gemeinsam: Sie haben Willenskraft und Selbstbewusstsein, sich in der Landwirtschaft durchzusetzen. Während die älteren Frauen meist durch Scheidung oder Todesfälle den Hof übernahmen, haben sich die jüngeren Frauen bewusst für den landwirtschaftlichen Betrieb oder dessen Übernahme als Betriebsleiterin entschieden. Die Frauen erzählen u. a., welchen Problemen sie sich vor allem am Anfang stellen mussten und wie sie mit Skeptikern umgegangen sind. ■ ma

Energielandschaften gestalten

Leitlinien und Beispiele für Bürgerpartizipation

Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU), Bonn 2014, 288 S., ISBN 978-3-925374-37-1, gegen eine Spende beim BHU zu beziehen.

Der BHU befasst sich in seinem Buch mit zwei aktuellen Themen. Zum einen mit der Veränderung der Kulturlandschaft durch Erzeugung und Transport der erneuerbaren Energien, zum anderen mit der Bürgerpartizipation: Wie kann aktive und konstruktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihrer Heimat in Zeiten der Energiewende aussehen? Anhand einer Sammlung aus Fachbeiträgen und Praxisbeispielen werden die Qualitäten und Potenziale der Kulturlandschaft hinsichtlich der Energiewende erläutert. Zudem soll ein praxisorientierter Leitfaden zum Kulturlandschaftsschutz und zur Bürgerbeteiligung die Leser animieren, ihr Fachwissen über die Heimat anzuwenden und die Energiewende zu einer Bürgerenergiewende zu machen. ■ ma

Was der Mensch essen darf

Ökonomischer Zwang, ökologisches Gewissen und globale Konflikte

Gunther Hirschfelder u. a. (Hrsg). Springer Fachmedien, Wiesbaden 2015, XIV, 405 S., ISBN 978-3-658-01464-3, 49,99 €.

Der Sammelband macht deutlich, dass die Frage, was der Mensch essen darf/muss/kann, seit Jahrhunderten unter verschiedenen Blickwinkeln diskutiert wurde. Während das Thema Fleischkonsum im Zentrum heutiger ernährungsethischer Debatten steht, betonen zahlreiche Autoren, dass Begründungen zum Ob und Wie des Fleischverzehrs nicht nur Argumente des Tierschutzes, sondern auch globale Kontexte berücksichtigen müssen, wodurch sich die Diskussion u. a. um Aspekte des Ressourcenschutzes und der Ernährungsgerechtigkeit erweitert. Als Hindernisse „korrekten“ Ernährungshandelns werden wiederholt fehlendes Wissen sowie die Alltagstauglichkeit ernährungsethischer Ansätze genannt.

Das Buch richtet sich an Wissenschaftler, Fachleute und Entscheider aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sowie alle, die sich mit ethischen Fragen der Ernährung und Lebensmittelproduktion auseinandersetzen. za

Die Erforschung ländlicher Lebenswelten

Streifzüge durch die Geschichte der ländlichen Sozialforschung

Prof. Dr. Gerd Vonderach. Buchreihe Land-Berichte, Bd. 10, Shaker-Verlag, Aachen 2015, 134 S., ISBN 978-3-8440-3330-4, 10,00 €.

Für die Wahrnehmung ländlicher Lebenswelten, ihrer gesellschaftlichen Problemstellung und des Wandlungsprozesses ist die empirische Sozialforschung unverzichtbar. Dieser Band stellt die Entwicklung und Ausprägung der ländlichen Sozialforschung seit ihren Anfängen bis zur Gegenwart, eingeschränkt auf mittel- und osteuropäische Länder, dar. Neben einem kurzen Überblick zur weltweiten Entwicklung der ländlichen Sozialforschung gibt es eine ausführliche Darstellung der ländlichen Lebenswelten in Deutschland und in kürzerer Form über die Entwicklung in Österreich und Polen. Abschließend stellt der Autor ländliche Problemfelder unseres Kulturkreises, die sich in den empirischen Studien gezeigt haben, vor. ma

Wandlungen ländlicher Lebenswelten

Aussagereiche neuere Studien der deutschsprachigen Sozialforschung

Land-Berichte. Sozialwissenschaftliches Journal. Jahrgang XVIII, Heft 3/2015 - Themenheft. PD Dr. Karl Friedrich Bohler, Prof. Dr. Anton Sterbling und Prof. Dr. Gerd Vonderach (Hrsg.). Shaker-Verlag, Aachen 2015, 126 S., ISBN 978-3-8440-3813-2, 10,00 €.

Das Themenheft ist eine gegenwartsbezogene Fortsetzung früherer Studien mit erweitertem Horizont. Neben aussagereichen Studien deutscher und österreichischer Wissenschaftler zu ländlichen und bäuerlichen Lebenswelten in Mitteleuropa wird auch eine Studie über ein chinesisches Dorf und mehrere Studien zur regionalen ländlichen Lebenswelt in Südosteuropa vorgestellt. Das dörfliche Sozialleben in Mitteleuropa steht im Spannungsfeld zwischen Individualisierung, Wirtschaftswandel, Dorferneuerung und Aufeinandertreffen von Alteingesessenen und Neubürgern. Eine weitere wichtige Entwicklung ist der Fortschritt von bäuerlichen Dörfern zu Tourismusorten. Der gravierende Wandel der bäuerlich-dörflichen Lebensverhältnisse wurde durch einen in der Schweiz lebenden chinesischen Wissenschaftler eindrucksvoll erforscht. ma

Landflucht 3.0

Welche Zukunft hat der ländliche Raum

Christof Eichert, Roland Löffler (Hrsg.). Herder-Verlag, Freiburg 2015, 226 S., ISBN 978-3-451-33386-6, 16,99 €.

Der demografische Wandel und eine zunehmende Urbanisierung betreffen vor allem die Dörfer und Kleinstädte – die Schere zwischen den Städten und der Peripherie geht immer weiter auseinander. Es wird in einigen Regionen, besonders in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, immer schwieriger, eine angemessene Infrastruktur aufrechtzuerhalten, aus diesem Grund fordern einige Experten sogar die Aufgabe von menschenarmen Dörfern. Ob diese Maßnahme notwendig ist, ist zu diskutieren. Deshalb will die Herbert Quandt-Stiftung mit dem Buch einen Beitrag zur Debatte über die Zukunft des ländlichen Raums leisten. Die neusten Ergebnisse aus der Forschung und Meinungen aus Politik, Gesellschaft, Landwirtschaft sowie Gesundheitswirtschaft bringen Perspektiven zusammen und zeigen, dass Veränderungen der ländlichen Lebensverhältnisse den Erhalt der Dörfer ermöglichen können. ma

Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung

Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Berichte über Landwirtschaft – Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, Sonderheft 221. Hrsg.: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, März 2015

Das Gutachten befasst sich ausführlich mit allen Aspekten der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Hierzu gehören die Beschreibung bestehender Tierschutzprobleme und deren wichtigste Einflussfaktoren. Neben Haltungssystemen und Management in der Nutztierhaltung werden auch Zucht, Transport, Schlachtung, Verarbeitung, Antibiotikaeinsatz, Düngung und weitere Umweltfragen behandelt. Auf Zielkonflikte wird eingegangen und es werden Vorschläge zu einer Transformation der Nutztierhaltung gemacht.

Abrufbar unter http://buel.bmel.de

Untersuchungen zum Tierwohlverständnis deutscher Landwirte

Heike Heise und Ludwig Theuvsen, Berichte über Landwirtschaft – Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, Band 93, Heft 3, Dezember 2015

Das Nachfrageverhalten der Verbraucher ist nur eine Schwierigkeit bei der erfolgreichen Etablierung eines Tierwohlprogramms. Entscheidend ist auch die Akzeptanz und Teilnahmebereitschaft der Akteure entlang der Wertschöpfungskette. Die Studie des Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung der Georg-August-Universität Göttingen analysiert das Tierwohlverständnis deutscher, konventionell wirtschaftender Geflügel-, Rinder- und Schweinehalter auf Basis einer standardisierten Online-Umfrage unter 428 nutztierhaltenden Landwirten aus dem gesamten Bundesgebiet.

Die Ergebnisse zeigen, dass deutsche Landwirte auf einem guten Weg sind, ein dem aktuellen Forschungsstand entsprechendes, ganzheitliches Tierwohlverständnis zu entwickeln. Allerdings unterscheidet sich in Abhängigkeit von der gehaltenen Nutztierart und der Befragungsmethode das Tierwohlverständnis der Landwirte teils erheblich.

Abrufbar unter http://buel.bmel.de

Digitale Land(wirt)schaft

ForschungsReport 2/2015 (Heft 52). Hrsg.: Senat der Bundesforschungsinstitute des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

Geoinformationssysteme sind heute integraler Bestandteil der landwirtschaftlichen Forschung und Praxis. Im ForschungsReport 2/2015 werden einige Beispiele vorgestellt: So beschreibt Burkhard Golla, Julius-Kühn-Institut, wie Geodaten in der Landschaftsforschung eingesetzt werden, Daniel Martini und Dr. Jürgen Fritsche, KTBL, zeigen, wie der Abstandsrechner zur Beurteilung von Geruchsimmissionen im Umfeld von Tierhaltungsanlagen funktioniert, und Dr. Katrin Sylvia et al., Leibnitz-Institut für Agrartechnik, veröffentlichen Ergebnisse aus dem Projekt AgroHyd, in dem Wasserzu- und -abflüsse in unterschiedlichen landwirtschaftlichen Betriebssystemen untersucht und optimiert werden.

Abrufbar unter www.bmelv-forschung.de

Nachhaltiges Landmanagement im Norddeutschen Tiefland (NaLaMa-nT)

Die Aspekte Land- und Ressourcennutzung, ökologische Grundlagen, betriebliche und regionale Wertschöpfung und Risikomanagement werden im Projekt NaLaMa-nT transdisziplinär bearbeitet und in einem Konzept für eine Integrative Landnutzung zusammengeführt. Beteiligt sind Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus den Bereichen Klimatologie, Hydrologie, Landschaftsökologie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Umweltplanung und Sozioökonomie. Ein Regionalmanagement sichert Praxisnähe und Umsetzung der Forschungsergebnisse durch eine intensive Beteiligung und Integration der relevanten Akteure in den Modellregionen sowie wichtiger überregionaler Stakeholder.

Informationen zu den verschiedenen Teilvorhaben, Modellregionen und Veröffentlichungen im Verbundforschungsprojekt NaLaMa-nT sind unter www.nalama-nt.de abrufbar.

Wir wünschen Ihnen,
liebe Leserin, lieber Leser,
besinnliche Weihnachtstage
sowie ein gesundes und glückliches
neues Jahr 2016

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber

Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Postfach 1144
37001 Göttingen

Tel. (0551) 4 97 09-0
Fax (0551) 4 97 09-16

info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Geschäftsführung

Dipl.-Ing. agr. Michael Busch
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning

Redaktion

Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
Karin Zander, M. A.

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors / der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Layout

Mirko Wende, www.mirkomedia.de

Druck

MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/Westfalen

Nachdruck und sonstige Verbreitung

(auch auszugsweise) nur mit Genehmigung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Ländlicher Raum

erscheint viermal im Jahr (jeweils zum Ende eines Quartals. Bei der dritten Ausgabe handelt es sich um ein themenorientiertes Schwerpunktheft mit doppeltem Umfang.

Die Online-Ausgaben sind jeweils zehn Monate nach Drucklegung auf der ASG-Website als pdf-Datei verfügbar. Abonnenten/Abonentinnen können zusätzlich oder alternativ zur Print-Ausgabe auch die Online-Ausgabe erhalten.

Preise

Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum" beträgt 36,- € plus Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (90,- €, Studenten 36,- €) enthalten.

Konto

Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:

Sparkasse Göttingen
Konto-Nr. 1 087 006
BLZ 260 500 01

Gedruckt auf
FSC-zertifiziertem
Recyclingpapier.

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Die Preisträger des Tassilo Tröscher-Wettbewerbs 2015: Bürgermeister Reinhard Streng (Langenfeld), Heike Krieg und Hendrik Lassen (Landjugend Klimawald), Gesa Elsner und Anja Sternbeck (Kulturnetzwerk Neustadt am Rübenberge), Chor der stacheligen Landfrauen) (v. li.), Hans-Jörg Tröscher (6. v. re.), Christoph Strünke (Ökodorf Siebenlinden) und Gerd Grahlmann (Beirat Tassilo Tröscher-Stiftung) (vorn)

Älter werden – aktiv bleiben – selbstbestimmt leben

Das Schwerpunktheft 03/2013 befasst sich mit

- Wohnen im Alter in Caring Communities, Senioren-WGs, Gastfamilien für Senior/-innen und auf dem landwirtschaftlichen Betrieb,
- Barrierefreiheit in der eigenen Wohnung und im dörflichen bzw. städtischen Raum,
- Technischen Assistenzsystemen,
- Angeboten an Gütern und Dienstleistungen des täglichen Lebens sowie ärztlicher und pflegerischer Versorgung,
- Interessanten Modellen für die ärztliche Versorgung von Landstrichen mit geringen Besiedelungsdichten,

Mit diesem Heft sprechen wir diejenigen an, die beruflich oder ehrenamtlich mit dem Thema „Älterwerden“ befasst sind, möchten aber auch allen Leserinnen und Lesern persönlich Anregungen für die Auseinandersetzung mit dem Thema geben.

Zu beziehen bei:
Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Einzelpreis 9,- €

Vorträge und Presseinformationen von der ASG-Herbsttagung sind einzusehen unter:
www.asg-goe.de/ASG-Herbsttagung-2015.shtml